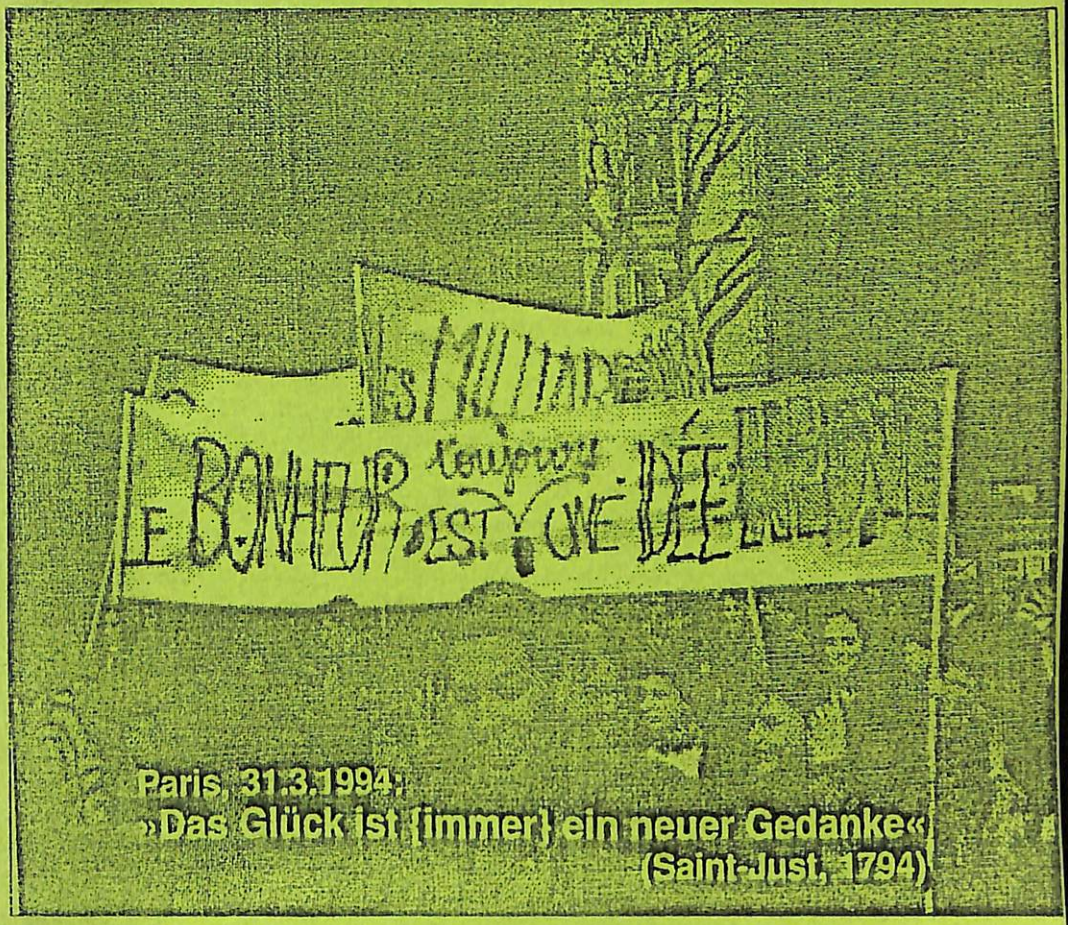
April/Mai 1994

Widerstand zirkular. 3

Inhalt:

4 Jugendbewegung Frankreich
16 Air France
20 Faschismus - Antifaschismus 2
32 Zu Faschismus - Antifaschismus
40 Kleinberichte
42 Kritik am „Winterpapier"
46 Interview in Osnabrück
52 Reengineering
58 Chiapas und Folgen
66 Zu Flüchtlingsbewegung
70 Zu Antirassismus u.a.
76 Kurdistan (Irak)



Berlin, 22.4.94

Liebe FreundInnen,

die Diskussion im und über das Zirkular kommt erst allmählich in Schwung. Wir haben bisher versucht, im Zirkular eine Mischung aus Diskussionsbeiträgen, Infos und Texten zu aktuellen Ereignissen auf der Welt zu veröffentlichen. Einige Beiträge in den letzten beiden Nummern formulieren sicher nicht die provokativen Thesen, die zur sofortigen Antwort auffordern. Wir denken aber, daß die Mischung bisher ganz gut gelungen ist: die Niederlage der UNO in Somalia, der Aufstand in Chiapas, Beiträge aus Betrieben, längere theoretische Beiträge, Krisen- und Antifa-Diskussion ....
Allerdings fehlt uns n bissle die Rückkopplung: Was macht Ihr mit den Zirkularen in Euren Städten? Könnt Ihr sie als Diskussionsgrundlage benutzen? Helfen sie Euch beim Verfassen von Flugblättern? bei der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern? Statt Beiträgen zu solchen Fragen bekommen wir dann Briefe mit Stellungnahmen und Berichten mit der ausdrücklichen Bitte: »nicht fürs Zirkular!« Andere beschweren sich bei uns, eine bestimmte Kritik sei zu hart formuliert usw.. Dazu können wir nur sagen: »Schreibt Eure Einwände auf, dann können sich auch andere Leute dazu äußern!« Darum geht es doch: daß wir diskutieren und politische Streitigkeiten austragen, statt hinter ideologischen Positionen zu verstecken. (Nach wie vor werden wir natürlich nur Beiträge abdrucken, die dafür von den AutorInnen vorgesehen sind.)

Zur Konferenz im Juni:
Wir haben noch keine Tagesordnung vorzuschlagen, aber aus den bisherigen Beträgen und dem voraussichtlichen Teilnehmerkreis ergeben sich folgende Themenkomplexe:
A) Zwischenbilanz der Krise
B) Die "neue" Fabrik
C) Umbau des Sozialstaats
D) Faschismus und der Kampf dagegen

Wir stellen es uns so vor, daß zu diesen Themen jeweils kurze Referate gehalten werden, die bestimmte Thesen über das weitere organisierte politische Vorgehen zur Diskussion stellen. Dann sollten weitere, kurze Referate einzelne Aspekte genauer ausleuchten.
Bei C) könnte das zum Beispiel so aussehen: Wir halten ein kurzes Referat von zehn Minuten mit Thesen zum aktuellen Umbau des Sozialstaats. Die GenossInnen aus Oldenburg, Frankfurt und Witten halten im Anschluß daran kurze Referate, was sich aus ihrer Arbeit an Perspektiven und Thesen ergibt. (Diese drei Städte sollen das bitte als direkte Anfrage verstehen!! Natürlich freuen wir uns auch über alle anderen Beiträge.)

Bei D) könnte das so aussehen, daß nach kurzen Thesen zum aktuellen Stand der Flüchtlingsgruppen, ein Genosse aus Bremen ein Referat macht, in dem er ihre Vorschläge zur Überwindung der aktuellen Krise vorstellt usw..
Mit "kurz" meinen wir tatsächlich: nicht länger als zehn Minuten.

Zirkular 4
Wir sollten die knappe Zeit auf dem Treffen nicht mit langwierigen Berichten vertun. Andererseits ist es gerade für Leute, die zum ersten Mal teilnehmen, wichtig mitzukriegen, mit wem sie diskutieren. Deshalb wollen wir jede Menge Erfahrungsberichte ins Zirkular 4 packen, das zwei Wochen vor dem Treffen erscheint. Wir möchten an dieser Stelle jetzt nicht jede Gruppe/Stadt einzeln anlabern, Ihr werdet schon selber wissen, welche Berichte Ihr uns schicken könnt: 1,2 Seiten über die Situation in dem Betrieb, wo Ihr arbeitet; Zwischenbericht über die Krisenauswirkungen (Gruppenarbeit durchgesetzt, Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung, Leute entlassen ....), Erfahrungen mit politischer Arbeit (Antifa, Flüchtlinge, zu Arbeitslosigkeit) [aufgrund mehrerer Zuschriften sei hier nochmal betont, daß es dabei nicht um Erfolgsbilanzen geht, sondern auch um die Darstellung von Krisen, nicht-weiter-wissen usw.!] ... Natürlich sind auch andere Beiträge gern gesehen, aber es sollten sich jetzt wirklich ALLE an die Nase fassen, die bisher noch nichts über sich geschrieben haben.
Und denkt daran: absolut letzter Einsendeschluß fürs Zirkular 4 ist Donnerstag, der 12.5.! (wenn es Euch irgend möglich ist, schickt Eure Beiträge auf Diskette, ganz raffinierte Zeitgenossen können sie auch per E-Mail schicken: Jaa@Wildber.IN-BERLIN.DE; aber auch dann müssen sie am 12. Mai da sein)

Organisatorisches
Wir brauchen jetzt von allen, die teilnehmen wollen, die Anzahlung und Anmeldung (es gibt im Moment eine große Differenz zwischen den Anmeldungen und den Einzahlungen!). Ihr müßt Euch jetzt wirklich beeilen und gleich nach Erhalt dieses Zirkulars überweisen.

Konto:
Sonderkonto Pro Roma
Kontonummer: 201 125 617
Bankleitzahl: 450 500 01, Sparkasse Hagen
Stichwort: "Adelante"

R. hat angeboten, eine Kinderbetreuung zu organisieren, wenn noch mehr Leute mit Kindern kommen wollen (bisher ist er allerdings der einzige). Ruft an...

Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina
Postfach 360 527
10975 Berlin
Tel: 030/6121848

Sisina
Postfach 301 206
50782 Köln

Wildcat
Postfach 306 325
20229 Hamburg

Wildcat
im Friedensbüro M2, 15b
68161 Mannheim
Tel+Fax: 0621/6295271

Postlagerkarte
17 26 49 E
7800 Freiburg

Jugendbewegung in Frankreich

Heiß draußen, es ist Frühling!

Von der Verkündung bis zum schnellen Verschwinden eines Gesetzentwurfs.

Seit Ende Februar entwickelt sich in Frankreich eine Jugendbewegung, die nach und nach aufständische Züge annimmt. Auslöser war eine Gesetzesinitiative der konservativen Regierung, mit der den Unternehmern die Möglichkeit gegeben werden sollte, den Mindestlohn für jugendliche Berufsanfänger (ca. 1700DM/Monat) um 20% zu unterschreiten. Dies sollte auch für die Qualifizierten, insbesondere auch für die Abgänger der technischen Unis gelten, denen damit eindrücklich klar gemacht wird, daß auch eine Qualifikation keine Privilegien garantiert. In verschiedenen Städten in der Provinz entwickelten sich erste Initiativen gegen diesen Gesetzesentwurf, die spontan Demos durchführten.

Die Entwicklung der Bewegung

Die Bewegung breitete sich wie ein Flächenbrand aus: so demonstrierten z.B. am Donnerstag, 24.3., 3000 in Valence, 5000 in Nancy, 600 in Caen, mehr als Tausend in St.Étienne, Marseille, Besancon und Toulouse, 2500 in Puy-en-Valay, 800 in Reims, 4000 in Rennes. In Nantes kam es nach einer Demo von 10000 Leuten zu Krawallen vor der Präfektion. In Lyon demonstrierten über 7000 Leute, dort war es die fünfte Demo innerhalb einer Woche...

Seit Mitte März nahm die Bewegung eine Wendung zur Gewalt, vor allen in Nantes und Lyon. In Nantes gab es in den letzten zwei Wochen fünf Demos, wobei die vom Samstag, den 26.3., mit ca. 15000 Leuten die bislang größte war, bei der es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.
Die Forderungen der DemonstrantInnen, überwiegend SchülerInnen, Studis und junge ArbeiterInnen/Arbeitslose, waren dabei schon über die Ablehnung des CIP hinausgegangen. Wegen der harten Polizeieinsätze tauchte die Forderung nach dem Rücktritt von Innenminister Pasqua auf. Pasqua war übrigens schon 1986 nach der damaligen Studibewegung wegen harter Polizeieinsätze als Innenminister abgelöst worden, als ein Student von Spezialtruppen tot geschlagen worden war. Weiterhin wurde die Freilassung aller bislang Inhaftierten gefordert. Die Gewerkschaften hielten sich zurück. Zu der nationalen Demo am 25.3. mobilisierten sie nicht, sie gaben lediglich eine vage Empfehlung ab, an der Auftaktkundgebung teilzunehmen. Danach verpißten sie sich dann auch, bis auf einen kleinen Teil, während sich 50000 durch die Straßen wälzten. Auf den letzten zwei Kilometern der Demo kam es zu vereinzelten Zerstörungen von Geschäften, Telefonzellen... Die Polizei hatte sich mit ca. 3300 Uniformierten während der Demo im Hintergrund gehalten, war aber am Schluß auf dem »Platz der Nation« massiv da. Dort kam es dann in einer Ecke des

Platzes zu stundenlangen Scharmützeln. Augenscheinlich ging es darum, die Demo auf dem Platz zu halten. Im Einsatz waren zudem 800 Zivilbullen der BAC-Einheit, die sich durch besondere Brutalität bei den Verhaftungen auszeichneten. Bilanz am Ende: 340 Verhaftungen, einige Verletzte und etwas Sachschaden.

In der dritten Märzwoche stiegen die Studis in die Bewegung ein, insbesondere die der technischen Unis. Dort entwickelten sich Streiks, mindestens eine TU in Creteil wurde besetzt, ebenso in Paris-Tolbiac.
Am Dienstag den 29.3., machten in Lyon, Nantes oder Toulouse die Demos anderen Kampfformen Platz: Streiks, Sit-ins, Konzerte. In Marseille, La Rochelle, Saint-Denis und Paris-Montparnasse wurden Straßen blockiert. In St.Étienne, Grenoble und Saint-Denis wurden die Autobahnen zur Zielscheibe der Aktionen. In Rouen, Rennes, Quimper, Cahors und Perpignan gab es Blockaden der Innenstädte durch Demos. Am Mittwoch, den 30.3., kam es in Paris zu Straßenblockaden mit der Forderung nach der Freilassung der Verhafteten.

Das Gesetz wird zurückgenommen, die Demonstration nicht

Der letzte Höhepunkt der Mobilisierung fand am Donnerstag, den 31.3., statt. Schon auf dem Weg nach Paris war die lebendige Stimmung der Demo zu ahnen. Bei Metz, weit vor Paris, besetzten Jugendliche die Abkassierungsstation für die Autobahngebühren. Jedes Auto wurde einzeln angehalten, informiert was los ist und dann (natürlich ohne gezahlt zu haben) durchgelassen. Viele hatten einfach CIP auf ihre Stirn gemalt, Flugis oder Transparente gab es nicht.

Treffpunkt für die Demo war wie eine knappe Woche zuvor, Paris, diesmal der Place de la Bastille. Wiederum waren eine Unmenge Jugendlicher auf der Straße, die Veranstalter gaben eine Zahl von ca. 80.000 an. Einen Tag zuvor hatte die Regierung Balladur den endgültigen Verzicht des CIP Projektes bekanntgegeben. Dementsprechend war der unmittelbare Anlaß für die Demo eigentlich entfallen. Davon aber war auf der Demo nichts zu spüren.

Sicher wurde die Rücknahme des CIP gefeiert, aber die einzigen, die das immer wieder über ihre Megas rausposaunten, waren die Gewerkschaften. Die Zusammensetzung der Demo hatte schon fast komische Züge. Auf der einen Seite die vielen jungen Leute, meist in kleineren Gruppen, wahrscheinlich nach Schulen, organisiert. Jede einzelne laut, beweglich, gut gelaunt. Diese Gruppen wurden immer mal wieder von den (nicht gerade beeindruckenden) »geschlossenen Reihen« der Gewerkschaften unterbrochen, die ihre alt bekannten Parolen verbreiteten. Deutlich war der Wille und der Wunsch zu spüren, die Bewegung nicht sang- und klanglos enden zu lassen. Es bleiben schließlich auch noch einige offene Rechnungen mit der Regierung zu begleichen: die Frage der Freilassung der Gefangenen der Bewegung und der Rücknahme der Ausweisungen der zwei algerischen Leute, die auf zahlreichen Transparenten angesprochen wurde und in den meisten Parolen präsent waren.

Die Demo setzte sich zügig in Marsch, keine Auftaktkundgebung mit langen Reden; was gesagt werden soll, wird während der Demo rübergebracht. Nur einmal wird während der Demo angehalten, vor einem Knast werden Parolen gegen die Knäste gerufen. Nicht nur »Die Notwendigkeit der Revolution«, beschworen auf vielen Flugis (besonders denen der linken Organisationen), sondern auch eine Ahnung von deren Möglichkeit ist zu spüren. Zahlreiche Handzettel und Spuckis gegen die Arbeit, Flugblätter, auf denen gleichermaßen die Arbeitslosigkeit und die Lohnsklaverei angegriffen wurde. Transparente, auf denen die allgemeine Perspektivlosigkeit der Jugendlichen thematisiert wurde (»Jugendlicher sucht Gesellschaft, in der man leben kann«)...

Die Demo endete auf dem Platz »Denfert-Rochereau«, und dort kam es auch fast sofort zu ersten Auseinandersetzungen mit den Bullen (während das Ende der Demo wohl gerade den Ausgangspunkt verlassen hatte). Zuerst wurden die Foto- und Filmreporter angegriffen, die dies erwartet hatten: sie trugen Helme, dicke Lederjacken und blieben im Block zusammen.
En passant wurde ein Nobel-Restaurant geplättet, ein HiTech-Geschäft geplündert. Die Bullen, von denen während der Demo wenig zu sehen gewesen war, hatten den Platz bis auf einen Ausweg, zugemacht. Angesichts der Größe der Demo hatten sie aber auch keinen rechten Plan. Lange Zeit begnügten sie sich damit, den »harten Kern« immer mal wieder mit Tränengas zurückzudrängen (was den nicht besonders zu stören schien). Das ging so eine Zeit lang, dann räumten sie den Platz mit Tränengas, jagten die Demo die einzig offene Straße runter. Die Demo hatten sie damit zerstreut, die sammelte sich aber später zum Teil wieder an dem Platz »Denfert-Rochereau«, auf dem die Bullen noch alle rumstanden. Schließlich zogen sie sich zurück, es formierte sich ein spontaner Umzug in Richtung Zentrum, mit den bekannten Freilassungsparolen, die in dem Moment, als die Bullen aufzogen, von der Parole »Jeunesse pacifiste« (pazifistische Jugend) abgelöst wurde. Diese Demo wurde – für alle recht überraschend – in einer kleinen Straße eingekesselt und ca. 100 Leute wurden verhaftet. Nach 2 Stunden wurden sie alle wieder rausgelassen, und sofort wurde der nächste Treffpunkt verbreitet.

Die Auseinandersetzungen liefen dezentralisiert weiter; bis in die Nacht hinein kam es zu kleineren Demozügen, die die Freilassung der Gefangenen forderten, zu Verkehrsblockaden usw., wobei die CRS nicht zögerte, massiv die Leute zu verhaften, derer sie habhaft werden konnte: mehr als 320 waren es am Ende.
Weiterhin war zu spüren, daß die viele »Erwachsenen« der Bewegung zumindest wohlwollend gestimmt waren. Während oben erwähnter kurzer Einkesselung wurden die Eingeschlossenen aus den Fenstern mit Getränken versorgt. Vorher hatten vorbeifahrende Autofahrer, Busfahrer immer wieder ermuntert gehubt. Es sei einmal dahingestellt, ob ein Teil dieser Zustimmung nicht auch dem Nichtverstehen des Umstandes geschuldet waren, daß sie nicht sehen wollen, wie sehr »ihre Kids« das Verharren ihrer Alten in dieser Gesellschaft in Frage stellen.
Alles in allem ließ sich auf der Demo überdeutlich der Wunsch verspüren, das Zu-

sammentreffen auf der Straße auch in Zukunft fortzusetzen und nicht wieder in der Öde der Vorstädte isoliert, in den Schulen und Unis selektiert, in der prekären Arbeit ausgebeutet oder auf den Sozialbehörden schikaniert zu werden, und die einzige Verwirklichung seiner Träume vom Nebel der verschiedensten Drogen zu erwarten.

Die »organisierte Spontaneität«

Die Form der Organisierung der Bewegung resultiert aus den Erfahrungen der selbstorganisierten Kämpfe der letzten Jahre - sie besteht in der direkten Demokratie der Vollversammlungen, welche sich über ein Deligiertensystem national vernetzten. So entstehen die Koordinationen der SchülerInnen und Studis. Zum ersten Mal tauchten diese Koordinationen im Eisenbahnerstreik 1986 auf, später bei den Streiks der SchülerInnen, der Studis. Dann auch bei den Krankenschwestern. Sie erlauben es, einen Kampf selbstorgnisiert zu führen. Diese Organisationsform setzt anderseits ein gewisses Maß an Übereinstimmung voraus. In der Regel genügte in den entstehenden Kämpfen der gemeinsame Wille, den Kampf möglichst erfolgreich gegen ein bestimmtes Regierungsprojekt zu führen. Danach lösten sich die Koordinationen meist wieder auf und entgingen dadurch der Gefahr einer Bürokratisierung.

Die Praxis der durch die Koordinationen organisierten Kämpfe spiegelt den Bewußtseinsstand einer Bewegung wieder. Je schwächer die Kritik an bürokratischen Organisationen, desto leichter die Manipulation der Versammlungen durch solche Organisationen. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenz von der Basis in übergeordnete Gremien ist ein sicheres Anzeichen für einen solchen Mangel an Kritik.

Bleibt die Bewegung in der Vorstellung der Abschaffung eines bestimmten staatlichen Projektes gefangen, so löst sie sich mit schöner Regelmäßigkeit auf. Jedenfalls gewährleistete diese Form der Organisierung die schnelle Ausbreitung eines Kampfes. Die Einbeziehung anderer Bereiche hing bislang davon ab, ob andere von einem Projekt ebenfalls betroffen waren. Was immer die Schwierigkeit brachte, daß auf der hohen politischen Ebene eines Gesetzesprojektes es nur schwer zu einer Vereinheitlichung der Kämpfe »unten« kommt. Letztendlich waren doch alle irgendwie unterschiedlich betroffen, blieben die Spaltungen bestehen. Ein sicheres Zeichen für das bislang vorherrschende reformistische Bewußtsein, das unfähig ist, eine Kritik der Totalität der Gesellschaft zu entwickeln und sich in tausend Trennungen verheddert. In Kämpfen gegen die Kürzungen der Sozialleistungen, gegen Rassismus, gegen Sexismus ... außerstande, ein gemeinsames Projekt einer anderen Gesellschaft zu entwickeln, daß diese Trennungen aufhebt. Jedenfalls haben die Koordinationen eine deutliche Nähe zur Bewegung der Räte, die in vergangenen Kämpfen die radikalste Rolle spielte und die die Keimzelle einer neuen Gesellschaft sein können, wenn sie sich mit der Kritik der Totalität der Warengesellschaft bewaffnet.

Was wird aus der aktuellen Mobilisierung werden? Was ist daraus zu lernen? Vor allem auch für die hießige Situation, oder bleibt da nicht mehr, als ein aufregender Ausflug nach Paris?
1.Zunächst ließe sich mal wieder feststellen, daß »die Franzosen« schon immer militanter waren. Objektiv richtig daran ist, daß während den 80er Jahren die Kämpfe in Frankreich meist zeitlich vorraus, breiter und militanter waren. Das können wir uns aber ja nicht damit erklären, daß dies eben quasi von »Natur« aus so ist. Ein Grund könnte die unterschiedliche Kontinuität der Klassenkampferfahrungen sein. Während die breiten Kämpfe der ArbeiterInnen in Deutschland in den 30/40er Jahren durch den Faschismus, die Schützengräben, die Lager und einer enormen Zuspitzung der sozialen, rassistischen Rationalisierung unterbrochen wurden, gab es in Frankreich (außer auch Schützengräben und Terror) zumindest noch die Erfahrungen einer relativ breiten Resistance und die (wenn auch nicht guten) Erfahrungen mit der Periode der Volksfront in den 30er Jahren. Diese unterschiedliche (wenn sie auch die zwei Seiten einer Medaille sind) Geschichte des Klassenkampfes müssten wir im Zusammenhang einer doch offensichtlich unterschiedlichen Regulierung des Klassenkonfliktes zurückführen. Balladur ist schließlich nicht einfach doofer als Kohl. Die CIP-Inititive erinnert doch eher an die Polltax als an die hießigen Geschichten um die Hochschulreform. Die Stichworte der momentanen Angriffe sind fast dieselben - Flexibilisieung, Lohnsenkungen, Entlassungen ... deren Umsetzung aber scheinbar nicht.

Und schließlich müßte dies dann im Kontext der Krise diskutiert werden, die das Kapital (und ja auch wir) auch in Deutschland seit Beginn der 70er Jahre diskutieren. Mit der Frage, ob diese (internationale) Krise die oben erwähnten Ungleichzeitigkeiten reduziert, ein neuer Internationalismus möglich erscheint.

2.Das solch eine Vereinheitlichung nicht automatisch eintritt, ist auch an der aktuellen Bewegung in Frankreich zu sehen. Auf der einen Seite die Jugendlichen, die die Möglichkeit einer Vereinheitlichung transportieren, dann die Linken, die zwar von der Notwendigkeit der Revolution reden, aber mit den Jugendlichen doch wenig anzufangen wissen (und wohl auch umgekehrt). Gerade die Versuche, die Jugendlichen »zu politisieren«, scheinen eher zu einer Distanz zu führen. Es scheint an Strukturen zu fehlen, die außer gut gemeinten Worten, was »anzubieten« hat, was eine Auseinandersetzung mit den Leuten, die sich gerade auf der Straße befinden, ermöglichen.

3. Aber auch den Jugendlichen stellt sich natürlich die Frage, wie es weitergehen soll. Auch hier wird viel vom »Zusammenbruch der Spaltungen« durch die Breite des Angriffes geredet. Die Jugendlichen haben sich breit gegen die Versuche gewehrt, sich in »casseurs« (Chaoten, Randalierer, Krawallmacher) und »Brave« spalten zu lassen. Auch wurden diejenigen angegriffen die dieses Bild mit Material unterfüttern, ihr Material teilweise offen den Bullen zur Verfügung stellen - die Journalisten.

Flugblatt, das auf der Demo am 25.3. in Paris verteilt wurde

Der Casseur der uns gleicht

In der Bewegung gegen das SMIC für Jugendliche ist die Trennung in nette DemonstrantInnen und schlechte »casseurs«, die niemals gänzlich richtig war, in Scherben zerbrochen. Angesichts der Ausbreitung der vergangenen Demos und angesichts der Angeklagten in den laufenden Prozessen, ist es nun eine offenen Realität, die anzuerkennen sogar die Journalisten gezwungen sind: derjenige, der Schaufenster einschmeißt, ein Auto anzündet oder Steine auf die Bullen wirft, ist kein Außerirdischer, der mühsam aus rassistischen Stereotypen über die Jugendbanden aus den Vororten konstruiert wird; der »casseur« ist jemand wie du und ich.

Wie du und ich ist der »casseur« ein frustierter Konsument. In einer Welt, in der das Maximum des möglichen Glücks sich im Besitz toter Objekte und im Konsum von Bildern verkörpert, haben wir niemals genug davon. Zwischen unseren Wünschen und uns wird es immer ein Schaufenster geben. Und wir werden immer Lust haben es zu zerbrechen.

Wie du und ich hat der »casseur« Angst vor der Gewalt: der Gewalt der Ausweiskontrollen und der zubetonierten Städte, der Gewalt eines leeren Lebens. Und wenn zu alledem noch eine Maßnahme hinzukommt, die die Sicherheit steigert, zum Verzicht verdammt zu sein, hat das was ganz schön nervendes, nicht? Der »casseur« ist jemand, der sich weigert, gebrochen zu werden.

Wie du und ich beginnt der »casseur« zu verstehen, wo die wahren Probleme liegen. Es wird klarer, daß wenn die Arbeit immer rarer wird, die Waren immer zahlreicher werden. Die Bauern und Fischer, die Krankenschwestern in den Vororten, die Beschäftigten bei der Air France: man spürte, wie es wuchs. Aber die Revolten sind verdammt zur Ohnmacht, wenn sie zerstreut sind, eingesperrt in die Grenzen der Korporationen, der Betriebe, der Banden oder der Viertel. Mit der Bewegung gegen das CIP und den letzten Demos begannen diese Grenzen durchlässig zu werden. Denn die neue Version des SMIC für Jugendliche greift nicht mehr allein die Ausgegrenzten an, wie es die Sozialkürzungen getan haben, sondern auch den »priviligierten« Proletarier: der qualifizierte Techniker kritisiert, seinen Platz auf der Straße am Ausgang der Uni zu finden. 1990 hatten die Plünderungen der Vorortbanden zumindest dazu gedient, die Kids der Mittelklassen daran zu erinnern, daß sie privilegiert sind. Ihre Privilegien mochten mies sein, sicherlich, aber da sie noch zahlreich waren, schienen sie ihnen wichtig genug, sie zu verteidigen, indem sie sich lauthals von den »casseurs« entsolidarisierten. 1994 macht das SMIC endgültig die Brüchigkeit dieser Privilegien sichtbar. Das brachte eine Reaktion, die man bisher nicht gesehen hatte: in den Krawallen auf den Straßen, Seite an Seite SchülerInnen, Studis und junge ArbeiterInnen zusammen. Hin und wieder mit aktiver Sympathie von Arbeitern, die unter der Knute der Lohnsklaverei bleich geworden sind.

Dieses Zusammentreffen macht das Wiederauftauchen einer wahrhaften Opposition gegen die kapitalistische Ordnung möglich.
Das ist der erste der Gründe, heute die »casseurs« in ihrer Eigenschaft als solche zu

verteidigen. Der zweite Grund: wenn wir Staat und Medien über die Etiketten entscheiden lassen, die sie uns anheften bevor sie uns beseitigen, werden wir morgen die Gelegenheit haben, auf eine unangenehme Art und Weise zu erfahren, daß die »casseurs« tatsächlich wie du und ich sind.

Freiheit für die Eingeknasteten von Nantes, Garges-Les-Gonesse, Lyon Paris und anderswo!!
Stop aller Maßnahmen der Strafverfolgung gegen die Verhafteten (sogar für die Studis)

Arbeit, gibts noch welche? Endlich eine gute Nachricht

Denn wir, wir haben die Arbeit niemals geliebt. In der Zeit, in der es noch genug davon gab, ging man immer nur mit Widerwillen zu ihr. Für uns, die wir sie Maloche nennen, war die Arbeit, wie ihr Name es nahelegt, eine Qual. Wenn sie heute knapp zu werden beginnt, dann deshalb, weil es Zeit ist, sie abzuschaffen. Und das ist umso besser!!
- Wie das? Aber muß man nicht arbeiten um zu leben?
- Quatsch! Wenn die Menschen in den Wäldern zur Jagd oder zum Ernten gingen, sagten sie: »Ich gehe zum arbeiten«?
- Aber du willst doch nicht zurück in die Steinzeit?
- Natürlich nicht. Aber ich will einfach zeigen, daß die Arbeit nicht immer existiert hat, und daß es keinen Grund gibt, daß sie immer existieren sollte.
- Aber wer soll denn alles herstellen, was wir zum Leben brauchen?
- Was denn herstellen? Drei Viertel des produzierten »Reichtums« ist nutzloser Schund, geschmacklose Nahrungsmittel, auf den Markt geschmissen, um die Maschine am Laufen zu halten. Und was das betrifft, was tatsächlich nützlich ist: schon seit langem können das die Maschinen produzieren.
- Aber was sollen wir aus unseren Tagen machen?
- Die Musiker, die ihre Stunden über Instrumenten verbringen, die begeisterten Schrauber, die ihre Hände stundenlang in die Wagenschmiere tauchen, die Demonstranten, die Stunden lang mit witzigen Parolen durch die Straßen ziehen, die Feinschmecker, die Stunden an ihrem Herd stehen, um uns mit ihren raffinierten Gerichten zu erfreuen, Computerfreaks, die ihre Zeit damit verbringen, ihre PCs zu programmieren, arbeiten sie? Nein. Obwohl sie eine unglaubliche Energie aufbringen. Sie sind aktiv, sie machen was, sie stellen was her, sie sind schöpferisch...aber niemand entscheidet für sie, wie sie ihre Zeit gebrauchen: Sie arbeiten nicht!
- Also, was heißt das?
- Anstatt der Arbeit hinterherzurennen, wäre es an der Zeit, uns ebenfalls zu aktivieren. Alles was wir brauchen kann auf diese Art hergestellt werden, ohne Zwang, zum Vergnügen.
- Alles in allem, für dich ist das Dilemma Arbeit-Arbeitslosigkeit das falsche Problem?
- Genau. Unsere Gesellschaft macht eine noch nie dagewesene Krise durch, in der die Unternehmer, die Politiker der Rechten und der Linken und die Gewerkschaften gezeigt haben, daß sie nicht mehr können. Sie sind heute genauso nutzlos und schädlich geworden wie die Arbeit. In Zukunft ist es an uns, ohne sie zu entscheiden, wie wir leben wollen.

Man hat die »casseurs«-Fabrik gefunden

Schon seit einigen Jahren verlor man sich in Mutmaßungen: als es früher im Verlauf von Demonstrationen vorkam, daß Unzufriedene auf die polizeiliche Willkür antworteten, sah man in diesen vergangenen Zeiten nicht mehr als demonstrierende gute Kinder, die unfehlbar von »casseurs« überrannt wurden. Von dieser Mutation läßt einen allein der zweite Aspekt perplex: daß Demonstranten, gut eingerahmt von »verantwortlichen« Organisationen, sogar weniger aggressiv als Kälber waren, das konnte einen nicht erstaunen in Zeiten, in denen man Arbeiter sehen konnte, die »streikten«, während sie arbeiteten, und Arbeitslose, die dafür bezahlen, daß man sie beschäftigt. Aber diese »casseurs«, die regelmäßig die anständigen Bettler, die in Ruhe demmonstrierten, überrannten, wer waren sie? Woher kamen sie?

Alles bewies, daß diese »casseurs« nichts mit denen zu tun hatten, deren Schlappheit und weinerliche Resignation sie in Verruf brachten, indem sie Forderungen, die ebenso achtbar waren wie dazu bestimmt, im Papierkorb zu landen, durch ihre Aggressivität schädigten. Und dann? Diese Frage kehrte immer wieder: je öfter die »casseurs« auftauchten, je mehr sie wurden, umso rätselhafter schienen ihre Ursprünge und Gründe.

Sicherlich, einige Male hatte man geglaubt, an den Grund des Mysteriums gerührt zu haben. Die Fernsehsender machten uns den Mund wässrig: man hatte einige »casseurs« gefangen, man würde uns welche zeigen! Aber was sah man schließlich? Fernfahrer, Bauern, Arbeitslose, Jugendliche aus den Vororten, sogar Studis! Tatsächlich: wütende Leute, wenig konform mit der Rolle des Schreckgespenstes, die man sie spielen lassen wollte. Aber der wahre »casseur«, dieses Monster, das unaufhörlich auf unseren Bildschirmen, in den Zeitungen und auf der Treppe des Elysee beschworen wurde, blieb unsichtbar. Wo versteckte er sich? Nun aber, da uns eine soziale Unzufriedenheit begegnet, enthüllt sich plötzlich die Wahrheit. Wir werden sie euch in ihrer verblüffenden Nacktheit preisgeben: die wahrhaften »casseurs«, wenn es wahr ist, daß sie von oftmals verborgenen Kräften getrieben werden, sind weit davon entfernt, so obskur zu sein, wie man dachte. Ganz im Gegenteil sind sie vollkommen sichtbar. Aber sie verbergen ihre Freveltaten hinter der ungeheuren Fassade, die von einer omnipräsenten Propaganda kultiviert wird: sie lassen sich feiern als Erbauer, als Fortschrittliche, als Wohltäter, obwohl sie immense Verheerungen und unzählige Leiden verursachen. Die wahren »casseurs« sind jene bizarren Wesen, die den Planeten und das Leben ihrer Zeitgenossen durch »ökonomische« Entscheidungen von äußerst barbarischen Zynismus zerstören; es sind die Hohen Priester der Warenreligion, die - unter dem Vorwand, für das Glück der Menschen zu sorgen - dem Kult der »Rentabilität« Millionen Männer, Frauen und Kinder opfern; es sind die HERREN DES KRIEGES der Händler, die von Auspressung und Raub leben; es sind die multinationalen Mafiosi, deren Gangs sich oftmals bekämpfen, die sich aber immer darauf verständigen, das schwache Schaf zu scheren oder den Ochsen, der vor dem Joch widerspenstig ist, zu schlachten; es sind die Spezialisten in der Kunst, ihre Brötchen aus dem Schweiß auf der Stirn anderer zu verdienen, die alle Tricks kennen, das Fell derjenigen vor Schweiß triefen zu lassen, die keine andere Möglichkeit zum Überleben haben, als ihre Arbeitskraft unter den häßlichen Bedingungen eines versperrten Arbeitsmarktes zu verkaufen, der jede Erpressung erlaubt, und die all die Techniken beherrschen, jene Zitronen wegzuwerfen, nachdem sie sie ausgepreßt haben, ohne zu viele KERNE zu erhalten. Die wahren »casseurs« sind jene Hyänen, die, verlockt durch den Gewinn, kontaminiertes Blut

verkaufen, die in der Natur alle Arten von Giften verteilen, während sie sie bis zum Äußersten ausplündern und zubetonieren:... die Roulette spielen mit dem Schnellen Brüter, die Tonnen von verdorbenen Lebensmitteln verkaufen und an die Tür eine Verkäuferin setzen, die eine Frucht ißt, DIE FÜR DEN MÜLLEIMER BESTIMMT IST; die die Strände mit Sprengkörpern überschwemmen, etc.. Die wahren »casseurs« sind die austauschbaren Politiker, die die Leichtgläubigkeit der Leute ausnutzen, um sich auf die Posten der Verwaltung der »öffentlichen« Angelegenheiten wählen zu lassen, wo sie heimlich ihre Schäfchen ins Trockne bringen können; diejenigen, die mit ruchlosen Gesetzen die »Bürger« malträtieren, als deren Repräsentanten sie angesehen werden, diejenigen, die tausende von Kindern, tausende von Fremden in eine prekäre Situation bringen auf dem Boden, auf dem sie geboren sind, und die Familien und Paare durch brutale Ausweisungen auseinanderreißen; diejenigen, die die Freiheiten mit den Mitteln von Verboten, Strafen und Gefängnissen verteidigen; diejenigen, die Mädchen, die ohne Helm auf dem Mofa fahren, in den Rücken schlagen, die im Vorbeifahren die Oussekine[1] zu Tode knüppeln; und die, die jene bezahlen und sie decken. Die wahren »casseurs«, das sind die schwarzen Kohorten der Söldner, die prügeln, ersticken, verletzen, verstümmeln, töten, und DIEJENIGEN, DIE IHNEN DIE BEFEHLE DAZU GEBEN. Da sind sie, die wahren »casseurs«.

Die anderen, die uns die lakaienhaften »CASSEURS DER SPRACHE« heute unter dieser Bezeichnung, die sie als ehrenrührig verstanden wissen wollen, präsentieren, sind die logischen Produkte der Situation, die die Ersteren geschaffen haben: Revoltierende, die noch SEHR GEMÄßIGT die Aggressionen erwidern, deren Objekt sie sind: in jedem Augenblick ihres Lebens und unter so vielen »modernen« Formen, die immer verfälschter sind. Und der Höhepunkt der Täuschung, DER DIE WAHRHEIT UMKEHRT, um die »casseurs« für einen öffentlichen Rachefeldzug herzurichten, hat kein anderes Ziel, als sie zu isolieren, um sie besser zu besiegen, zu verhindern, daß andere von den herrschenden Mächten Betrogene ihre Beschwerden nicht mit den Beschwerden der »casseurs« vergleichen und sich mit ihnen verständigen, um DIE SOZIALE ORGANISATION ZU ÄNDERN, DIE DAVON DIE URSACHE IST. Aber wer kann sich noch mißbrauchen lassen von dieser Sorte von Manipulation, der bevorzugten Technik einer zitternden Macht? Die Luft in diesen Tagen, in denen man mit Freuden sieht, wie die Resignation weggewischt wird und wie die Wut die Straße zurückerobert, müßte - hoffen wir es - die blind machenden Schwaden jenes Tränengases für den Geist auflösen, und sie müßte Reflexe hervorbringen, die gesünder sind als die von »Vogel-Strauß-Herden, die die Minister so glücklich machen. Das Beispiel jener BewohnerInnen von Nantes, die den Bullen trotzen, um die Befreiung aller bei den jüngsten Aufruhren Verhafteten zu fordern, wärmt das Herz. Wünschen wir uns, daß es überall wiederholt wird und das die Ausgebeuteten, die man gerne spalten würde, sich zu vereinen wissen und den Geist ihrer Ahnen, der Kommunarden, wiederfinden, die, als sie sich von ihren Feinden als Kanaillen bezeichnet sahen, stolz erwiderten: DAS IST DIE KANAILLE. GUT - ICH BIN EIN TEIL DAVON!

---

[1] Malik Oussekine, Französischer Studi, der anläßlich der Studibewegung 1986 von einer Spezialtruppe der Polizei totgeprügelt worden war.

Von Arschlöchern »Strolch« genannt zu werden, ist nicht beleidigend. Diejenigen, die 1968 »allesamt deutsche Juden« waren und 1986 alle »geistiges AIDS« hatten, werden es heute nicht schlimm finden, in den Augen derer als »casseurs« dazustehen, die weiterhin verzweifelt die Leute nach ihrem Belieben malträtieren. Jene, die wirklichen »casseurs« der Menschlichkeit, die Könige der Lüge und des Schlagstocks, wissen, daß ihre Hochburgen der Macht bekannt sind und geschleift werden können, kaum daß ihre Opfer dies mit genügend Energie wollen. Man versteht, daß sie Zuflucht nehmen zu allen Verleumdungen und allen Tiefschlägen, um zu versuchen, sich an der Macht zu halten. Aber es ist nicht gesagt, daß das immer funktioniert.

Es gibt keine uneinnehmbare Bastille!

(Komitee zur Verteidigung der aufständischen »casses«, Nantes, 20.März 1994)

Ausschnitte aus Flugblättern, die auf der Demo am 31.3 verteilt worden sind:

Eine Bewegung, um Alles zu zerschlagen!!

Diese Welt hat uns, egal ob mit oder ohne Diplom, nichts anzubieten als die Gewalt der Verachtung und der Ausbeutung. Dank der Bewegung gegen das CIP werden wir immer zahlreicher, die, die gegen diese Gewalt auf der Straße ihren Widerstand ausdrücken. Knüppeleien, vorbeugende Festnahmen, Beschuß mit Tränengasgranaten, gerichtliche Schnellverfahren und massive Verurteilungen, Abschiebungsversuche, massive Unterwanderung der Demos durch Zivilbullen: nachdem diese Entfaltung von Gewalt es nicht geschafft hat, eine bislang nicht gesehene Mobilisierung zu stoppen, spielt die Regierung heute die Karte des »Dialogs« aus und schlägt den Jugendlichen ohne zu lachen vor, ihnen zu helfen, innerhalb von acht Tagen eine Lösung für die Arbeitslosigkeit zu finden. Das Fernsehen organisiert pseudo-demokratische Shows, zu denen der Faschist Madelin kommt, um das gute Versprechen Balladurs mitzubringen. Niemand läßt sich davon betrügen, es handelt sich einzig und allein um einen Schwindel, um die Bewegung zu zerbrechen und bis zu den Schulferien durchzuhalten. Die Kostprobe der eingesetzten Gewalt übertrifft bei weitem die Frage des CIP. Die Demonstranten haben auf der Straße die Repression und die Solidarität wiedergefunden, sie dürfen weder die eine noch die andere vergessen. Alle »casseurs« der Schaufenster, der Bullen und des CIP sind unsere Genossen. Heute muß es das doppelte Ziel der Bewegung sein, die Mobilisierung gegen die Gesamtheit der sozialen Organisation auszuweiten und eine Generalamnestie zu erreichen, die Befreiung aller Eingeknasteten ohne jede Ausnahme, und die Rückkehr der Ausgewiesenen!

Befreiung der Eingeknasteten von Nantes, Garges-Les-Gonesse, Lyon, Paris und anderswo!
Weder Justiz noch Knäste werden unsere Rebellion stoppen!
Das CIP ist tot! Greifen wir weiter ein!
Weder Arbeitslosigkeit noch Lohnsklaverei!
Versammeln wir uns wieder an der Fakultät von Tolbiac am Freitag, um 12 Uhr
(Versammlung vom 29.März)

Nantes – Kommuniqué vom 24.März 1994

Wir legen gleich zu Anfang großen Wert darauf zu präzisieren, daß unsere Bewegung autonom ist. Wir arbeiten nicht für die politischen Parteien, die gerade ihre Ministersessel denen überlassen haben, die heute regieren, und auch nicht für die, die sich dort gerne niederlassen würden. Die Generalversammlung weiß, daß ihre Autonomie und ihre Demokratie ihre hauptsächliche Kraft ausmachen. Nach der Demonstration vom 17.März meldeten die Polizei und die Journalisten, daß es 10 Verletzte gab, fünf davon schwer verletzt; es war nicht möglich, die genaue Zahl herauszubekommen, Neuigkeiten über ihren Gesundheitszustand oder um wen genau es sich handelt. Wir fordern, mehr über die Verletzten zu erfahren, und zwar so schnell wie möglich. Wir rufen alle Welt zur Wachsamkeit auf, die Familien und Angehörigen dazu, uns ihre Namen mitzuteilen. Wir sind empört und wütend über die gestrigen Verurteilungen von 8 Demonstranten. Schließlich verurteilen wir die Abschiebung der zwei Algerier, die zu der Zeit verhaftet wurden, zu der die Demonstration in Lyon lief; die Abschiebung reiht sich ein in eine Logik der Diskriminierung und der Vorenthaltung von Rechten. Dieses Kriminalisierungsverfahren ist nicht das Monopol der gegenwärtigen Regierung, sondern auch der früheren Regierungen und der anderen Parteien der »Opposition«. Wir verurteilen auch das Bild, das von uns und denen, die uns im Kampf getroffen haben, gemacht wurde. Der Begriff »casseur«, der nichts aussagen will, wurde mit einem einzigen Ziel dauernd benutzt: das zu besudeln, was wir sind und was wir tun. Wir wissen, daß die Gewalt einiger Demonstranten während der Demos nur eine Antwort auf die Gewalt ist, denen sie tagtäglich durch ihre Lebensbedingungen unterworfen sind: deswegen sind wir mit ihnen solidarisch. Jedenfalls ist festzuhalten: wenn der Begriff »casseur« irgendetwas aussagt, dann sind die einzigen wahren »casseurs« diejenigen, die durch ihre ökonomischen und politischen Entscheidungen das Leben von Millionen Menschen zerstören, durch Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Unsicherheit, Elend und Repression. Man beantworte unsere Fragen zu den Verletzten! Befreit alle angeklagten Personen! Wir rufen auf zur Einheit der Arbeitslosen, der Arbeiter, der Prekären, der Schüler und Studenten, egal welcher Nationalität! Zusammen werden wir siegen!

Gezeichnet: die Vollversammlung der Studenten unter Beteiligung von Schülern, Arbeitslosen, Prekären, Arbeitern jeder Herkunft

Charlie Hebdo

(die Zeitung hat es schon Ende der 60er Jahre gegeben):

Mit dem Kopf gegen die Wand. Vor unseren Augen passiert etwas Enormes, etwas, was vielleicht noch nie gesehen wurde: eine Revolte ohne Projekt, eine Revolte ohne Veränderungsvorschläge, eine Revolte des puren Widerstandes. Eine Revolte der Verzweiflung. Bis jetzt ging man auf die Straße, um eine Veränderung zu erreichen. Man wußte, was man wollte. Das ungerechte Gesetz, oder die Anordnung, oder das Dekret oder was immer der Akt der Regierung war, der die Wut der Bevölkerung hervorrief, war nichts als der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Man ergriff die Gelegenheit einer großen Wut am Schopf, um zu versuchen, die Macht in die Luft zu

sprengen und sie durch das zu ersetzen, wovon man träumte. In jeder Revolte gab es eine Utopie.
Die jetzige Revolte hat kein Projekt. Sie weiß allein, daß sie den Mist von Balladur nicht will, und, allgemeiner, daß sie nichts von dieser Gesellschaft will, in der die Arbeit mehr und mehr ein knausrig verteiltes Privileg ist, in der die Lohnarbeit bald kein Recht mehr haben wird, in der die Studien zu nichts führen...Dieses Mal war der Wassertropfen das CIP. (...) Unter dem Deckmantel, den Jugendlichen helfen zu wollen, sich in der aktiven Welt durchzuwursteln, soll die Prekarität der Lohnarbeit zur Normalität werden, machte man einen ersten Schritt zur Rückkehr zu der furchtbaren Situation der Arbeitswelt zu Anfang der industriellen Expansion. Sicherlich macht diese Maßnahme der Verwüstung, die nichts löst, nichts anderes, als die Verwirrung einer Regierung in die Anordnungen der Mächte des Geldes zu übersetzen. Da diese kein anderes Ziel als den Profit haben und es nicht mehr, oder kaum mehr nötig haben, dafür menschliche Arbeitskraft einzusetzen, schmeißen sie schamlos die arbeitsamen, überflüssig gewordenen Massen auf die Straße, um den Politikern die Sorge zu überlassen, sich mit diesen Problemen rumzuschlagen. Daher kommt eine Gesellschaft ohne Zukunftsvision, ohne anderes Projekt als den sofortigen Profit für die, die an dem Tisch sitzen, wo sich das abspielt, ohne eine andere Quelle als die der quälenden Konkurrenz, gepeitscht von anderen Gierhälsen. Eine Gesellschaft, die am Ende ist, die nichts anderes verspricht als neue Bedürfnisse zu erfinden, d.h. neue Quellen des Profits, die wohlüberlegt einen immer größeren Rand von Hinterlassenen aus Berechnung akzeptiert, die wenig konsumieren, die gerade am Leben erhalten werden. Eine solche Gesellschaft hat einen Namen: es ist die allzu berühmte Konsumgesellschaft, die von den »Wütenden« im Mai 68 vorhergesagt und angegriffen wurde, die so viel taten, die seriösen Leute zu foppen. Der Mai 68 war auf den richtigen Weg. Wir kommen daher und sind mitten in dieser Dreckskonsumgesellschaft. Die vorhersehbaren Konsequenzen sind da. Vor 1981 konnte man sich einreden, daß die Scheiße, in der man sich befand, den langen Jahren der rechten Regierung geschuldet war. Das geht heute nicht mehr, da die sozialistische Regierung nichts Grundlegendes geändert hat; die Kommunisten haben die Chance nicht genutzt, revolutionär zu werden;

Heiß draußen, es ist Frühling!
Heute Abend bringen wir euch das Feuer

Ob das CIP zurückgezogen ist, zur großen Genugtuung der gewerkschaftlichen Possenreißer, oder nicht, was wird das für uns ändern? Nichts! Weder für die Millionen Arbeitslosen, die gezwungen sind, um ihr Überleben zu betteln, noch für diejenigen, die Arbeit haben und deshalb keine Zeit zum Leben. Man will uns glauben machen, daß das Glück darin besteht, sich anzupassen, ein Leben in einer langweiligen Familie zu führen, Metro, Arbeit, Schlaf. Man will uns glauben machen, daß wir uns in der Arbeit verwirklichen, während sie uns einer authentischen Existenz entfremdet. Man will uns glauben machen, daß wir Glück haben, trotz allem, denn anderswo sieht's schlimmer aus; daß die Ökonomie wieder anspringen wird; daß sich unser Horizont erweitern wird über eine Welt, wo jeder profitieren kann von seinem bezahlten Urlaub, während dem man das Recht besitzt, einen Teil der Scheiße zu konsumieren, die durch unsere Arbeit produziert wird.
Wir wollen euer verblödetes Leben nicht! Wir wollen eure verfaulte Welt nicht!

Ist alles gesagt? Alles bleibt zu tun!

Die Erpresser

Die Geschäftsleitung hat ihre bezaubernde Offensive mit dem Verschicken eines grandiosen Fragebogens begonnen, in dem sie uns nach unserer Meinung zum Zustand des Unternehmens und seiner Zukunft befragen; sie haben sogar Platz für freie Meinungsäußerungen gelassen!
Zur selben Zeit sorgt sich M. Franz in der Unternehmenszeitschrift über die heikle finanzielle Situation unserer heißgeliebten Firma: nicht nur daß sich die Verluste in 1993 auf 7,5 Mrd. Francs beliefen, sondern die Firma kostete auch mehr als sie eingebracht hat. Die Einnahmen deckten nicht einmal die Ausgaben für Treibstoff und Personal. Der Kern der Drohung: »entweder seid ihr mit der neuen Politik einverstanden, oder das ist das Ende von Air France«. Neue Politik? Aber wie kann sie von einer Geschäftsführung betrieben werden, von der 80 Prozent auch schon in der vorhergehenden Geschäftsleitung saßen, die durch ihre exemplarische Politik die Firma an den Rand des Abgrunds gebracht hat? Sollte der weiße Tornado sie so schnell verändert haben?

Kikeriki

Die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage haben es der Geschäftsleitung unter reger Anteilnahme der Medien ermöglicht, in Siegesgeschrei zu auszubrechen: 51 Prozent des Personals seien bereit, sich zu opfern und die Geschäftsleitung zu unterstützen! Wie man weiß, gab es nur 14.000 Antworten bei 42.000 Beschäftigten; so sieht man, daß die Geschäftsleitung auf 7.140 Personen zählen kann: Welch Triumph!
Bleiben wir ernst: Jenseits dieser Fragebogen-Augenwischerei ist das, was sie vorbereiten - dank der Reorganisation des Unternehmens (Dezentralisierung der Geschäftsbereiche, eigenständige Finanzierung usw.) - die Einrichtung von kleineren Einheiten, wo die Beschäftigten, gespalten, viel leichter zu manipulieren sein werden, um große Streiks wie im Oktober unmöglich zu machen. Es liegt an uns, durch den Angriff auf Lohn und Prekarisierung die Geschäftsleitung und die Regierung die Zeche bezahlen zu lassen für das Beispiel, welches wir allen ArbeiterInnen hier und anderswo gegeben haben, einschließlich der Hochseefischer.
Im Fall der Hochseefischer konnten wir beobachten, mit welcher Zärtlichkeit die CRS sie mit den üblichen Gewehrkolbenschlägen behandelt hat: Auch das sollten wir nicht vergessen!

Ein Frontalangriff

Die Geschäftsleitung brüstet sich damit, einen "Sozial"plan ohne direkte Entlassungen vorzuschlagen, aber mit der Einfrierung der Löhne für drei Jahre, Verlängerung der Arbeitszeiten und 200 "freiwilligen" Kündigungen (Attali wird sich im Sessel umdrehen!). Wer glaubt wirklich, daß es bei 3,5 Millionen Arbeitslosen noch freiwillige Kündigungen gibt? Oder glaubt Blanc, sie finden zu können? Unter den Managern, die aufgrund von Inkompetenz entlassen worden sind, und dem Volk zum Fraß vorgeworfen wurden? Unter dem zu teuer bezahlten fliegende Personal, oder im Kundenverkehr? Oder vor allem unter denjenigen, die die größte Entschlossenheit während des letzten Konflikts gezeigt haben: in den Frachtabteilungen, im Tower und in den Werkstätten? Für die "neue" Leitung bei Air France wie auch anderswo ist es nicht tolerierbar, daß es noch Bereiche gibt, wo die Stellung in der Produktion mit einem Zugehörigkeitsgefühl zu einem kollektiven Kampf existiert. Die "ihre" Vision eines funktionierenden Marktes einschränkt, ihre Träume verpfuscht. Fehlerfrei gibt's nicht! Stattdessen keine qualifizierte Arbeit und ein Maximum an "flexiblen" und unterbezahlten ArbeiterInnen.

Okay! Und die Gewerkschaften?

Sie sind nicht verschwunden, im Gegenteil. Sie haben ihren Vers vorbereitet und wiederholen die Melodie; sie sind bereit. Die FO schwimmt auf ihrer alten Linie und applaudiert dem Plan der Geschäftsleitung; die CFDT (die nur sich selber vertritt) macht ohne große Anstrengung auf kritisch; die CGT, intelligenter, kritisiert den antisozialen Plan, hat fast zum Streik aufgerufen. Aber womit sie am meisten auf die Nerven fällt, wie auch ganz stark die KPF (die es ausschlachten wollte, um bei den Regionalwahlen davon zu profitieren) ist ihre Behauptung, daß der »nationale Reichtum« verschleudert werde, das »französische Kleinod« .... Sie bereiten zum wiederholten Male nichtsnutzige Aktionstage vor. Keine guten Nachrichten. Sie machen einen dreckigen Job, aber sie haben eine Entschuldigung: sie machen ihn auf dreckige Weise und machen immer weiter, weil wir sie auf unserer Apathie wachsen lassen. Auf der Weigerung, unsere Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Man kann sie kritisieren, sich einen Dreck um sie scheren, sie beschimpfen, sie links liegen lassen wie im Oktober, das bringt nichts, wenn man ihnen auch nur eine Spur von Legitimation zubilligt, in unserem Namen zu sprechen und zu entscheiden, weil wir uns nicht selber organisieren.

Uns organisieren, nicht, um eine neue "Basis-", "autonome" oder "demokratische" Gewerkschaft aufzubauen, die ein repräsentativerer Gesprächspartner gegenüber der Geschäftsleitung wäre, um über die Modernisierung zu verhandeln. Sondern uns organisieren, um uns die Mittel für unseren Kampf zu schaffen: für die bedingungslose Rücknahme des neuen Plans.

Seien wir wachsam!

Die Geschäftsleitung ist auch nicht mehr untätig. Hinter dem "konstruktiven Dialog" werden die Waffen gegen den Streik vorbereitet: direkte Repression und Hilfe von anderen Firmen.
Wir haben die Erfahrung mit den Zusammenstößen auf den Pisten gemacht: Wir konnten die CRS in Schach halten, aber das werden wir kein zweites Mal auf dieselbe Art können. Wir müssen Phantasie entwickeln und Solidarität üben, nicht nur mit den Beschäftigten von Air Inter oder ADP, sondern mit allen Bereichen, die Arbeitslosen eingeschlossen.
Die beste Solidarität, die die Arbeiter von anderen Firmen uns geben könnten, ist nicht nur, daß sie sich weigern, die Gelben zu spielen (wie es die von Sabena gemacht haben), sondern sich selber in den Kampf zu werfen, weil sie dieselben Problemen durchmachen wie wir. Es liegt an uns, darüber nachzudenken, wie wir von jetzt ab die Kontakte knüpfen können.
Unsere Gegner beobachten das. Der Plan ist von den Beschäftigten überdacht worden. Die Geschäftsleitung wartet standhaft, des Erfolgs ihrer Erpressung sicher. Der Streik im Oktober hat es bewiesen: Wir können den neuen Plan scheitern alssen. Wir haben die Kraft, sind genug, haben die Mittel.
Wir wissen, auf wen wir zählen können und wem wir mißtrauen müssen.
Die Macht derjenigen, die uns auf die Nerven gehen, ist zuallererst in unseren Köpfen.

Ist damit alles gesagt?
Alles bleibt zu tun!

Die Meuterer von der Bounty
Flugblatt Nr. 6
15.3.94

Dieses Flugblatt wurde wie die vorhergehenden von mehreren Personen verfaßt, von denen einige bei Air France arbeiten und einige nicht. Wir fühlen uns nicht berufen, eine neue Partei, Gewerkschaft oder sonst einen Schwachsinn zu sein, die die Schwächen des Kampfes ausnützen. Wir wollen nur zum Aufbau zukünftiger Bewegungen beitragen und diese in unsere Überlegungen einbeziehen. Wir wären glücklich, wenn sich andere dem anschließen würden. Aber wir wären genauso glücklich, wenn andere Flugblätter bei Air France und anderswo auftauchen würden. Aus der Breite der Überlegungen wird die wirkliche Aktionseinheit entstehen, diejenige, die sich wirklich über ihre Ziele und ihre Mittel im Klaren ist.

Brief aus Paris: das Referendum bei Air France

Man kann sagen, daß Blanc seine Rolle sehr gut gespielt hat: alles war seit Januar geplant worden, damit sein Erpressungstheater ein Erfolg würde. Die Regierung, die Medien, alle, haben Blancs neuen Plan "den letzten Trumpf zur Rettung der gefährdeten Firma" genannt. Vor den Verhandlungen mit den Gewerkschaften am Wochenende des 26/27. März, sagte Blanc: "Wenn ich nicht die Zustimmung aller vierzehn Gewerkschaften der Air France bekomme, werde ich die Gewerkschaften umgehen, und ein Referendum organisieren." Diese "Alles oder Nichts"-Politik wurde von den Gewerkschaften unterstützt: auf der einen Seite können CGT und CFDT den linken Part spielen ("Wir lehnen den Plan und die Art und Weise der Verhandlungen ab") und versuchen, "radikal" zu erscheinen; auf der anderen Seite geruhte die FO, den Plan zu unterstützen (um so den Alptraum des Oktoberstreiks vergessen zu können), da dieser keine "Rausschmisse" enthielt, die Löhne nur für drei Jahre eingefroren würden, und die Regierung 20 Milliarden Franc an Subventionen versprochen hatte (wobei das Brüsseler Veto vergessen wurde).

An dem Referendum nahmen 81% der Stimmberechtigten teil, 88% der abgegebenen Stimmen lautete "Ja"; damit unterstützen 70% der Air France Belegschaft Blancs Politik. Wir kennen die genauen Resultate nicht aus allen Bereichen, aber man kann sagen, daß die Beteiligung überall gleich war, und daß die "commerciaux" (Beschäftigte, die im direkten Kundenkontakt am Flughafen, Agenturen oder Büros arbeiten) Blanc zu 95% zugestimmt haben, die Fracht- und Ladearbeiter gaben 80% Ja-Stimmen, und beim sehr gut bezahlten fliegenden Personal gab es noch mehr Opposition.

Aus den Aussagen, die wir an verschiedenen Plätzen gesammelt haben, können wir folgern, daß die große Mehrheit der Leute desorientiert, schockiert und hypnotisiert durch Blanc war, und daß sie keine Perspektiven hatten, als Blanc zu unterstützen, oder nach Gewerkschaftsaktionen zu rufen oder auf den Untergang ihrer geliebten Firma zu warten. Die Dinge waren im Bewußtsein der Arbeiter eingefroren, an dem Punkt, wo der Streik zuende war, als die Regierung ihren Plan zurückzog und Attali feuerte: eine breite Minderheit (so steht es auch in unserem Flugblatt) war bereit, mit den Gewerkschaften und dem Firmengeist zu brechen, während die Mehrheit (der Streikenden) Angst vor der eigenen Macht hatte, oder ihre direkten Aktionen (wie die Blockade des Rollfeldes) bereute, und lediglich Reformen innerhalb der Firma wollte. Die Intelligenz von Blanc bestand darin, die Situation zu betäuben und eine Erpressungspolitik anzuordnen. Für uns besteht das Problem nicht in dieser zeitweisen Niederlage (wir haben eine Schlacht verloren, nicht den Krieg), aber wir haben den Eindruck, daß die Dinge wieder so sind, wie sie vor dem Streik waren: eine Minderheit von 10%, die uns sehr nahe steht, aber nicht fähig ist, aus eigener Kraft etwas außerhalb der Gewerkschaft zu initiieren, und eine Gruppe von 30% der Leute, die (in ihrem Bewußtsein) eine halbe Umdrehung zu einer Haltung des Stillhaltens gemacht haben. Die Leute hofften, daß sie einen zweiten Streik aufbauen und so Blancs hinterhältige Reden beenden können. Aber es ist wirklich offensichtlich, daß es, außer in einer großen sozialen Erhebung (wie in Italien in den Sechzigern), noch nie zwei große Streiks innerhalb von sechs Monaten in der selben Firma gegeben hat.

Um mit einem optimistischen Zitat zu enden, können wir erwähnen, daß ein Journalist sagte: "... mit dem Referendum hat Blanc die Gewerkschaften umgangen, und die Bedingungen für einen sozialen Dialog geschaffen, um konservative Einstellungen zu brechen. Aber umgangene Gewerkschaften bedeuten Gewerkschaften ohne Kontrolle über zornige Arbeiter."

«Grundsätzlich wurde der Faschismus mit der ökonomischen und politischen Vereinigung des Kapitals in Verbindung gebracht, eine Tendenz, die seit 1914 überall ihren Ausdruck findet. Der Faschismus war ein besonderer Weg, dieses Ziel in zwei Ländern - Deutschland und Italien - zu bewerkstelligen, in denen er sich als unfähig erwies, die Ordnung (im Sinne des Bürgertums) zu etablieren, obwohl die Revolution besiegt worden war. Der Faschismus hat die folgenden Merkmale:

1. Er beginnt auf der Straße.

2. Er provoziert Unordnung, während er Ordnung predigt.

3. Er ist eine Bewegung von überflüssig gewordenen Mittelschichten und endet mit der mehr oder weniger brutalen Auflösung dieser Schichten.

4. Er regeneriert von außen den traditionellen Staat, der unfähig war, die kapitalistische Krise zu lösen.

Der Faschismus war die Lösung des Staates bei dem Übergang des Kapitals zur totalen Dominanz über die Gesellschaft. Bestimmte Organisationen der Arbeiterklasse waren notwendig, um die Revolution zu stoppen; des weiteren wurde der Faschismus benötigt, um die darauf folgende Unruhe, die Unordnung zu beenden. Diese Krise wurde durch den Faschismus nie wirklich überwunden; da er nur scheinbar effektiv war, weil er auf dem systematischen Ausschluß der Arbeiterklasse aus dem sozialen Leben beruhte. Diese Krise wird durch den Staat unserer Tage erfolgreicher bewältigt. Der demokratische Staat benutzt alle Werkzeuge des Faschismus, besser noch, in dem er die Organe der Arbeiterklasse nicht zerstört, sondern integriert. Die soziale Vereinheitlichung übertrifft das, was der Faschismus zu Wege gebracht hat, aber der Faschismus als spezifische Bewegung ist verschwunden. Er korrespondierte mit der erzwungenen Disziplin des Bürgertums unter dem Druck des Staates, in einer wahrlich einzigartigen Situation»[1].

Thesen zur Weimarer Republik/zur Entwicklung hin zum Faschismus:

1. Die Gründe für die Durchsetzung des Faschismus in Deutschland liegen in der Niederlage der Arbeiterklassen Europas und der USA begründet, sich in einen imperialistischen Krieg, mehr oder weniger, zwingen zu lassen. Ihre Vereinheitlichung fand nicht in einem revolutionären, weltweiten Kampf statt, sondern auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges. Damit waren alle Voraussetzungen, sowohl politisch wie ökonomisch, für das spätere Desaster geschaffen.

2. Die darauffolgende Novemberrevolution war keine Revolution im Sinne einer radikalen Umwälzung der Verhältnisse. Die Novemberrevolution brachte zum einen das

---

[1] Zitat aus einem Text von J.Barrot, »Faschismus/Antifaschismus«, erschienen bei »Black Cat Press«, 1982. Das Zitat ist aus der Einleitung zu einem Buch zum spanischen Bürgerkrieg. Der Text nimmt recht pointiert Stellung zu den Fragen, die die Auseinandersetzungen um den Faschismus und vor allem auch den Antifaschismus mit sich bringen. Auch wenn wir einen Haufen Kritik an dem Text hatten, wollten wir ihn eigentlich abdrucken, sind aber davon abgekommen. Zum einen, da er recht lang ist, zum anderen, weil er viele Thesen enthält, die sich nur im Gesamtzusammenhang des Buches beurteilen oder verstehen lassen. Wer ihn haben will soll sich melden, wir haben ihn (bisher erst grob) übersetzt. Wir werden ihn wohl zu einem anderen Zeitpunkt veröffentlichen.

Aufbäumen einer »alten« Arbeiterfigur. Der (Handwerker-)Facharbeiter mit all seinen Merkmalen war im Zuge der Veränderungen der Produktion obsolet geworden. Ein weiteres Mal wehrte er sich heftig gegen die Durchsetzung der wissenschaftlichen Betriebsführung (Taylorisierung), die dem deutschen Kapital schon vor dem ersten Weltkrieg nicht vollständig gelungen war (die USA waren da erfolgreicher).
Zum anderen war die Novemberrevolution, die Jahre 1917-1920, das Aufbegehren der un/angelernten ArbeiterInnen, der Frauen, der Jugendlichen - das breite Auftauchen des Massenarbeiters und dessen erste Niederlagen.
Die Kriegsökonomie hatte im verstärkten Maße diese neue Figur der angelernten ArbeiterInnen hervorgebracht und die Maschinerie weiterentwickelt. Sie waren breit besonders in die Rüstungsindustrie einbezogen worden. Und sie waren bei den breiten Massenbewegungen der Jahre 1917-1920 ganz vorne dabei.

2.1. Aus diesen beiden Polen der Novemberrevolution entwickelte sich keine Vereinheitlichung der Kämpfe. Die SPD hatte ihre soziale Basis bei den Facharbeitern, deren Fabrik- und Soldatenräte sich unter dem Einfluß der breiten Massenbewegungen sich zum Teil regional radikalisierten. Aber letztendlich sahen sie ihre Chance nicht im direkten Angriff auf Arbeit und Kapitalismus, sondern in dem Spannungsfeld von Sozialisierung, d.h. Verstaatlichung einerseits und Reform im Sinne verbesserter Arbeits/-Reproduktionsbedingungen, Anteil an der staatlichen Macht, andererseits. Die Niederlage mag letztlich auch daran gelegen haben, daß »... auch in den Enklaven des lokalen Syndikalismus die Einsicht in die Notwendigkeit der klasseninternen Revolution in der Revolution wenig verbreitet war«[2]. Die Novemberrevolution war insofern keine Niederlage **der** deutschen Arbeiterklasse. In ihren nicht nur regional auseinanderklaffenden Ausbeutungs- und Lebensbedingungen war eine nationale (im Sinne von einheitlich, »national« als ein mehr als nur nationale Grenzen bezeichnender Begriff) Arbeiterklasse nicht vorhanden.
Trotz allem war dieser Aufruhr natürlich eine massive Bedrohung für die herrschende Bourgeoisie, die nie kalkulieren konnte, was die Bewegung noch bringen würde und bis zu welchem Punkt ihre (der Bourgeoisie) Macht beschnitten werden würde.

3. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hatten im Krieg die Voraussetzungen geschaffen, die sie für das Kapital im Anbetracht der Aufstände zu einer Alternative im gesellschaftlichen Management werden ließen. (Burgfrieden, "jetzt gibt es nur noch Deutsche").
"Wir kommen heute ohne die Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht weiter... Wir wollen froh darüber sein, daß die Gewerkschaften noch mit uns verhandeln, denn nur durch unser Abkommen mit den Gewerkschaften können wir Anarchie, Bolschewismus, Spartakusherrschaft und Chaos verhindern..." Aus einem Protokoll einer Sitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom November 1918.
Wichtig dabei ist die Tatsache, daß die Einbeziehung der Gewerkschaften und der SPD zum einen durch die massive Bedrohung erzwungen war, zum anderen denjenigen Interessen entsprach, die man vielleicht als "fortschrittliches" Kapital umschreiben könnte. Institutionell war diese Einbeziehung der Gewerkschaften bereits im ersten

---

[2] K.H.Roth 1978, »Arbeiterklasse und Arbeiterorganisation 1890-1920«

Weltkrieg vollzogen worden.
Die Unterscheidung in deutschnationales und demokratisches Kapital spielt in soweit eine Rolle, da diese beiden Lager die 20er Jahre hindurch eine andere Politik vertraten. (Politik meint hier sowohl betriebspolitische Belange, als auch Außenpolitik, Sozialpolitik usw.) Später taucht dieser Streit in der scheinbaren Divergenz zwischen den Stahlbaronen und Siemens in der Haltung zur NSDAP wieder auf.

4. Das Erbe der Novemberrevolution stellte für alle Beteiligten die ganze Weimarer Republik hindurch und auch im Faschismus eine wesentliche Grundlage ihres Denken und Handelns dar.

4.1. Für die Sozialdemokratie mit ihrem gewerkschaftlichen Flügel, bestand das Problem im wesentlichen aus dem Auseinanderklaffen der beiden Pole staatliche Teilhabe und Verteidigung unmittelbarer Arbeiterinteressen. Am offensichtlichsten wird dieser Widerspruch in der Person des staatlichen Schlichters, eine Funktion die geschaffen wurde, um Klassenkämpfe eingrenzen zu können. Diese Schlichter waren nicht selten Sozialdemokraten und Gewerkschafter, was dazu führte, daß die Gewerkschaften auf Druck der Arbeiterklasse Forderungen aufstellen mußten, die ihr Genosse als Schlichter und staatlicher Repräsentant dann auf ein Minimum zusammenkürzte.
Man sollte hierbei nicht vergessen, daß die damaligen Gewerkschaften nicht unbedingt völlig deckungsgleich mit ihrem heutigen Pendant sind. Zwar von ihrem Wesen her, der Verteidigung der Arbeitskraft (und das schließt die Verteidigung des herrschenden Status Quo mit ein), identisch, waren sie in der damaligen Zeit noch etwas mehr gezwungen auf die Forderungen der Basis einzugehen und eine klassenkämpferische Rhethorik gehörte da natürlich dazu.

4.2. Für die Arbeiterklasse war der Ausgang der Novemberrevolution natürlich eine Niederlage, von der sie sich erst wieder ab ca. 1925 erholte. Die doch ziemlich widerstandslose Anpassung an Faschismus und Krieg dürfte auf diese Niederlage zurückzuführen zu sein. Gleichzeitig bedeuteten die Kämpfe von 1918 natürlich eine Vielzahl von Kampferfahrungen und Wissen um die eigene Macht.

4.3. Die Vertreter des Kapitals
Der angedeutete Konflikt zwischen den verschiedenen Kaptitalinteressen läßt sich auch hier wiederfinden. Die weltmarktfähigen Teile setzten aufgrund der revolutionären Drohung eher auf Integration und Reformen (in Berlin heißt ein Stadtteil nicht umsonst Siemensstadt), orientierten sich also völlig am US-amerikanischen Modell, während das andere Lager sich zwar die Vorzüge des Taylorismus, was die wissenschaftliche Betriebsführung anbelangt, zu eigen machte, keine Konsequenzen aber für ihre politische Ausrichtung zog. Diese Tendenz war zutiefst haßerfüllt und rachsüchtig in ihrer Erinnnerung an die Demütigung durch den verlorenen Krieg und an den Grund für den verlorenen Krieg: zum einen natürlich die Arbeiterklasse, die keine Lust mehr hatte auf dem Schlachtfeld zu bluten, zum anderen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, denen man zwar bestimmte Machtteilnahme sichern mußte, die jedoch noch nicht als Notwendigkeit eines "modernen", kapitalistischen Systems erkannt wurden.

Die Integration der "Arbeiterbewegung" auf zweierlei Schienen.
1918 bis 1923 begann die Entwaffnung der Arbeiterklasse und die Liquidierung ihres radikalsten Teils. Flankiert wurde das Ganze mit einer Reihe von Reformen. Achtstundentag,

Tarifrecht, Streikrecht, Teilhabe der Arbeiterbewegung an der politischen Macht. Die Weimarer Republik war geboren.

5. Die Umgestaltung der Arbeitsorganisation als Folge der 1918/23 erzwungenen "Neuverteilung" der politischen Macht. Die Kapitalisten sichern sich "ihre" Macht erstmal wieder auf betrieblicher Ebene.

5.1. Die technische Umgestaltung der Betriebsorganisation: Eine Zeit der Rationalisierungen und technischer wie auch politischer Klassenneuzusammensetzung begann. Eine neue Form der Betriebshierarchie verschob die Stellung des Facharbeiters und stellte ihn praktisch auf eine Stufe mit den Angelernten. Das Fließband und die weitere »Vereinfachung« der einzelnen Arbeitsschritte innerhalb der Produktion machten dies möglich. Die Arbeitsbüros sorgten für die Einstellung neuer Mitarbeiter, genauso wie für Entlassungen. Desweiteren und vielleicht als wichtigsten Schritt, überwachten sie die Produktion von »außen«. Da hier jetzt alle Fäden zusammenliefen, konnte durch die »wissenschaftliche« Betriebsführung die Neuzusammensetzung der Arbeiter in einem permanenten Zustand gehalten werden. Nicht mehr die durch größere Konflikte auffallenden Kräfte wurden aussortiert, sondern es begann ein permanenter Austausch. Warum dies in Deutschland einen so großen Faktor annahm, lag auch an der zuvor »erkämpften« Sozialpolitik. Die Unternehmer konnten trotz massiver Versuche einzelne Errungenschaften, wie z.B. den 8-Stundentag nicht kippen. Was ihnen blieb war die Intensivierung der Produktivität. So wurde zwischen 1925 und 26 die durchschnittliche Produktivität um ca. 25 % gesteigert und das bei einer Steigerung der Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum, die um das 3fache (!) anstieg.
Einen großen Anteil an dieser Steigerung hatte die zunehmende Beschäftigung von Frauen in der industriellen Produktion. Der 8-Stundentag und die Zergliederung der reinen Tätigkeit am Fließband ließen diese Arbeit prädestiniert für Frauen erscheinen. Zusätzlich war natürlich die geringere Entlohnung der Frauen ein wichtiges Merkmal davon.

5.2. Die "soziale" Umgestaltung der Betriebspolitik war ein weiterer Faktor in der kapitalistischen Politik. Die Erfahrungen, die die Unternehmer mit den Ungelernten Jahre vorher gemacht hatten, nämlich die ablehnende Haltung gegenüber der Arbeit, galt es zu brechen. Während der »Stolz des Facharbeiters«, seine »Würde« ebenfalls gebrochen werden mußte. Diesen Zwiespalt galt es zu überwinden und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß eine Vereinheitlichung aller unterblieb.

Die neuen Arbeitswissenschaften und die «Psychotechniken« entwickelten ein perfektes Instrumentarium zur Spaltung und Entpolitisierung der Arbeiterklasse. Während es für die Facharbeiter, trotz Entlassungen und Dequalifizierung, Reallohnsteigerungen gab, was ihre Rolle in der Fabrik eher materiell ambivalent machte, gab es für die FließbandarbeiterInnen verstärkt ideologische Integrationsversuche. Durch die ideologische Schulung, während der Berufs- und Anlernausbildung durch eigens geschaffene Institute (z.B. Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung »DINTA«), wurden zehntausende Jugendliche und junge Arbeiter geschleust. Es war der gigantische Versuch, die verstärkte Ausbeutung mit verstärkter Arbeitsfreude zu stabilisieren, sie als gesellschaftlichen Fortschritt zu begreifen. Im Mansfeld-Konzern machte sich beispielsweise eine Abteilung des DINTA daran, alle jungen Arbeiter und Lehrlinge in die

Mangel zu nehmen und eine den realen Arbeitsinhalten genau konträre »Bindung« an den Betrieb zu indoktrinieren. Betriebssport, »nationale Veranstaltungen«, »Elternabende«, Ausbildungspläne mit dem Ziel der »Arbeitsfreude«, usw. waren Teile dieser Kampagne.

6. Die Unternehmer stärken ihre politische Macht, indem die betriebliche Umgestaltung sich auf gesellschaftlicher Ebene fortsetzt. Den Gewerkschaften, und in diesem Zuge auch der SPD, wird ein großer Teil ihres Zulaufs entzogen. Sie lassen sich aber auch durch die Fixiertheit auf den "alten" Kern der ArbeiterInnenschaft leicht dazu bringen.

Die Zeit der Weimarer Republik war also eine Zeit des Umbruchs. Gekennzeichnet auf der technisch-stofflichen Ebene durch die Durchsetzung der allgemeinen Verwendung der Elektrizität; der Elektromotor ist für die Zwanziger das, was für die Achtziger der Computer darstellt. Massenproduktion und Fließfertigung und damit in engem Zusammenhang die »wissenschaftliche Betriebsführung« Taylors. Rationalisierungen finden auch in der Verwaltung statt; dafür könnten die Hollerith- Maschinen stehen, die in ihrer Bedeutung für die Veränderung von Angestelltenarbeit sicher nicht weniger bedeutend waren als die modernen EDV-Anlagen aller Größen. Entsprechend der Dimension des Umbruchs der produktiven Kooperation; also der Art und Weise der kapitalistischen Produktion finden während der ganzen Weimarer Republik Rationalisierung und Massenentlassungen statt; dies auch, oder vielleicht sogar in besonders dramatischem Umfang, bei den Angestellten. Daraus leitete sich dann die automatische Schlußfolgerung ab: die Nazis waren eine reine Mittelschichts-(Angestellten)partei.

Anteil (in %) an Mitgliedschaft NSDAP / Gesamtbevölkerung 1930:

Arbeiter	26,3	46,3
Angestellte	24,0	12,5
Selbstständige	18,9	9,6
Beamte	7,7	4,6
Bauern	13,2	20,7
Sonstige	9,9	6,6

Auffallend bei der obigen Tabelle ist, daß die Angestellten einen erklecklichen Anteil an der Mitgliedschaft (und an den Wählerstimmen) der NSDAP hatten.
Die Angestellten des Privatsektors waren schwer getroffen durch die ökonomischen Entwicklungen. Die Gehälter waren niedrig, die Arbeitslosigkeit hoch, vor allem während der Inflation und der Stabilisierungsphase bis 24. Im Mai 24 gab es für einen Job im Verkauf 15 BewerberInnen; diese Rate wurde nur noch im kaufmännischen Bereich übertroffen. Während der Goldenen Zwanziger ging die Arbeitslosigkeit insgesamt zurück; bei den Angestellten blieb sie auf hohem Niveau.

Auch die Depression erwischte die Angestellten besonders hart: Von 1928 bis 32 fielen die Gehälter im Bankbereich und im Einzelhandel um etwa 26%, die Anzahl arbeitsloser Angestellter stieg von 80.000 auf 261.000 im September und auf 522.000 im Dezember 1932.
Den Staatsangestellten ging es nicht besser. »Traumatisch« waren die Austeritätsmaßnahmen der Reichsregierung 1923, als zwischen Nov.23 und April 24 164.000 Beschäftigte entlassen wurden; zusammen mit Landes- und Kommunalbehörden verloren nahezu

750.000 ihren Job. Besonders deutlich wird das Lohnniveau, wenn von Lehrern berichtet wird, die zusätzlich als Tagelöhner arbeiteten oder als Bauchladenvertreter.
Dennoch läßt sich nicht sagen, daß »die Angestellten« Nazis gewählt haben. In diesem Zusammenhang wird oft von der Proletarisierung der Angestellten gesprochen. Betrachten wir die Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Angestellten, so ist bestimmt richtig, daß sie Anlässe genug gehabt hätten, sich »proletarisiert« zu fühlen. Die Veränderungen der Arbeitsprozesse, die schlechten Löhne besonders bei den VerkäuferInnen und Stenotypistinnen, gaben nicht mehr viel Gründe her, auf einen »Standesunterschied« beharren zu können. Aber dieser Proletarisierung geht der Widerstand gegen diese Proletarisierung voraus. Viel deutet darauf hin, daß gerade in emotioneller Abwehr der sozialen Lage ein Bestehen auf »Standesunterschiede« weit verbreitet war und von den Nazis unterstützt wurde; besonders gegenüber den Beamten (die «Parteibuchbeamten« waren ein beliebtes Bild in der Nazipropaganda). Andererseits legte die Propagandaleitlinie der »Volksgemeinschaft« auch sowas wie eine »klassenlose«, (wenn auch nicht menschliche, sondern deutsche) Gesellschaftsvorstellung nahe. Ebenso war die Nazi«klassifizierung« der arbeitenden Bevölkerung als »Arbeiter der Hand und der Stirn« vielleicht weitergehender als die Nichtbeachtung der Angestellten durch die KPD. Auffallend bei mathematisch-statistischen Analysen ist ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Wählerstimmen für die NSDAP unter den Angestellten.

7. Geldpolitik und Reparationszahlungen
In Deutschland kommen zu diesen allgemeinen Entwicklungen noch Besonderheiten hinzu. Dabei handelt es sich um Friktionen auf der Ebene des Geldes und des Kapitals als Geld. Um die Modernisierungen finanzieren zu können, mußte das deutsche Kapital enorme Kredite im Ausland aufnehmen. Als Folge der Reparationszahlungen fehlte es an allen Ecken und Enden an Kapital. Die Rationalisierungen schlugen zwar bei der Produktivität pro Kopf voll ein, die Kosten blieben aber die gleichen wie vor den Rationalisierungen. Die Reparationen, die der deutsche Staat zu leisten hatte, bezahlte er via Umverteilung, d.h. rasante Staatsverschuldung - Inflation. Z.B. bezahlt die BASF die Staatskredite für das Leunawerk im Nominalwert auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 und andererseits floß ausländisches Kapital nach Deutschland (z.B. GM kaufte 1929 Opel). Die Weimarer Republik repräsentierte weitgehend eine sehr krisenhafte Nationalökonomie: allenfalls die Jahre 24 - 29 (die Goldenen Zwanziger) erlebten eine relativ geordnete, ruhige ökonomische Entwicklung. Erst 1928 werden die Nettoreallöhne von 1913/14 wieder erreicht; um danach wieder zu fallen. Von 25-28 hält sich die Arbeitslosigkeit auf dem heutigen Niveau; danach steigt sie von 14,6% im Jahre 29 bis auf 44,4% im Jahr 1932.

8. Die Klassenauseinandersetzung kann aber nicht eliminiert werden. Und diesmal nutzt den Unternehmern auch die integrative Kraft der Arbeiterorganisationen nix. Außerhalb dieser und genau an der Entwicklung der neuen Arbeitsorganisation entzünden sich neue Kämpfe, wird die kapitalistische Verwertung angegriffen.

8.1. Bereits 1926/27 müssen die Unternehmer für ihre restriktive Politik bezahlen. Der Anspruch der Arbeiterklasse manifestierte sich in einer Vielzahl von Lohnstreiks und Forderungen die Arbeitszeit betreffend. Sie hatte zwar die Revolution

verloren, aber das hieß nicht, daß das Leben unbedingt völlig den kapitalistischen Maßstäben zu gehorchen hatte. Stichworte sind hierfür Goldene Zwanziger, Koks und Opium, Jazz, Frauenbewegung, Schwulenemanzipation, Dadaismus, Reich, Hirschfeld, in der Tat eine der besten Zeiten in der Geschichte der Arbeiterklasse.
Diese Kämpfe entstehen genau da, wo der Gebrauch der Maschinerie gegen die ArbeiterInnen am weitesten fortgeschritten ist: im Fahrzeugbau, in der Büromaschinenindustrie, in den mechanisierten Zweigen der elektrotechnischen Großkonzerne, dort am Fließband. Die »passive Verweigerung«, die Werkstücke auf den Montagebändern werden einfach nicht weiterbearbeitet, die insgeheim betriebene Zerstörung der Registriergeräte und andere kleine Aktionen entwickeln sich mit einer enormen Beschleunigung. Nirgends artikuliert und nirgends auf organisatorischer Seite vorbereitet verlaufen diese Aktionen (K.H.Roth, in »die andere Arbeiterbewegung«).
Bei AEG gab es 1926 einen Streik gegen Arbeitsintensivierung und Gruppenakkord, der ab 1927 auf die gesamte elektronische Industrie übergreift und danach auch die Automobilbranche erfasst. Im Walzwerk Riesa setzen die Arbeiter 1928 das Schichtende selbst fest, mit der Parole: »Acht Stunden - genug geschunden«. So auch in der Textilindustrie und auf den Werften und in vielen anderen Wirtschaftszweigen. Die neuen Spezialarbeiterschichten sind zu einem Motor einer neuen Phase von proletarischer Aufsässigkeit geworden. Die Kapitalisten waren also wenige Jahre nach dem scheinbaren Totalerfolg ihrer Rationalisierungsoffensive mit einem völlig neuen Kampfverhalten konfrontiert, getragen gerade von jenen ArbeiterInnen, die einer schier perfektionierten Organisation der Arbeit und der Arbeitsteilung unterworfen waren. Explosiv wirkte diese Situation auch auf gesellschaftlicher Ebene: ein erheblicher Teil der Angelerntenschicht bestand aus Arbeiterinnen. Der Kampfzyklus dieser späten 20er Jahren wurde in seinen Brennpunkten also ganz wesentlich von Frauen bestimmt.

8.2. Diese Kämpfe läuten die Endphase der Weimarer Republik ein. Losgelöst von ihren traditionellen Organisationsformen, stellt die Klasse eine erneute Bedrohung des kapitalistischen Systems dar. Die bisherige staatliche Aufgabe der Integration, bzw. Schlichtung der Klassenauseinandersetzung stößt an ihre Grenzen. Die Unternehmer hatten in den 20er Jahren alle möglichen Waffen gegen die drohende Räterevolution eingesetzt (Fließbänder, Innovation überhaupt, Rationalisierungen), sie waren aber nicht bereit gewesen, den politischen Preis, die (keynesianistische) Anerkennung der Arbeiterklasse zu bezahlen. Die mögliche Lösung sieht das Kapital nun wieder eher in einem autoritären Staat. Das mag auch erklären, warum die Unternehmer schon relativ früh, 1926/27 mit massiven Manövern, Aussperrung und physische Zerschlagung der Aufsässigkeit durch Schlägertruppen und Werkschutzdiensten reagierten. Aber selbst damit hatten sie keinen großen Erfolg. Dazu gehört auch die Ausweitung der Repression, hinein in die Gesellschaft durch die Notverordnungspolitik der Regierungen. Ihre Kalkulation war sehr einfach: wenn sie selbst mit den ArbeiterInnen nicht fertig wurden, sollte der Staatsapparat die Arbeitslosenmassen auf der Straße disziplinieren.
In einer Situation zunehmender Arbeitslosigkeit, praktizierten immmer größere Teile der Klasse ihr »Recht auf Leben auf der Straße«. Gegen Ende der Weimarer Republik kam

es fast täglich zu Auseinandersetzungen auf den Stempelstellen, den Ämtern[3]. Die »organisierte Arbeiterbewegung« hatte die Erwerbslosen erst spät überhaupt zur Kenntnis genommen. Nur die KPD nahm gegen Ende der Weimarer Republik davon breiter Notiz. Aber besonders unter den jugendlichen Erwerbslosen fand die KPD wenig Zuspruch, dort kam es immer häufiger zu eigenständigen Aktionen, auch wenn der Übergang zur organisierten Erwerbslosenbewegung oft fließend war[4].
Mit »Kampf den Sozialfaschisten«, oder »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft« konnte die verkümmerte Arbeiterbewegung ihre Distanz zu den Lebens-, Reproduktionsbedingungen breiter Teile der Klasse nicht mehr schließen.

9.In diesem komplizierten Wechselverhältnis - Notwendigkeit der Modernisierung, Rationalisierung des deutschen Kapitals, Finanzierungsprobleme und eine zu disziplinierende Arbeiterklasse, hatte sich der Zwischenkriegs-Kapitalismus abgespielt. Der autoritäre Staat, der Faschismus sollte diese explosive Mischung durch eine Neuorganisierung der Klassenverhältnisse endgültig auflösen.

9.1.Hitler und die NSDAP traten an, um die »klassenlose Volksgemeinschaft« zu errichten. Das neue Regime aber hatte nicht die freiwillige Anerkennunng der Arbeiterklasse gewonnen. Die »Erbschaft der Novemberrevolution« war zwar mit den Waffen des Terrors und der Massenarbeitslosigkeit vergessen gemacht, aber weiterhin in den Köpfen der neuen Machthaber. Und wohl auch in den Köpfen der ArbeiterInnen, die für den »Fehler« büßen sollten, die Anfang der 20er Jahre mögliche Revolution nicht beendet zu haben, die Macht in die Hände der »Arbeiterorganisationen« gelegt zu haben. Diese »Arbeiterparteien« hatten sich sich als Agenten der Lohnarbeit in die Verwaltung

---

[3] 1932 war in Berlin ein neues Arbeitsamt eröffnet worden. »Hungerpalast« und »Zuchthaus« wurde es genannt. Zwei Wochen nachden es eröffnet worden war, wurde es gestürmt. Tagelang blieb es von innen barrikadiert (Bullen), von außen von den Erwerbslosen belagert. In der Folgezeit gab es eine Reihe breiter Aktionen der Erwerbslosen.

[4] Die »Wilden Cliquen« waren eine diese eigenständigen Formen. 1932 hat es in Berlin über 600 davon gegeben, deren Mitglieder un- oder angelernte Arbeiterjugendliche waren. Deren Kontakte zur organisierten Erwerbslosenbewegung kam nur bei Aktionen zustande. Die Straße, der Stadtteil waren Ort ihrer Unternehmungen. Wohnraum wurde gegen Kündigungen und Zwangsräumungen verteidigt, kostenloses Einkaufen... . Ein beliebtes Lied dieser Cliquen lautete:
»Meister, gib uns die Papiere
Meister, gib uns unser Geld
Denn das Stempeln ist uns lieber
als das Schuften auf der Welt«
Oft kam es zu Straßenschlachten mit der HJ. Lohnarbeit, soweit überhaupt angeboten, galt nicht als Alternative.
Hier sei noch eine andere Form der »Erwerbslosenbewegung« erwähnt. Eine halbe Million Menschen befanden sich Anfang der 30er Jahre »auf der Wanderschaft«. 1930 gab es einen »Vagabundenkongreß« Stuttgart, dessen Positionen diamatetral gegen jeden bürgerlichen - und auch nationalsozialistischen - Arbeitsstaat standen: «Der Vagabundismus anerkennt keinen Staat, keine Dienstpflicht und keine Arbeitsdienstpflicht! Die Entscheidung ist getroffen: Generalstreik ein Leben lang! ... Nur durch einen solchen Generalstreik ist es möglich, die kapitalistische, »christliche«, kerkerbauende Gesellschaft ins Wanken zu bringen!«.

von Staat und Kapital »hineingekämpft«, jetzt standen auch sie im Weg. In den 20er Jahren hatten sie zunächst bei der Zerschlagung der revolutionären Bewegung mitgewirkt, Mitte der 20er Jahre waren sie Partner der Unternehmer bei der »Taylorisierung« gewesen. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hatte ihr jegliche Vermittlungsräume verbaut. Aufgabe der Nazis war es, wieder eine verstärkte, politisch gesicherte Ausbeutung herzustellen.

Auch nach der Machtübergabe an die Faschisten träumte der ADGB noch immer von der Integration in die »Hitlersche Volksgemeinschaft«: »(...) Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat. An diesem Tags soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen. Der deutsche Arbeiter soll am 1.Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtiges Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tag seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.(...)«[5].

10. Der Krieg nach Innen

Die Beseitigung der »Arbeiterparteien« war ein erster, für die Nazis notwendiger Schritt. Dabei ging es aber nicht einfach nur um die Beseitigung der ideologische Hauptfeinde. Die »Arbeiterparteien« hatten in der Weimarer Republik ihre ganze Strategie auf eine Verteidigung, Vermittlung der »Interessen« von LohnarbeiterInnen abgestellt. Auch zu Beginn der 30er Jahre hatten die »Arbeiterorganisationen« trotz ihrer Distanz zu den proletarisierten Schichten und den Arbeitslosen nicht wesentlich an Substanz verloren. Auch war es der NSDAP nicht gelungen eine »Arbeiterpartei« zu werden. Noch beim Streik der Berliner Verkehrsbetriebe im November 1932 mußte sie sich mit ihrem »sozialrevolutionären« Flügel herumschlagen. NSBO und kommunistische Kader standen vor den Verkehrsbetrieben. Teile des »Strasserflügels« wechselten zur KPD, aber auch in die andere Richtung hat es das gegeben.

Der Sturm auf die Gewerkschaftszentralen war sicher auch der Radikalität der Basis der Nazis geschuldet, er war aber vor allem Resultat der Erfahrungen der Weimarer Zeit. Den Nazis war es durchaus bewußt, daß sich ihre »klassenlose Volksgemeinschaft« nach fünfzehn Jahren breiter und unterschiedlichster Klassenkampferfahrung auch angesichts der Verelendung, der Massenarbeitlosigkeit, nicht nur durch Propaganda durchsetzen ließ. Den ArbeiterInnen sollte jede auch nur im Ansatz mögliche Organisierung jenseits der »Volksgemeinschaft« unmöglich gemacht werden.

10.1. Der nächste notwendige Schritt war die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Leute mußten »weg von der Straße«, die Nazis inszenierten ihre »Arbeitsschlacht«. Eine Mischung aus Zwangsarbeit, Arbeitsbeschaffungsprojekten in der Landwirtschaft und der Bauindustrie und nicht zuletzt auch Spielereien mit den Statistiken. Außerdem begann natürlich die Ausrichtung auf die Rüstungsindustrie. Es kam zu einer breiten Ausdifferenzierungen bei den Arbeitsbedingungen, den Löhnen. Nur die Beschäftigten in den für die Rüstung direkt entscheidenden Bereichen kamen in den Genuß von Reallohnsteigerungen.

---

[5] Stellungnahme des ADGB zum 1.Mai 1933, aus der Gewerkschaftszeitung, Nr.16, 22.April 1933.

11.Ab 1935 lernten breite Teile der ArbeiterInnen, sich diese Ausdifferenzierungen, den beginnenden Arbeitskräftemangel[6], zu nutze zu machen. Hin zu den besser bezahlten Jobs, »getarnte Streiks«, Krankmachen... dies alles fand in einem Ausmaß statt, das es sich nicht mit dem Argument wegwischen läßt, dies gäbe es natürlich immer: »Hier ging es aber nicht um eine unpersönliche, automatische Auswirkung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt – das gibt es nur in Lehrbüchern der Volkswirtschaft. Die neuen Handlungsmöglichkeiten mußten von der Arbeiterschaft erkannt und ausgenutzt werden. Einerseits geschah dies, indem sich der einzelne Arbeiter marktkonform verhielt und den eigenen Vorteil suchte, wo er ihn nur finden konnte: eine Haltung, die oft, wenn nicht immer, den Interessen der Industrie und des Regimes zuwiderlief und oft auch mit Verstößen gegen die Vorschriften und mit Vertragsbrüchen verbunden war. Interessanter in unserem Zusammenhang sind aber Aktionen, die auf Gruppensolidarität unter den Arbeitern beruhten. Ab 1936 wurde von allen Seiten berichtet, daß Arbeiter *gemeinsam* vorgingen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen...« (Quelle siehe Anm.6).

11.1. All dies spiegelte sich breit in den Berichten der Naziorganisationen, in ihrer »Arbeits- und Sozialpolitik« wieder.

Die Entwicklung der NSBO und ihres Nachfolgers DAF zeigt das ganze Dilemma der damaligen Führung auf. Die NSBO war als Nazigewerkschaft recht spät gegründet worden und eigentlich nie über den Rang eines Sektiererhaufens hinausgekommen. Gleichwohl schien den Ideologen allein die Existenz einer Organisation, die behauptete für die Interessen einer besonderen Klasse zu kämpfen, zu gefährlich, vertrug sich sowas überhaupt nicht mit dem Leugnen von Klassengegensätzen, der Idee der Volksgemeinschaft. Die NSBO wurde in die deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt.

Die DAF bestand zu einem Teil aus Unternehmern, aus staatlichen Vermittlern und aus Vertretern der Belegschaft. Am Rande bemerkt: diese staatlichen Vertreter nannten sich "Treuhänder".

Ziel der Organisation sollte die Erziehung der Arbeiterklasse zu treuen Anhängern der Partei und der Idee der Betriebsgemeinschaft sein. Doch die Ideologie konnte mit den realen Entwicklungen und Erfordernissen nicht Schritt halten. Zwar wurde die DAF zur Massenorganisation, doch nur über die Zwangseintreibung der Mitgliedsbeiträge; reale Bedeutung erreichte sie aber erst über konkrete Verbesserungen der Arbeits -und Lebensbedingungen. Bekanntestes Beispiel ist die KDF (Kraft durch Freude), die nichts anderes war als die Grundsteinlegung des Massentourismus.

12.Traditionell wird in der Diskussion unterschieden zwischen zwei Fraktionen des deutschen Kapitals:

- die eine, nicht mehr konkurrenzfähige Industrie um die Kohlenbarone (Thyssen..), die

---

[6] 1938 gab es in der gesamten deutschen Wirtschaft eine Million unbesetzter Stellen. Die Fluktuation nahm so stark zu, daß in dieser Zeit alle regelmäßig Beschäftigten den Arbeitsplatz im Durchschnitt einmal im Jahr wechselten. Nur noch ein kleiner Teil dieser Mobilität diente jetzt der Rekrutierung von Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie aus anderen Wirtschaftssektoren. Die Fluktuation stellte nun vor allem eine Quelle schwerer Betriebstörungen dar (Quelle: T.Mason, in »Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland«, 1981).

die Machtübernahme Hitlers begünstigte
- die "fortschrittlich" innovativen Sektoren, wie z.B. die Elektroindustrie, die dem eher skeptisch gegenüberstanden.
Fakt ist, daß genau diese Sparte der Industrie der eigentliche Gewinner des Faschismus und des Krieges war. Alle Entwicklungen auf denen in der Nachkriegszeit der Boom dieser "modernen" Industrien basierte, waren direkte Erben der Kriegsökonomie (Elektronik, Volksempfänger, Radar, Volkswagen).

Genauso dürfte die Organisation der Dienstleistung *Medizin und Pflege* den größten Sprung nach vorne gemacht haben, was Effektivität und Rationalisierung anbelangt (dazu gehört natürlich auch die Forschung, Mengele und Gentechnologie..). Ein weiteres Beispiel im Dienstleistungsbereich ist die oben erwähnte Entwicklung eines Tourismussektors durch die KDF. Die Ausflüge des KDF waren in dieser Zeit äußerst beliebt und nicht zuletzt durch die Undiszipliniertheit ihrer TeilnehmerInnen ein Dorn im Auge der Nazioberen.
Der Fortschritt des Kapitalismus wurde wie bisher nach dem alten Modell gemacht. Die Ansprüche der Arbeiterklasse werden kapitalisiert, nur im Unterschied zu Weimar (und jetzt?) mit einer stärkeren staatlichen Lenkung. War der Nationalsozialismus also die Durchsetzung eines Modells, daß in den USA ohne diesen Terror eingeführt wurde und scheinbar auch besser funktionierte als in der Weimarer Republik?
Aber die DAF und ihre weit verzweigten Institutionen war sicher mehr als nur das Abbild des Eiertanzes der Nazis mit einem nicht aus der Welt zu schaffenden Klassenkampf. Die Entwicklung von Akkordlöhnen, die weitere Zurichtung (Rationalisierung) der proletarische Kernfamilie, das Forttreiben der rassistischen Ausdifferenzierungen, der »gerechte Lohn für gerechte Arbeit«, die Perversionen der Leistungsgesellschaft haben sie entscheidend gestaltet. Zwar wurden allen Modernisierungen und Veränderungen in der Arbeitsorganisation und der Reproduktion nazipassende Mäntelchen verpaßt, unbestritten waren die Verantwortlichen aber inspiriert von den neuesten Erkenntnissen der amerikanischen Forschungen auf diesem Gebiet – und auch umgekehrt. Beispiele hierfür sind Arbeitsschutz, Verbesserungen der Umkleide und Hygiene, saubere Entlüftung u.Ä., die Heraufsetzung der Urlaubstage.

13.Der Klassenantagonismus war im nationalsozialistischen Deutschland nicht nur objektiv weiter vorhanden – er blieb auch wirksam. Der Beginn, die Forcierung der aggressiven »Lösung« nach außen, resultierte auch daraus. Daß es auch im Nationalsozialismus Klassenkämpfe gab, ist eine recht banale Erkenntnis, auch wenn sie für einige Leute neu sein mag. Der Faschismus konnte die Dynamik verlorener, nicht erfolgreicher Klassenkämpfe ausnutzen. Die Faschisten der 90er Jahre aber, besetzen im Moment ein Vakuum, sie nehmen ihre Kraft nicht aus einer Polarisierung von Klassenkämpfen in ihrem Sinn.
Das Kapital rätselt immer noch über die Krise (des Keynesianismus), agiert mit Maßnahmen, die für große Teile der Klasse eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bedeuten, aber keinem Plan, einer gefundenen Lösung entspringen (außer natürlich dem Wunsch des Kapitals nach Unsterblichkeit). Aber auch auf seiten der Klasse und der revolutionären Linken herrschen Verunsicherung, Angst – und wenig Utopien, Ideen und Kämpfe. Gewalt, Aggressionen, Rassismus sind die Angelpunkte, an

denen dies immer wieder reproduziert wird. Aber nach wie vor ist es richtig und notwendig, in den sozialen Konflikten nach einer Perspektive zu suchen, auch wenn ein blinder Optimismus nicht angesagt ist. Die ständigen Wiederholungen der »Faschisierung des Staates« oder der »Faschisierung der Subjekte«, ist da wenig hilfreich, sondern verdeckt eher die realen Gefahren. Für einen Teil der Linken wird die Debatte um die »faschistische Gefahr« wieder nur zu einer Kampagnenpolitik im Superwahljahr herhalten. Nur einen weiteren Grund dafür hergeben, zwar darüber zu jammern, daß die Faschisten auf die »soziale Frage« setzen, aber dem selber dort nichts – oder nur an wenig ausgesuchten Punkten – etwas entgegen zu setzen. Oder noch schlimmer, die Thematisierung dieser »sozialen Frage« als Quasi-Komplizentum mit den Faschisten zu denunzieren.

»Zumindest brachte der Sieg über die Achsenmächte den Frieden...aber nur den Europäern, nicht den Millionen, die seit dem in unaufhörlichen Kriegen und an chronischem Hunger gestorben sind. Kurz, der Krieg, der alle Kriege und den Totalitarismus beenden sollte, war ein Fehlschlag.

Die Antwort der Antifaschisten kommt automatisch: es ist der Fehler des amerikanischen oder des sowjetischen Imperialismus, oder auch beider; auf jeden Fall, sagen die Radikalsten, ist es das Fortbestehen des Kapitalismus und seiner Untaten. Zugestimmt. Aber wie könnte ein Krieg kapitalistischer Staaten einen anderen Effekt haben, als eine Stärkung des Kapitals?

Die Antifaschisten (besonders die »Revolutionäre«) kommen zu genau dem anderen Ergebnis, wenn sie einen neuen Antifaschismus fordern, der kontinuierlich radikalisiert werden muß, so daß die Fortschritte so weit als möglich gehen. Sie werden nicht müde, faschistische »Revivals« oder »Methoden« zu beschwören, aber sie ziehen nicht den Schluß, daß es notwendig ist, die Wurzel zu zerstören: das Kapital. Eher ziehen sie den entgegengesetzten Schluß, daß es notwendig ist, zu einem »wahrem« Antifaschismus zurückzukehren, ihn zu proletarisieren, die Arbeit des Sisyphus wieder aufzunehmen, den Kapitalismus zu demokratisieren. Niemand kann den Faschismus hassen und den Humanismus lieben, aber nichts ändert den entscheidenden Punkt:

1. der kapitalistische Staat (und das meint alle Staaten) ist mehr und mehr dazu gezwungen, sich repressiv und totalitär zu zeigen.

2. alle Versuche, ihn unter Druck zu setzen, in eine Richtung, die für die Arbeiter oder den »Frieden« angenehmer erscheint, werden im besten Falle mit gar nichts enden, oder im schlechtesten Falle (wie meist), bei der Verbreitung der Illusion landen, daß der Staat der Schiedsrichter der Gesellschaft ist, eine mehr oder weniger neutrale Kraft, die über den Klassen steht. Die Linke wird nicht müde, die klassische Marxsche Analyse des Staates als ein Instrument der Klassenherrschaft zu wiederholen, und schlagen im nächsten Moment vor, diesen Staat »zu benutzen«. Das gleiche, wenn Linke die Schriften von Marx über die Abschaffung der Lohnarbeit und den Tauschwert studieren, dann aber kehrt machen und die Revolution als eine Ultrademokratisierung der Lohnarbeit begreifen[7].«

FR

[7] Quelle siehe erste Anmerkung.

Gut zu wissen, was man tut
Kritik der Thesen "Faschismus - Antifaschismus" aus dem Zirkular Nr.2

Protokoll einer Diskussion in Berlin

Dieser Beitrag soll einerseits eine Kritik an dem Artikel "Faschismus - Antifaschismus" aus dem Zirkular Nr.2 und zugleich eine Anregung zur Weiterdiskussion sein. Der erste Teil kritisiert das Freiburger Papier im letzten Zirkular; er ist eigentlich nur verständlich, wenn Ihr das nebeneinander legt und Stück für Stück durchgeht. Im zweiten Teil haben wir dann versucht, ne Gliederung für die Weiterdiskussion vorzuschlagen und ganz grob die Positionen deutlich zu machen, die bei unseren Diskussionen vertreten wurden.

Am Freiburger Beitrag fehlte uns vor allem ein roter Faden, der auch einmal benennt, was eigentlich das Anliegen ist: eine Verständigung unter uns über Faschismus/Antifaschismus? eine Kritik des Antifaschismus und/oder bestimmter antifaschistischer Strömungen? der Versuch einer gemeinsamen Diskussion mit diesen? die Bestimmung eines eigenen Eingreifens?

- So wurde auch kaum einmal wirklich eine eigene Position bezogen (der Kult der Verweise und Fußnoten), es blieb bei einem Sammelsurium von Aspekten, Diskussionen etc. zum Thema.
- Trotz oder gerade weil der Artikel an vielen Stellen etwas schlampig gegen den Antifaschismus polemisiert, um dann an anderer Stelle wieder Solidarität zu bekunden, ist die Kritik an zentralen Punkten nicht scharf genug. Es wäre herauszuarbeiten, unter welchen Voraussetzungen ein Antifaschismus gewollt oder ungewollt zur Verteidigung der Demokratie (des Staates) führt.
- Den Begriff "Faschismus" immer wieder durch den Begriff "Antifaschismus" zu ersetzen und als Ausgangspunkt zu nehmen, ist ein immer wiederkehrendes Motiv in diesem Artikel: ein billiger Trick, um vermeintlich nicht selbst noch die Hochzeiten eines "Faschismus" zu beschwören. Es ist einem nicht viel dabei geholfen, unliebsame Erscheinungen wegzuformulieren, entscheidender und interessanter wäre doch, diese genauer zu beobachten, um auch deren reale Bedeutung abzuschätzen und sich zu überlegen, wie man ihnen begegnen kann. Eine Teil eines Artikels zu Faschismus/-Antifaschismus sollte darum auch sein, die Entwicklungen der Rechten grob zu skizzieren, eine Einschätzung der verschiedenen faschistischen Strömungen zu versuchen.
- Ebenso sollten die verschiedenen antifaschistischen Linien nicht, wie im Artikel geschehen, durcheinandergeschmissen werden, weil der Bezug zu und die Kritik an den einzelnen ganz verschiedene Sachen sind.
- Im Artikel wird "Umbruchzeit" als scheinbar historischer Begriff verwendet, ohne ihn einmal genauer zu definieren bzw. zu sagen, was und wen es wie betrifft. Das müßte ja mit Inhalt gefüllt werden: was bricht gerade um, wie lange dauert so was, was heißt das für die Leute usw.. Außerdem guckt an der Stelle so ne Vorstellung durch, es gäbe sozusagen "objektive" Entwicklungen und andererseits ne Art "falsches Bewußtsein der Menschen davon"; aber es ist ja nicht nur entscheidend, was "objektiv" passiert, sondern auch wie es wahrgenommen wird, eben bspw. als Bedrohung, Vereinzelung oder Verlust an Orientierung etc.; das gehört also schon zur Analyse dazu.
- Wenn gewohnte Lebenszusammenhänge zerstört werden, es einschneidende Veränderungen gibt, kommt es oft zu Pogromen, zu Gewalt innerhalb der Klasse, die Gewalt gegen ImmigrantInnen und gegen Frauen nimmt zu. Oft gibt es in diesen Zeiten viel

Migration und oftmals sind es die zuletzt integrierten, die gerade ein bißchen assimilierten, die sich bei fremdenfeindlichen Übergriffen am meisten hervortun (bspw. die Hetze der "assimilierten PolInnen" in Berlin gegen die "Schmuddelpolen" auf dem Polenmarkt, gegen die, die es eben noch nicht geschafft haben). Rassistisch artikulieren sich oft die Schichten, die ihre gesicherten Felle davonschwimmen sehen. Daß es dem Kapital dabei um die Beherrschung des Arbeitsmarkts und die Kontrolle der Ausbeutung geht, wie im Artikel weiter ausgeführt wird, erklärt aber nicht, warum es einen Rassismus von unten gibt, warum diese Spaltungen eigentlich funktionieren.

- Die Frage, ob die faschistische Bewegung aus sozialer Degradierung und dem Gefühl politischer Machtlosigkeit entsteht, auch eine Form gesellschaftlichen Protests ist, oder eine eigenständige Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft, wird nicht beantwortet, ja nicht einmal aufgeworfen. Der Faschismus wird einerseits (u.a durch die besagte Wendung zum "Antifaschismus") heruntergespielt, um an anderer Stelle wieder vom Terror der faschistischen Bewegung zu sprechen. Daß die organisierten Faschisten die augenblickliche gesellschaftliche Situation der Angst, Vereinzelung etc., den Nerv der Zeit ansprechen, fällt dabei ebenso unter den Tisch wie die Tatsache, daß die Perspektive einer faschistischen Bewegung eben nicht nur der blanke Terror, das Hacken auf Schwächere ist, sondern auch ein Projekt mit klar definierten Zielen auch jenseits des Populismus (Bauen wir ein neues Rom!), welches ihn attraktiv macht, indem es bspw. Identität und Zugehörigkeiten stiftet.
- Wenn wir uns in einer weltweiten "Umbruchsituation" befinden, wäre zu überlegen, wer die Kräfte für eine revolutionäre Veränderung heute sind, anstatt – wie in der Linken weitverbreitet – wie ein Hase auf die Schlange auf die rechten Entwicklungen zu schauen und dabei womöglich noch an den Punkt zu gelangen, zu behaupten, der Mensch sei schlecht, der Rassismus ist eine angeborene Eigenschaft der Deutschen und ähnliche Dinge.
- Nach wie vor gilt es, in sozialen Konflikten nach einer revolutionären Perspektive zu suchen, statt deren Protagonisten per se als rassistisch etc. abzuschreiben und sich in den Elfenbeinturm der eigenen moralischen Gewißheiten zurückzuziehen. Das führt oft nur zur Verteidigung des eigenen Besitzstandes und der eigenen Sicherheiten und zum Kampf für Demokratie und die "zivile Gesellschaft" (Schaut auf diesen Pöbel!).
- Oft war es gerade die etablierte Linke, die einer revolutionären Bewegung den "Todesstoß" versetzte. Bspw. war es in den 70er Jahren in Italien die integrierte Arbeiterbewegung (PCI etc.), die sich selbst als Antifaschisten definierte und im Namen des demokratischen antifaschistischen Staates Hatz auf die Linksradikalen machte. Das heißt jetzt nicht mit dem stalinistischen Argument des "Sozialfaschismus" das Kind mit dem Bade auszuschütten, sondern darauf zu achten, was mit dem hehren Argument des Antifaschismus denn eigentlich verteidigt bzw. bekämpft wird.
- Die Rolle der Medien wird im Artikel hochgespielt, nicht sie sind es, die Faschisten und Antifaschisten produzieren, die Wirklichkeit ist schon ein wenig komplexer: Medien, Staat und Leute vor Ort haben nicht immer identische Interessen. Information hat für die einen vor allem Bedeutung als Ware, für andere ist es die Message, die sie unter die Leute bringen wollen, das gleiche über die Medien transportierte Ereignis langweilt die einen, während es andere ganz spannend finden, ohne daß sich dadurch für die Leute was ändert. Andere stachelt es an, was dagegen oder es ihnen gleich zu tun (Copycateffekt)

Wir haben nicht den Anspruch, dem Freiburger Papier nun eine "zweite Position" entgegenzustellen (wie am Anfang gesagt: Kritik und Anregung zur Weiterdiskussion...), wenn wir im folgenden n paar Standpunkte, Herangehensweisen und Thesen aufstellen, dann ist das jetzt nix fertiges, aber wir denken, wir kommen mit unserer Diskussion über Faschismus und Antifaschismus nur weiter, wenn wir das Grau der ewigen Relativierungen verlassen und mal n paar grobe Pinselstriche auftragen, die zur Orientierung dienen können:

0. Einleitung:

In den letzten Jahren wurden von einer mittelständischen Linken immer mal wieder "antifaschistische Argumente" aufgefahren, um einer Bewegung von unten in die Parade zu fahren. Zum Beispiel wurde der spontanen (Jugend-)Bewegung gegen den Golfkrieg vorgeworfen, sie sei antisemitisch und moralisch damit das Rückgrat gebrochen (überhaupt ein beliebter Vorwurf der staatstragenden Linken, den die taz neulich unseren Hausbesetzer-FreundInnen in Potsdam gemacht hat)... [weitere Beispiele ....] Es ist zweitens Mode geworden, seine politischen Argumente dadurch "stark zu machen", daß man irgend eine Analogie zum Nationalsozialismus herstellt. Drittens ist der "Antifaschismus" ein Leitmotiv stalinistischer Gruppen, um junge Leute zu rekrutieren. Und viertens gibt es tatsächlich Entwicklungen, wo die Faschos das Versagen der Linken ausnutzen können, die den Menschen in der heutigen Umbruchszeit nichts (mehr?) zu sagen haben.

Um Ordnung in dieses Wirrwarr zu bringen, wollen wir zunächst ein paar Thesen loswerden und im Anschluß daran auf einige Punkte davon genauer eingehen.

- Was ist Faschismus (historisch ...)
- In Deutschland war nicht der Faschismus, sondern der Nationalsozialismus an der Macht (die faschistischen Elemente der "Bewegung", "zweite Revolution", Antikapitalismus usw. wurden im "Röhmputsch" massakriert; die NSBO wurde kaltgestellt; die Großindustrie saß in den Planungsstäben der Fünfjahrespläne; antikapitalistisches Gesülze kam erst wieder in den letzten Monaten).
- Es droht heute keine faschistische Gefahr. Wir haben es allerdings mit einem Staat in der Tradition nationalsozialistischer Politik zu tun.
- Selbst wenn eine faschistische Entwicklung drohen würde, hielten wir es für falsch, "antifaschistische Bündnispolitik" o.ä. zu machen. Auch dann würden wir versuchen, für die Revolution zu kämpfen.
- Antifa stützt den bürgerlichen Staat, "Anti-" kommt immer zu spät.
- Wir wollen mit dieser Gesellschaft kein Bündnis, wir bekämpfen sie.
- Wir bekämpfen deshalb "antifaschistische", "antirassistische" o.ä. Positionen, die sich ausdrücklich gegen den Klassenkampf wenden.
- Wir leben in einer Umbruchphase (Krisenentwicklung seit 1973; Verschärfung mit dem "zweiten Ölschock" Ende der 70er; Operationen 82 ff.; Prekarisierung; Anschluß der DDR; Rationalisierung des Sozialstaats; VW-Modell und weiter steigende Arbeitslosigkeit); auf der Seite der Klasse vermischen sich "Anspruchsdenken", Verteidigen des Status quo, Auflösung traditioneller Organisationsformen (von der Verwandtschaft über die Kirche bis zur Gewerkschaft), zunehmende Gewalt untereinander ...; gegen das Soziologengefasel von den "Modernisierungsopfern"! (Modernisierung ist erstens falsch, greift zweitens zu kurz; Opfer ist sowieso daneben) gegen die linke Einteilerei in Betroffenheitskategorien und Moralgesülze, das vor allem dem Zweck dient, sich die proletarische Realität vom

Leib zu halten! Unsere Politik braucht eine historische Dimension, und wir brauchen aktuell genauere Kenntnisse über die Umbruchphase.

1. Rechtsruck, faschistische Entwicklungen?
Wir haben in der Diskussion drei Bereiche herausgearbeitet, die sich zwischen den Polen faschistische Bewegung und "Faschisierung" des Staats bewegen:

a) *Überschneidungen und Zusammenarbeit von faschistischen Strukturen und Teilen des Staats- und Verwaltungsapparats*
[dazu haben wir noch keine Thesen, sondern n paar Fragen]
Aufgrund der Erzählung und Anekdoten vom Aufbau rechter Kaderstrukturen (bspw. einer "NSDAP"-Struktur mit 70 autonomen Stützpunkten in "Mitteldeutschland", so daß deren Dachorganisation aufgelöst werden konnte) und den Kontakten/Beziehungen in die staatliche Verwaltung tauchten einige Fragen auf:
- Welche Verbindungen zwischen faschistischen Organisationen und staatlichen Stellen gibt es wirklich?
- Wer benutzt wen? (Hat bspw. in Rostock-Lichtenhagen der Staat die Faschos benutzt oder umgekehrt oder beides?); welche historischen Beispiele gibt es in diesem Zusammenhang ("Strategie der Spannung" in Italien Ende der 70er Jahre, KuKluxKlan in den Südstaaten der USA in den frühen 60ern)? Sind die Faschos nur die "militanten Trottel", die Ausführungsgehilfen des bürgerlichen Staates oder eine eigenständige reale Kraft (Briefbomben in Österreich etc.)?
Wenn ja, in welchen Bereichen der "Verwaltung" sitzen die Faschos/ihre Vertreter (hauptsächlich Lehrer und Staatsbeamte etc., oder sitzen sie an neuralgischen Stellen wie Ausländerpolizei etc.?)?
- Handelt es sich um eine neue Generation von Rechten, die z.B. gerade erst von der Uni kommt, "Junge Freiheit"-Szene etc., oder sind es immer noch vor allem "Ewiggestrige" (es gibt die These, daß die "Neue Rechte" schon seit ca. 15 Jahren an einer Verankerung im Staatsapparat arbeitet)?
- Welche internationalen Verbindungen gibt es, welche Bedeutung haben sie, welche Prozesse lösen sie aus (Bspw. Söldnereinsätze in Kroatien, Südafrika etc.)?
Um die vielen Fragezeichen an dieser Stelle zu beantworten, langt es sicher nicht, die Faschoaktivitäten zu beobachten, sondern es sollte der Versuch unternommen werden, eine aktuelle Analyse des Staats, seiner heutigen Funktion durchzuführen (vielleicht vergleichbar der Auseinandersetzung Ende der 60er Jahre um Notstandsgesetze etc.). Wenn wir von einer "Umbruchsituation" ausgehen, wird es sicher auch auf dieser Ebene zu Veränderungen kommen, der Staat vielleicht nocheinmal eine ganz andere Rolle als Stabilitätsgarant bekommen, auch darüber, daß viele Leute ihn als solchen einfordern (Sicherheitsdiskussion usw.)

b) *Nationaler Rechtsruck der Mittelschichten sowie "Links"- und anderer Intellektueller*
These: Faschistische Ideologien kommen hoch,, weil die Linke keine Antworten auf die Umbruchphase hat, in der wir leben.
National zu denken ist bis weit in die Linke hinein wieder salonfähig geworden: vom linken und Ökonationalismus bis hin zur Wendung der Diskussion um den Modernisierungscharakter der Nazis (daß Hitler ja doch auch was Gutes gebracht hat), herrscht

gerade auch unter (ehemaligen) Linken die Haltung vor, daß es auch einen progressiven Nationalismus gibt, der Irrglaube, daß der Rechten auf ihrem Terrain populistisch begegnet werden kann. Seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus sind viele ehemaligen Linken zu nationalen Demokraten oder demokratischen Nationalisten geworden: wer heute noch linksradikale Position bezieht ist dem Vorwurf des reaktionären Stalinisten ausgesetzt, der Antikommunismus steht in vollster Blüte. Viele ehemaligen Linken sind zu den unerbittlichsten Kommunistenhassern geworden, der fast schon pathologische Versuch, die eigene Geschichte auszuradieren.
Es gehört in der heutigen Zeit nicht mehr zum guten Ton, sich zur Linken zu rechnen. Linkssein ist für viele zu einer unter vielen "Überzeugungen" geworden, denen man ein vermeintlich freieres Denken der Vielheiten, des Tabubruchs, des sich nicht festlegen wollens entgegensetzt. Da wird gegen den linken Dogmatismus, erstarrte linke Positionen immer noch ein sogenanntes Querdenken entgegensetzt, dabei aber übersehen, daß es den Adressaten, die besagte Linke gar nicht mehr gibt, es vor allem zur Rechtfertigung der eigenen Bezugslosigkeit dient (der Kult des Lebenskünstlers und der Selbstverwirklichung). Auf der anderen Seite hat das Bedürfnis zugenommen, sich "Identitäten" zu basteln, Besonderheiten, Unterschiede, "ethnische" Herkunft zu betonen, die im Extremfall dazu führen, Internationalismus, Universalismus usw. als Verschwörung des "Weltjudentums" zu denunzieren.

c) *Soziale Gegenmacht der Nazis*

These: Diese "Gegenmacht" der Nazis geht zurück; sie wird ersetzt durch faschistische Kaderstrukturen (also Richtung a).

Die Faschos haben es in den letzten Jahren in manchen Stadtteilen, Kneipen usw. geschafft, die Hegemonie zu erlangen, Einfluß auf die Jugendbewegung auszuüben, auch wenn die Jugendlichen oft nur aus Druck mitmachen. Doch das bleibt sehr konjunkturabhängig und wechselt oft: wenn bspw. in Potsdam seitens der HausbesetzerInnen was los ist, kommen viele Jugendliche dazu, sind sie es, die völlig entschlossen dabei sind und schon auch mal zum "Faschokloppen" fahren, aber sobald da nichts mehr läuft, tauchen sie auch schon mal wieder auf rechten Parties auf. Das ist von außen oft recht schwer nachzuvollziehen, eben stark daran gekoppelt, wo gerade was abgeht, ob die Linken oder Rechten augenblicklich die Hegemonie vor Ort haben. So läßt sich auch schwer beantworten, ob die Tendenz zum Anschluß an "Faschobanden" zu- oder abnimmt.
Prinzipiell hat sich die Kultur der Jugendbewegung gewandelt: während die "behüteten Jugendlichen" früher noch nächtelang über Politik diskutiert haben, hängen heute bspw. viele ostdeutsche Jugendliche schon mit 12 auf der Straße rum, knacken Autos, vergnügen sich mit Joy-Riding usw., während die Alten arbeitslos zu Hause hocken und vor dem Videorekorder absaufen.
Die nationalrevolutionäre Strömung hat bei den Faschos zugenommen, gerade "auf der Straße" agitieren sie oft sozial ("Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten"), greifen bspw. im Osten antiwestliche, antikapitalistische Ressentiments auf.
Ebenso gibt es vor allem im Osten Verbindungen zwischen Faschos und organisierter Kriminalität (Drogenhandel, Zuhälterei etc.). Faschos arbeiten oft als Türsteher in Kommerzdiscos, treiben Schutzgeld ein usw.

Inwieweit diese verschiedenen Tendenzen sich unvereinbar widersprechen oder sich ergänzen können, ob ein reaktionärer Oberstudienrat, ein nationalistischer Drogenhändler, Nationalrevolutionäre und "rechtsdemokratische Intellektuelle" als Einheit oder Gegensätze denkbar sind, bleibt eine offene Frage.

2. Kritik des Antifaschismus

In der Geschichte der Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland lassen sich auf theoretischer Ebene prinzipiell zwei Stränge der Anti-Fa Diskussion ausmachen: es gab einerseits immer wieder die Thematisierung des Staats in seinen totalitären und repressiven Zügen als faschistisch, "die Tendenz zum Faschismus", andererseits die Auseinandersetzung mit rechten und faschistischen Bewegungen auf der Straße, wo es dann oft gerade die Linken waren, die den Staat als Garant für die Demokratie einfordern und zu den "aufrechtesten und ordentlichsten" Demokraten werden.

Ebenso gab es immer den Unterschied zwischen praxisorientierten Gruppen, Gruppen, die auf irgendeine Art praktisch eingriffen und der abstrakten Faschismus-Diskussion, die von den Schreibtischen aus geführt wurde.

Ende der 60er Jahre waren es zum einen die Notstandsgesetze, die Wiedereinführung einer zentralen Polizei (BGS) etc., die die Linke gegen die "Faschisierung" des Staates mobilisierte, gegen den "latenten Faschismus" des Staates (z.B. "Transformation der Demokratie" von Agnoli, "Neuer Faschismus" von Glucksmann etc.). Die Möglichkeit eines neuen Faschismus spielte bspw. auch für die Aufnahme des Bewaffneten Kampfes eine wichtige Rolle. Die aufgeworfenen Fragen drehten sich darum, wie Macht und Herrschaftssicherung in diesem Staat funktionieren. Zudem gab es für viele auch den Bruch mit der Eltern- und Lehrergeneration, die für sie in der direkten personifizierten Kontinuität des Nazi-Regimes standen und in den Anfängen der neuen Jugendbewegung ebenso eine Rolle spielten (gegen Autorität, Wirtschaftswunderverlogenheit etc.)

Gleichzeitig waren die späten 60er auch die Zeit der großen Wahlerfolge der NPD, der "Aktion Widerstand", einer rechten Oppositionsbewegung außerhalb des Parlaments, gegen die Ostpolitik der Bundesregierung (z.B. Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Linie), die u.a. auch unter den "Vertriebenen", den Ostflüchtlingen eine starke Resonanz fand. Die Diskussion um den "latenten Faschismus" des Staates wurde Ende der 70er Jahre angesichts von Stammheim etc. erneut bzw. nach wie vor geführt, nur wurde "Faschismus" immer mehr zum unhistorischen Schlagwort, zum Synonym für Repression, starken Staat etc. Andererseits machte sich z.B. die RAF nicht die Mühe, die Vergangenheit Schleyers, die Kontinuität einer bestimmten Politik exemplarisch an seiner Person wirklich herauszuarbeiten.

Als 89 die Mauer fiel, war die erste Reaktion eines Großteils der Linken, vor dem 4. Reich, dem Nationalen Taumel und einer nationalistischen Welle zu warnen, lange Zeit bevor es zu Hoyerswerda und ähnlichen Ereignissen gekommen war – der Antifaschismus ging sozusagen dem Faschismus voraus. Das war sicher ganz stark der Unsicherheit geschuldet, mit der neuen Situation klarzukommen, mit den Veränderungen Schritt zu halten, die Bezugslosigkeit zu großen Teilen der Gesellschaft, die den Rückzug auf eigene moralische Gewißheiten mitverursachte. Der Antifaschismus bot damit aber auch alle Voraussetzungen einer self-fulfilling prophecy, denn die Linken haben sich rausgehalten, die organisierten Faschos nicht.

1994 hat unsere Zeitmaschine nun bereits Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mannheim-Schönau hinter sich gelassen und wir sind um die Erfahrung von rechten Bewegungen, eines "Faschismus von unten" reicher, der sich vor allem stark gegen die neuen MigrantInnen richtet und von einer ausschweifenden und einladenden Mediendiskussion begleitet wird. Vor diesem Hintergrund müssen wir die aktuellen, sehr unterschiedlichen, antifaschistischen Diskurse getrennt diskutieren:

Die verschiedenen antifaschistischen Strömungen:

a) *Der Anti-Faschismus der (vor allem neuen) Mittelschichten*

These: Der ist in der Regel nur daneben, kann in bestimmten Situationen gefährlich werden (siehe Bewegung gegen den Golfkrieg), ist strukturell antiproletarisch, Spiegelbild des Rechtsrucks der Mittelschichten. Muß bekämpft werden!

Er ist vor allem humanistisch und aufklärerisch geprägt, gegen Gewalt (von unten), für staatlich-institutionelles Vorgehen gegen den Mob auf der Straße, für die "zivile Gesellschaft". Ein Anti-Faschismus, der im großen demokratischen Konsens die Versöhnung mit der Eltern- und Lehrergeneration organisiert. Neben den kerzenhaltenden, es gut meinenden aufgeschreckten Bürgern tummeln sich hier resignierte ehemalige Linke, die auf alles einschlagen, was den "friedlichen Demokratiekonsens" gefährdet, die These von gegenseitigem Hochschaukeln von linker und rechter Gewalt predigen und letztendlich am liebsten gegen die Linksradikalen hetzen und endlich als gut situierte Wohlstandsbürger ohne schlechtes Gewissen die Arbeiterklasse als von Grund auf rassistisch abschreiben können.

b) *Die Anti-Fa-Jugendbewegung*

These: Natürlich müssen wir die Faschisten bekämpfen, aber dafür brauchen wir keine antifaschistische Ideologie.

Anti-Fa ist vor allem auch eine Jugendbewegung mit den entsprechenden Ausdrucksformen und Beschränkungen. An manchen Orten ist es auch ganz stark eine Frage von Identität, Mode etc., an anderen Orten, vor allem im Osten, gibt es eine ganz andere praktische Notwendigkeit zur Gegenwehr, auch zur Durchsetzung eigener Interessen (Jugendzentren etc.). Im Westen waren/sind es oft ausländische Jugendgangs, die rechte Jugendliche von der Straße gedrängt haben, im Osten ist es die Anti-Fa, der alleine diese Aufgabe zukommt.

Für viele Jugendlichen, SchülerInnen etc. ist Anti-Fa heute der Einstieg in die "Politik", wo sie erste politische Erfahrungen sammeln und sich im günstigsten Fall politisieren/-radikalisieren. Oft besteht die Gefahr, sich in den Details und Anekdoten über die faschistische Bewegung zu verstricken, sich mit deren Vorhandensein alleine zu beschäftigen und dabei den Blick über den Tellerrand auf die Funktion und die Rolle der Faschisten, auf staatliche Interessen etc. zu vernachlässigen.

c) *Der Anti-Faschismus politischer Organisationen und Parteien*

Vor dem Anti-Faschismus der staatstragenden Parteien und Gewerkschaften, mit dem sie sich heute anbiedern, gab es bereits den Antifaschismus in die Jahre gekommener

politischer Organisationen, denen jede Schlagzeile recht ist, um neue Anhänger auf opportunistische Art zu rekrutieren (ML-Parteien, Kirchengruppen etc.)

d) *Autonomer Antifaschismus*
Ein sehr heterogener Haufen: bewegt sich irgendwo zwischen radikalen Positionen und dem Hin und Herpendeln zwischen den vorigen Positionen: schlägt bspw. die Brücke zwischen Faschos kloppen und Bündnisdemo, zwischen erster und zweiter Gruppe. Beteiligt sich am demokratischen Konsens und kritisiert ihn.
In der Arbeit mit Flüchtlingen, zu Migration spaltet es sich in mehrere Fraktionen: Leute aus der Anti-Fa, die vor allem Schutz vor Flüchtlingsheimen machen etc., Flüchtlingsgruppen, die versuchen kontinuierlich mit Flüchtlingen zusammenzuarbeiten (bspw. bei der TU-Besetzung in Berlin) und "Theoretikern", die das ganze mehr aus der Ferne kommentieren.
Außerdem gibt es (übrigens immer mal wieder) aktuelle Bestrebungen sozusagen in "Richtung c": eine Strömung, die versucht, aus der autonomen Szene heraus eine ml-Organisation aufzubauen.
Die Übersicht bleibt so fragmentarisch, wie diese Gruppe heterogen ist. Die zentrale Frage ist vielleicht, wie weit die verschiedenen Tendenzen noch bereit sind, sich mit gesellschaftlichen Prozessen und sozialen Konflikten auseinanderzusetzen und nicht alleine ihre Gewißheiten vor sich herzutragen.

3. Was schlagen wir vor, was ist zu tun?
- Die Antifa-Jugendbewegung war wichtig, aber sie nimmt ab. Den Jugendlichen heute geht das Thema am Arsch vorbei, sie organisieren sich eher um soziale und kulturelle Bedürfnisse herum - und sind meistens eher dabei, wenn es drum geht, die Faschos zurückzuschlagen, als 25jährige Alt-Aktivisten! Wir halten es für wichtiger und aussichtsreicher, mit dieser Jugendbewegung zusammenzuarbeiten, mit ihnen zu diskutieren, sie in ihrem Kampf für selbstbestimmte Zentren usw. zu unterstützen. Gerade im Osten können solche Zentren, besetzte Häuser usw. auch einen Gegenpol zu den Kommerzschuppen darstellen, die oft von den Rechten kontrolliert werden, über die sie sich finanzieren und die andererseits für viele Jugendliche einfach zu teuer sind.
- Wir haben die "linke Debatte" bisher rechts liegen lassen. Das sollten wir in Zukunft ändern. Wir wollen nicht "mit" der Gruppe K, FELS und anderen selbsternannten Vorpfeifern diskutieren, aber wir müssen Positionen bekämpfen, die "Antifaschismus" und "Antirassismus" immer stärker als ideologische Waffen gegen den Bezug auf den Klassenkampf und mithin die Revolution einsetzen. Wir müssen klarzumachen versuchen, daß die Bezugnahme auf soziale Konflikte für eine revolutionäre Perspektive immer noch auf der Tagesordnung steht. Also alle Positionen kritisieren, bei denen Antifaschismus die Alternative zum Klassenkampf und mithin zur Revolution ist.
- Aufgrund unserer eigenen Erfahrungen, unserer aktuellen Analysen, einer Einschätzung des Staatsapparats usw. müßten wir auch in der Lage sein, organisatorische Rahmenbedingungen vorzuschlagen.

Würd deutlich weniger pathetisch-pädagogisch klingen, wenn es dazu schon praktische Vorschläge gäbe. Es lebe der Konditional!

Wahlsplitter aus Niedersachsen

Die Eine oder der Andere wird es vielleicht mitgekriegt haben. In Niedersachsen waren Wahlen. Die Grünen haben gewonnen und trotzdem verloren, weil die FDP nicht mehr im Landtag ist. Seitdem sollen bereits mehrere liberale Leichen an der Leine angeschwemmt worden sein.

In Salzgitter und Hannover wurden die Veranstaltungen der REPs gestört; in Bienenbüttel wurde ein NPD-Kreistagskandidat von ca. 30 Vermummten zu Hause besucht, aber nicht, um mit ihn zu reden.

Weniger bekannt geworden ist aber, daß im Emsland drei CDU-Wahlveranstaltungen gesprengt worden sind. Bei der ersten wurde der Bundeslandwirtschaftsminister Borchardt von mehreren hundert Bauern. in einem Hotel belagert. Sämtliche Zufahrtswege waren von Treckern und Strohrollen blockiert. Die Belagerung wurde auch dann nicht aufgehoben, nachdem Borchard zu allen Forderungen der Bauern ja und Amen gesagt hatte. Borchardt mußte mit einen Hubschrauber ausgeflogen werden. Grund für die Proteste waren die EG-Politik der Bundesregierung, speziell wegen der Schweinepest. In Niedersachsen wurden bisher tausende von gesunden Schweinen notgeschlachtet, ohne Entschädigung für die betroffenen Bauern. Für etliche geht es mittlerweile um die Existenz. Trotz der Notschlachtungen wurde die Schweinepest bisher nicht eingedämmt, wie es von der EG und der Bundesregierung behauptet wird. Teilweise wird von den Bauern eine bewußte Ruinierung bäuerlicher Mastbetriebe zugunsten der großen Mastfabriken vermutet. Was daran dran ist, mag ich nicht zu beurteilen.

Aus dem gleichen Grund wurde von den Bauern eine Kohl-Veranstaltung gesprengt. Auch hier wurden sämtliche Zufahrtswege blochiert. Aus "ungeklärten Umständen" haben dabei mehrere Strohballen Feuer gefangen. Kohl ist über Schleichwege irgendwie weggekommen.

Das dritte Mal sprengten 700 Bauarbeiter eine Kohl-Veranstaltung wegen dem Auslaufen der Schlechtwettergeldregelung. Die CDU mußte die Veranstaltung vorzeitig abbrechen.

Alle drei Meldungen habe ich aus den Nachrichten im Radio, wo sie jeweils immer nur einmal auftauchten (FFN). In Zeitungen habe ich nirgends was gelesen.

Die Wahlbeteiligung lag trotz massiver Propaganda zur Wahl zu gehen bei 73,8% gegenüber 74,9% 1990. Interessant ist aber folgendes. Sowohl in der Stadt Lüneburg, wie auch im Landkreis stiegen die ungültigen Stimmen beträchtlich. Bei den Erststimmen in der Stadt von 469 auf 841, im Landkreis von 431 auf 1847; bei den Zweitstimmen in der Stadt von 359 auf 1303, im Landkreis von 406 auf 2230. Dies wären im Verhältnis zu allen abgegebenen Stimmen die viert-, bzw. sechststärkste "Partei". Ob das auf ganz Niedersachsen hochzurechnen geht, weiß ich nicht, will auch keine neue revolutionäre Strömung erkennen, aber auch nicht das Gegenteil, find es einfach nur interessant. So weit ich weiß, soll es dieses Jahr noch mehr von diesen Theater geben. Sollten wir vielleicht dabei ein Blick auf die ungültigen Stimmen werfen.

Bauarbeiter auf dem Arbeitsamt

Am 1. März trafen sich im und vor dem Arbeitsamt Lüneburg mehrere Hundert Bauarbeiter und wollten sich arbeitslos melden. Zu Ende Februar lief die Schlechtwettergeldregelung aus. Durch das massive Auftreten der Bauarbeiter brach der Betrieb des Arbeitsamts zusammen. Über einen Pressesprecher ließ der Arbeitsamtdirektor vermelden, daß die Anträge der Bauarbeiter nicht angenommen werden, da sie nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würden. Die Stimmung wurde aggressiv. Ein Teil blieb im Arbeitsamt und belagerten weiterhin sämtliche Büros, die meisten gingen raus auf die Straße und brachten den Verkehr erheblich zum stocken. Irgendwann lößte sich die Sache auf.

Ähnliche Aktionen liefen die Woche über in vielden Arbeitsämtern in Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Im Emsland sprengten 700 Bauarbeiter eine Wahlkampfveranstaltung mit Kohl.

Diese massiven Aktionen sind meiner Meinung nach der entscheidende Grund, daß die Abschaffung des Schlechtwettergeldes erstmal ausgesetzt wurde. Außerdem wurde meines Wissens im Baugewerbe als einziges bisher eine Tariferhöhung über das gesamte Jahr von über 2% abgeschlossen, ohne das es groß gewerkschaftliche Warnstreiks gegeben hat. Wer die Aktionen organisiert hat, konnte ich nicht rauskriegen. Beteiligt waren wohl schon viele gewerkschaftlich organisierte Kollegen, offiziell soll die BSE aber nicht dazu aufgerufen haben.

Streik bei Koose in Dortmund

Als ich am 15. März im Rahmen meiner Tätigkeit als Service-Monteur bei der Firma Koose in Dortmund-Holzen eine Maschine reparierte, versammelten sich gegen 14 Uhr alle Arbeiter der Maschinenhalle und der angrenzenden Werkstatt in der Mitte der Halle und standen da untätig herum. Neugierig geworden ging ich hin und sagte scherzhalber: "Was'n hier los? Streik!" - und zu meiner Verblüffung wurde mir mit "Jau" geantwortet.

Die Kollegen hatten die Arbeit niedergelegt und wollten damit ein Gespräch mit dem Chef erzwingen. Ihr Lohn war seit 14 Tagen überfällig und erwarteten nun eine konkrete Zusage. Der Chef ließ sich aber nicht blicken, sondern schickte seinen Betriebsleiter, der die Lohnzahlungsverzögerung mit einer ausstehenden Rechnung begründete. Die Kollegen ließen sich darauf nicht weiter ein, sondern stellten ein Ultimatum. Sollte bis Montag, den 21. März das Geld nicht auf den Konten sein, würden sie geschlossen nach Hause gehen. Der Betriebsleiter sollte das dem Chef so mitteilen. Die Aktion dauerte ca. eine halbe Stunde.

In einen anschließenden Gespräch mit zwei Arbeitern wurde mir erzählt, daß es im Betrieb keinen Betriebsrat und keinen gewerkschaftlichen Vertrauenskörper gibt, sondern sie solche Sachen immer so regeln. So soll es in den letzten Jahren bereits zu drei Arbeitsniederlegungen gekommen sein.

Wie die Sache nun ausgegangen ist, konnte ich nicht rauskriegen. Beide Kollegen sind davon ausgegangen, daß das Geld bis zum 21. März da ist., weil der Alte wüßte, daß sonst tatsächlich alle nach Hause gehen würden. Dies hätten sie bereits schon mal durchgezogen.

Ein paar Anmerkungen zum »Winterpapier« aus Bremen

Im Dezember letzten Jahres hat das »Anti-Rassismus-Büro Bremen« einen Text herausgegeben, der »die neuen Fluchtpunkte für die sozialen Konflikte der 90er Jahre« aufzeigen soll. Im Unterschied zur Mehrheit der autonomen Flüchtlingsgruppen und -initiativen versucht diese Gruppe aus Bremen schon seit längerem, die Probleme und Kämpfe der Flüchtlinge in die Gesamtheit von sozialen Konflikten einzuordnen, durch Aktionen die Spaltungen zwischen eingewanderten und einheimischen Teilen der proletarischen Klasse zu überwinden, und sie hat wiederholt auf Treffen Vorschläge in diese Richtung gemacht.

Wo sind die »Fluchtpunkte«

Der Titel und Aufbau dieses Textes legen nahe, daß es hier um eine genauere Begründung und Perspektiven für diese politische Orientierung geht, die wir angesichts der üblichen Herauslösung der Flüchtlingsfrage aus dem Gesamtzusammenhang der metropolitanen Klassenkämpfe nur begrüßen können. Umso enttäuschter war ich nach der Lektüre des Textes. Erstens ist bleibt mir trotz mehrmaligem Lesen schleierhaft, worauf der/die AutorInnen (?) hinauswollen. *»Nun wird eine sozial geprägte Verortung, deren Inhalte existentieller sein werden, an die Stelle der moralischen treten. (...) Die Aufgabe von Linken wird sein, sich um jeden Preis innerhalb dieser Koordinaten zu bewegen und dort eine neue Rolle einzunehmen.« (S. 18)* Ich will nicht behaupten, daß ich diese Schlußsätze des Papiers wirklich verstanden hätte. Aber selbst bei einigem Rätseln komme ich nicht dahinter **welche** neue Rolle hier vorgeschlagen wird. Oder flüchtet sich das Papier in die theoretisch gut klingende Allgemeinheit, weil es auch nicht so recht weiß, was wir in nächster Zeit machen sollten. Einen Vorschlag kann ich hier beim besten Willen nicht erkennen. Und auch nichts Neues.

Es mag ja sein, daß wir alle aufgrund des *»erschütternden Mangels von richtungsweisenden Kämpfen« (S. 15)* in einer politischen Krise und in Unklarheiten stecken – dann sollten wir das so und offen diskutieren und uns nicht hinter hochtrabenden Begriffen verstecken und behaupten wir wüßten, was die »Fluchtpunkte der sozialen Konflikte der 90er Jahre« sind. Das mit dem »erschütternden Mangel« macht sich heute gut und fließt locker aus der Feder – aber stimmt es denn? Was ist denn »richtungsweisend«? Seit dem Zusammenbruch der sogenannten Blockspaltung hat es mehr und heftigere Kämpfe überall auf der Welt gegeben als in den 80er Jahren. Ist es nicht vielleicht nur unser subjektives Problem, daß wir etwas richtungslos geworden sind, und daher diese Kämpfe gar nicht wahrnehmen, weil wir sie in unsere Vorstellung von »richtungsweisend« nicht eingeordnet bekommen?

»der Blick von oben« – ist immer der falsche Blick

Die Stelle mit dem »erschütternden Mangel« findet sich nach einem Überblick über die Krisenpolitik des Kapitals in den letzten zwanzig Jahren, der mit der Bemerkung abgeschlossen wird, daß der Blick von oben wahrlich apokalyptisch sei. Die Darstellung tut so, als könnten wir uns die Geschichte einmal von oben und dann von unten angukken. In der gesamten Darstellung der Krisenpolitik taucht nur das Kapital und seine Planer als Subjekt auf. Wenn, so wie es das Papier tut, die Planungen und Handlungen des Kapitals aus den ständigen Kämpfen herausgelöst werden, darf man sich nicht

wundern, wenn am Schluß auch nur eine Geschichte der ungeheuerlichen Machenschaften des Kapitals herauskommt. Nur hat das mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Die können wir nur verstehen, wenn wir ständig das Kampfverhältnis im Auge haben. Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen und eben nicht die Geschichte des Kapitals. Da hilft es auch nichts, wenn nachher auch noch die Geschichte der sozialen Konflikte angefügt wird. Die tatsächliche Entwicklung läßt sich überhaupt nicht begreifen, wenn sie nicht auf das ständige Kampfverhältnis zurückgeführt wird. Die ganze Darstellung müßte in dieser Weise korrigiert werden: die schnelle Wiedervereinigung war nicht ein vom Kapital einseitig festgelegtes Mittel der Krisenprävention (S. 6), sondern fand unter dem Druck von unten statt. Gerade die Kapitalspitzen hatten vor dieser übereilten Wiedervereinigung gewarnt, weil ihnen schwante, daß dies nur weitere soziale Ansprüche mit sich bringen würde (heute wissen wir, daß Kohl gedopt war!). Die gesamte Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte erscheint in dem Papier als eine raffinierte Planung des Kapitals. Sie ist aber eine Antwort des Kapitals darauf, daß weite Teile der Klasse von sich aus den rigiden Arbeitsmarkt mit 8-Stunden-Normalarbeitstag in Frage gestellt hatten, daß Frauen aus ihrer zum Normalarbeitstag komplementären Rolle der Hausfrau ausgebrochen sind usw.. Ich hab jetzt nicht die Zeit, das genauer auszuführen. Aber: nur wenn wir die Entwicklung aus diesem Blickwinkel der Klassenkämpfe und neuen Verhaltensweisen im Proletariat entschlüsseln, können wir praktische Antworten und Vorschläge finden, die auf der Höhe der Zeit sind. Das wird am besten an den vergeblichen Versuchen von linken Gewerkschaftern und Reformisten deutlich, die versuchen, die alte, idyllisch verklärte Normalausbeutung zu verteidigen – und sich wundern, daß sie damit keine Katze hinter dem Ofen hervorkriegen.

... und theoretisch? Kein Beitrag zur Diskussion!

Das Unangenehmste an dem Papier finde ich die Art, wie mit der theoretischen Diskussion in er radikalen Linken umgegangen wird. Sie wird ignoriert und statt dessen werden alle möglichen Beiträge aus dieser Diskussion in nichtssagenden Fußnoten angeführt – wobei es völlig unwichtig ist, was die eigentlichen Aussagen der angeführten Schriften sind, wie sie sich auf die Diskussion (!) beziehen und in welchem Verhältnis sie untereinander stehen. Es ist die pure Beliebigkeit. Das Verfahren erinnert an eine Erscheinung, die früher zurecht als »Uni-Bluff« kritisiert wurde. Nur *exemplarisch* will ich diese Methode an dem Abschnitt »Krise und Vernichtung« verdeutlichen. Unter dem Motto »ein bißchen Krisentheorie« werden hintereinanderweg R.Strehle, M.Tronti, E.P.Thompson und D.Hartmann zitiert, als würde sich aus ihren Texten eine Krisentheorie zusammensetzen lassen. Wir sind sehr dafür, daß die revolutionäre Debatte – in die all diese Schriften hineingehören – genauer geführt wird. Aber nicht so!

Zunächst erklärt der Text, daß es sich um eine »Verwertungskrise« handele und verweist dazu auf R.Strehle, der tatsächlich in Anlehnung an den italienischen Operaismus von »Verwertungskrisen« spricht. Nur ist Strehle meilenweit vom operaistischen Ansatz und einer Überwindung der Marx-Orthodoxie entfernt. Er redet zwar viel (zuviel) von Dialektik, die besteht bei ihm aber nur darin, daß er sich von seiner Marx-Orthodoxie nicht trennen kann und andererseits die politischen Überlegungen des Operaismus oder der Zeitschrift »Autonomie/Neue Folge« politisch sehr interessant findet. Das gipfelt in Sätzen wie: *»Ich kann nicht allein aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals schließen, ob eine*

Krise ansteht oder nicht.« (S. 45) Es gibt sie also, diese ominösen »Bewegungsgesetze«, aber allzu ernst nehmen sollten wir sie auch nicht. Bei aller Freundschaftlichkeit in der Formulierung hat D.Hartmann das Buch daher in seinem Nachwort in Grund und Boden kritisiert und ihm sein Festhalten an der Marx-Orthodoxie (die Hartmann wiederum mit Marx verwechselt) vorgerechnet.

Als nächstes führt das Winterpapier den Begriff des »Nicht-Werts« zur Krisenerklärung ein. Zuerst wird uns per Fußnote nahegelegt, er solle so verstanden werden, wie er von Tronti ausgehend von Marx eingeführt wird. Dieser Eindruck wird noch durch die Formulierung verstärkt: *»Die Vorstellung argumentiert aus dem Inneren der politischen Ökonomie heraus und vermag den dem Kapital äußerlichen Antagonismus, den 'Nicht-Wert' (Tronti) nicht aus der Wertetheorie heraus zu erkennen.«* Bei unvoreingenommener Satzanalyse ergibt sich daraus, daß der Antagonismus aus der Werttheorie heraus erkannt werden soll. So oder ähnlich ließe sich das Anliegen Trontis tatsächlich charakterisieren – zumindestens was den Zusammenhang betrifft, nur daß Tronti selbst ihn umgekehrt herstellt: der Antagonismus liefert erst die Basis der Marx'schen Kritik des Wertbegriffs. Stutzig macht uns aber schon die Formulierung »dem Kapital äußerlich«. »Antagonismus« übersetzt mein Fremdwörterlexikon mit Gegensatz, Widerstreit usw.. Wie soll der äußerlich, also die Sache, das Verhältnis nicht wesentlich tangierend sein? Entweder er ist äußerlich, dann juckt es das Kapital nicht; oder es ist ein Antagonismus, dann gehört es ganz wesentlich zur Bestimmung des Kapitals dazu. Im übernächsten Satz – den dazwischenliegenden mit der »Inwertsetzung« überspringe ich – läßt das Papier aber keinen Zweifel mehr, daß nicht Tronti gemeint war, als es ihn zitierte: *»Der soziale Antagonismus spielt sich also nicht innerhalb des Kapitalverhältnisses ab«*, und verrät uns unvorsichtigerweise, was hier unter Kapitalverhältnis verstanden wird, nämlich das (offensichtlich quantitativ betrachtete) Verhältnis von fixem und variablem Kapital. Dort sucht niemand, nicht einmal der geschmähte orthodoxe Marxismus den Antagonismus festzumachen! Gegen wen wendet sich das Papier hier? Als Alternative zu »innerhalb des Kapitalverhältnisse« wird der Antagonismus zwischen Kapital und »Nicht-Kapital, sowie dessen Subjektivität« eingeführt. Diese philosophische Abstraktion »Subjektivität« wird zum Feind des Kapitals erkoren – und überstrahlt mit seinem Glanz natürlich die dreckigen Gestalten wirklicher ProletarierInnen. Diese Methode, abstrakte Ideen wie »Subjektivität«, »Lebendigkeit«, »Fremdheit« usw. zu wirklichen, handelnden Subjekten zu machen, stammt von D.Hartmann. Sie steht in völligem Gegensatz zu dem, was Tronti auf der einen, oder Thompson auf der anderen Seite in ihren Schriften tun.

Die Erwähnung der Subjektivität bringt uns im nächsten Satz zum Leben. Leben führt zum Tod. Es wird Zeit ein bißchen Bevölkerungspolitik zu erwähnen. *»Der Erhalt von Leben ist ein Kostenfaktor«* (und die einzige Quelle von Wert, also von kapitalistischem Reichtum! Aber das liegt ja schon drei Sätze zurück.). *»Nur so erklärt sich die Tendenz des Kapitals, ständig Leben (und Waren [soll hier ganz nebenbei ein Antagonismus zwischen Kapital und Waren aufgemacht werden???]) zu vernichten ...«*, was Heim/Aly die »Rationalität der Vernichtung« genannt haben sollen. Die Unbestimmtheit des Pronomens (sie nannten »das« (was?) die Rationalität der Vernichtung) läßt offen, ob Heim/Aly die »Tendenz des Kapitals« oder das sich Entpuppen der Rationalisierung als pure Gewalt als »Rationalität der Vernichtung« bezeichneten. (Die rhetorische Begeisterung für die »pure Gewalt«, die er sich auch aus dem Stil von D.Hartmann angeeignet hat, wäre eine

eigene Betrachtung wert: Gewalt ist nie pur, sie ist immer vermittelt. Selbst die unbegreiflichen Naturgewalten vermitteln sich die Menschen durch Götter oder Naturwissenschaft. Für den historischen Prozeß und die Entwicklung zur Revolution ist nur entscheidend, wie sich Gewalt vermittelt, wie bestimmte historische Vermittlungsformen zusammenbrechen. Daß die Gewalt in der Geschichte herrscht ist eine Banalität und der anklagende Gestus des Geredes von der »puren Gewalt« entsteht erst vor dem Hintergrund der modernen bürgerlichen Verkehrsformen, die sich – nach Klassenlage sehr unterschiedlich! – den Anschein eines gewaltfreien gesellschaftlichen Zusammenhangs vermitteln können.)

Auch hier versteckt das Papier die ganze Problematik und Diskussion hinter der Bequemlichkeit der Fußnote. *Was* nennen Heim und Aly die »Rationalität der Vernichtung«? Da sehe ich die größte Schwäche ihres Buches. Sie arbeiten historisch heraus, daß der Holocaust keine Irrationalität oder Entgleisung der Zivilisation war. Wo es aber um den Inhalt der wirkenden »Rationalität« geht, kommen nur die ökonomischen Selbstvergewisserungen der nazistischen Planer – also deren Ideologie ... und, müßte jetzt des Winterpapiers schreien, also nur platter Ökonomismus.

Und zum Schluß noch ein Schuß Thompson: *»Leben und das daraus abgeleitete (!) Existenzrecht«*. Thompson hat nie aus »dem Leben« ein Existenzrecht abgeleitet, den Versuch gab es allenfalls in der Diskussion innerhalb der Zeitschrift »Autonomie«. Überhaupt waren Thompson solche abstrakten Gedankendinger fremd. In der zitierten Schrift erklärt er, was er mit »moralischer Ökonomie« meint: *»... diese Proteste bewegten sich im Rahmen eines volkstümlichen Konsens darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usf. legitim und was illegitim sei. Dieser Konsens wiederum beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens. Zusammengenommen bildeten sie das, was man die 'moralische Ökonomie' der Armen ... nennen könnte. Eine gröbliche Verletzung dieser moralischen Grundannahmen war ebensohäufig wie tatsächliche Not der Anlaß zu direkter Aktion.« (S. 70)* Das hat nichts mit einem allgemeinen »Existenzrecht« zu tun, das zum »eigentlichen Antipoden des Kapitalismus« stilisiert wird.

Weiter unten (Fußnote 48) führt er dann nochmal Thompson – in einem Atemzug mit A.Meyer – an, um zu sagen, daß sich Widerstand nicht als Klasse, sondern als *»Betroffenheit und soziale Verortung«* konstituiert. Also statt einem Begriff, der besagtem Thompson wie wenigen anderen am Herzen lag (sein Hauptwerk heißt »The Making of the English Working Class«, in dem er sich deutlich gegen die Redeweise von den Unterklassen wendet), das Sozialarbeitergeschwafel der 80er Jahre.

Der Umgang mit theoretischen Texten und der Diskussion um sie ist einfach nicht ernsthaft. Die ständigen Verweise sollen nur etwas aufwerten, was für sich genommen jede innere Schlüssigkeit vermissen läßt. Dadurch klingt der Text nicht nur aufgeblasen, er ist es!

So wichtig es wäre, innerhalb der Diskussion um Flüchtlingspolitik und unsere Initiativen dazu, theoretisch, historisch und praktisch eine Perspektive der proletarischen Revolution zu entwickeln – dieses Papier ist noch nicht einmal eine Diskussionsgrundlage dafür.

F.

Gespräch mit einem Genossen aus Osnabrück über das Ende ihres Stadtteilzentrums Aufbruch, das sie jetzt nach einem Jahr zumachen

T: Erzähl doch mal, wie es mit dem Stadtteilzentrum angefangen hat...

O: Angefangen hat alles für mich Mitte der 80er Jahre mit den ganzen Autonomengruppen, gemeinsamen Fahrten nach Wackersdorf und so. Als diese Strukturen zusammengebrochen sind, haben wir dann im Antifa-Café mitgemacht, aber schon mit den Erfahrungen, die wir vorher gemacht hatten. Wir wollten da auch besser organisieren, wollten eine Gruppe aufbauen über diese Antifa-Sachen, haben es mit theoretischen Diskussionen versucht. Nachdem das schief gegangen war, haben wir uns überlegt, woran das liegt. Zum einen liegt es daran, wie Jugendliche halt so drauf sind, eher spontan. Und zum anderen ist es auch eine Ablenkung von den Problemen, die die Leute eigentlich haben, denn sie sind ja nicht in erster Linie vom Faschismus betroffen, sondern von den Strukturen, die hier herrschen. Wir wollten also Strukturen aufbauen, um gegen Umstrukturierung oder die Probleme mit der Lohnarbeit etwas zu organisieren.

T: Das war aber doch für diese Jugendlichen auch erstmal abstrakt.

O: Ja gut, wir haben aber gesagt, wir richten uns auch an andere Leute, nicht erstmal an die, das war vielleicht ein Fehler, wir haben das aber erstmal so gemacht. Wir haben dann eine Zeitung gemacht, die Schwarze Katze. Haben war geschrieben zur Umstrukturierung, um die Mieter zu erreichen, dann waren da Artikel drin über Klauen, über Krankfeiern. Wir haben insgesamt vier oder fünf Ausgaben gemacht und kostenlos verteilt. Dann haben wir vor zwei Jahren einen Aktionstag gegen Wohnungsnot organisiert, wo wir hofften, mit der Zeitung eine Öffentlichkeit zu erreichen. Wir wollten, daß die Mieterinitiativen mitmachen. Das ist aber schief gegangen, danach ist dann die Hälfte der Leute bei uns weggegangen. Da standen wir also wieder mit 2, 3 Leuten da und überlegten: wie weiter. Ein großes Manko war, daß wir nicht erreichbar waren, wir konnten also gar nicht in die Diskussion mit den interessierten Leuten treten. So entstand die Idee, ein Stadtteilzentrum zu machen. Mit anderen Leuten zusammen, ein paar Antifa-Leuten. Dann haben wir halt den Laden aufgemacht. Die Erwartung war eben: wenn wir erstmal öffentliche Räume haben, dann findet sich auch eine Gruppe und wir können darüber diskutieren,warum wir ein Zentrum machen, warum wir auch Leute in den Betrieben ansprechen wollen. Diese Diskussion sollte erstmal innerhalb der Gruppe stattfinden. Am Anfang waren wir acht Leute...

T: ... Ganz schön mutig, sich zu acht so einen teuren Laden aufzuhalsen.

O: Es war auch ne Fehleinschätzung. Wir dachten, über so ein gemeinsames Projekt die Leute mitreißen zu können und daß sich darüber auch eine theoretische Auseinandersetzung in Gang setzen läßt. Es hat sich gezeigt, daß es nicht möglich ist. Die ersten Monate hatten wir ziemlich Zulauf. Vordergründig haben wir auch eine Diskussion geführt: einen zweiten Wohnungsnot-Tag gemacht, eine Zeitung dafür erstellt, aber nachher kam raus, daß nur 2, 3, 4 Leute das Konzept mittragen.

J: Ich möchte gern nochmal zurückgehen. Du erzählst so nebenbei, daß ihr Antifa-Arbeit gemacht habt, dann aber gesagt

habt: der Faschismus ist ja nicht die eigentliche Bedrohung hier, von der die Menschen betroffen sind. Genau dieselben Sachen erzählen Leute aus Villingen, Leute aus Berlin usw. Aber all unsere Versuche, mal was Kritisches über diesen Antifaschismus zu schreiben, gehen in ihrer Außenwirkung immer ziemlich in die Hose. Sobald man Antifa als Konstrukt oder Ideologie zu kritisieren versucht, die an den sozialen Konflikten vorbeigeht, sagen dieselben Leute: nein, so nicht!

O: Antifa stellt natürlich einen Mobilisierungsfaktor dar. Das bestätigen die Antifa-Leute dann auch immer in den Diskussionen: sie sagen, die Leute lassen sich über Antifa mobilisieren. Wir haben auch genug andere Sachen probiert: eine Hausbesetzung, die Zeitung, in den Betrieben Lehrlinge angesprochen, aber es ist einfach schwer, die Leute zu organisieren. Da ist es einfacher, auf das zurückzugreifen, was es gibt, nämlich Antifa.

J: Was du zum Laden gesagt hast, kommt mir ziemlich bekannt vor von meiner eigenen Geschichte her oder unseren neuen Versuchen. Es gibt einfach eine Riesenkluft: auf der einen Seite machst du was im Stadtteil oder in der Fabrik und kriegst auch Resonanz, die dich merken läßt, daß da auch was passiert, daß du nicht im Vakuum agierst. Aber wenn du dann versuchst, das ganze organisatorisch anzupacken, erlebst du meist den völligen Einbruch. Wie kann aus dem Zuspruch, den man kriegt, eine offensive Kraft werden?

O: Ich kann Leute schon mitreißen, was mitzumachen, aber ich kann sie nicht mitreißen, auch im Kopf diese Entwicklung mitzumachen. Mit dem Laden hängen ja auch viele organisatorische Sachen zusammen. Viele dieser Entscheidungen sind letztlich von ganz wenigen Leuten getragen worden, weil die anderen einfach überfordert waren. Die haben sich dann über die autoritären Strukturen beklagt, über die Mackertypen, die die Entscheidungen fällen, aber sie haben ihre eigene Rolle da drin gar nicht reflektiert. Sie waren sauer und haben gar nichts mehr gemacht.
Es gibt diese Strukturen, die kann man auch nicht einfach abschaffen, aber wir müssen sie offen gestalten, denn dann sind Entscheidungen auch nachvollziehbar und können korrigiert werden. Abschaffen lassen sich diese Strukturen erstmal nicht.

J: Gab es auch inhaltliche Differenzen? Oder lief es alles auf der Ebene: ein paar wenige haben immer gepowert und dann irgendwann nicht mehr die Kraft gehabt?

O: Es gibt schon inhaltliche Unterschiede, nur ist es schwierig, die rauszuarbeiten. Weil die sich das einfach nicht bewußt machen. Die haben das Gefühl: wir müssen was zusammen machen, kulturell zusammenarbeiten, aber die festzunageln, ist sehr schwierig, obwohl es letzten Endes zwei unterschiedliche Herangehensweisen sind. Es gibt die Leute, die ein Kulturzentrum machen, zu dem dann alle hinkommen, alle Linken, und da wird dann schon irgendwas draus entstehen. Und die anderen Leute, die sich überlegen: wen will ich überhaupt ansprechen, wie mache ich das oder was kann ich selber auch leisten?

J: Bei uns war es 1980/81 ganz ähnlich. Als wir Räume für das Jobberzentrum im Karlsruhe suchten, waren wir noch etwa zwanzig Leute. Dann haben wir etwa vier Monate lang ganz viel diskutiert, über Verbindlichkeit, über ganz viel Theorie, danach sind dann zehn Leute übriggeblieben. Wir wollten gemeinsam arbeiten

gehen, die Leute, die wir dort kennenlernen, mitbringen ins Zentrum. Dann haben wir natürlich auch in der sozialen Bewegung mitgemischt, damals war das nicht Antifa, sondern Häuserkampf, Stadtsanierung, Zwangsräumung. Dann haben wir eine Psychiatriegruppe und eine Knastgruppe gemacht. Als das dann alles organisiert war, sind nicht alle von uns auch wirklich arbeiten gegangen, wenn es eine gute politische Gelegenheit gab. Wir haben dann aber versucht, den Streit auszufechten. Bei Euch hatte ich eher das Gefühl, daß es auf der einen Seite Leute gibt, die politisch gezielt in ne Ausbeutungssituation reingehen und da was zu machen versuchen, auf der anderen Seite es relativ beliebige "autonome" Positionen gibt, Ihr das aber nicht diskutiert....

O: Das wird eher beliebig diskutiert: Ich arbeite nicht und hab auch keine Lust zu arbeiten und teilweise geht das so weit, daß sie sagen, Ihr seid ja Scheiße drauf, daß ihr arbeitet, denn damit unterstützt ihr ja das System, ich studier oder mach gar nix oder bin arbeitslos ...

T: Ihr habt das also zu zweit gemacht?

O: Ja und am Anfang hat sich das auch ganz gut angelassen, da haben wir mit den Lehrlingen ein wöchentliches Treffen im Laden gemacht. Aber letztlich blieb das auf soziale Treffen beschränkt, es hat sich gezeigt, daß es im Moment nicht möglich ist, diese Treffen zu politisieren.

J: Was hätte das geheißen "zu politisieren"? Ihr habt ja zum Beispiel in Eurem Betrieb ne Zeitung gemeinsam gemacht?

O: Die haben wir ja gemeinsam mit denen gemacht, wir hatten ja das Konzept, daß erstmal nicht wichtig ist, *was* da drin steht, sondern die Tatsache überhaupt, daß die Leute selber aktiv werden. Ja, politisieren hätte für mich geheißen, daß sie die Bereitschaft haben, über die eigene Situation nachzudenken, das heißt über die Situation im Betrieb, oder auch zu sagen "Scheiße, ich will von zuhause weg! laß uns da mal was machen!" Also ihr Schicksal n Stückchen weit in die Hand zu nehmen.

J: Ja waren die mit ihrer Situation zufrieden? Blieben die völlig passiv?

O: Wir haben versucht, Diskussionen reinzubringen. Zum Beispiel hatten wir eine Hausbesetzung geplant. Das blieb dann aber so beliebig "jaja, ganz nett, machen wir wohl". Das kam aber nicht von innen raus, daß die das mal in die Hand nehmen, sondern alle warten drauf, daß einer kommt und sagt "wir besetzen morgen ein Haus! du machst das und du machst das!" dann kommen sie vielleicht. Aber von sich aus?

J: Die beiden Male, als wir in Osnabrück waren, hatte ich den Eindruck, da laufen ne Menge soziale, kulturelle und auch politische Initiativen um den Laden rum und durch den Laden durch. Eure Kerntruppe hatte aber den Laden schon so hoch gesetzt, also schon, daß ihr 2500 Mark Miete monatlich zahlen mußtet, daß euch ALLES, was passiert ist, zu wenig sein MUSSTE! Ich hatte immer den Eindruck, daß ihr mit den vielen tollen Sachen, mit den Lernprozessen der Leute um euch rum, mit ihren Radikalisierungsprozessen nichts anfangen konntet.... Meiner Ansicht nach HABEN sich da Leute politisiert - und ihr habt "Politisierung" auf ner falschen Ebene gesucht, weil ihr immer den Streß hattet, den Laden halten zu müssen und von daher das Engagement der Leute immer nach "Sekundärtugenden" wie Zuverlässigkeit, Verbindlichkeit, Disziplin beurteilt habt.

O: Ja, es IST viel gelaufen! Aber für uns war es eine Überforderung. Ich kann nicht mit n paar Leuten so n Laden organisatorisch und finanziell und alles aufrechterhalten und gleichzeitig dann noch die guten Sachen, die kommen, aufgreifen und damit weiterarbeiten.

J: Ihr habt's ja am Anfang auch ganz gut hingekriegt,über die Szene rauszukommen.

O: Ja, wir haben es geschafft, daß n Haufen Leute hingekommen sind. Beim 2. Aktionstag gegen Wohnungsnot haben unheimlich viele Leute mitgemacht. Solange das für die überschaubar bleibt und nicht von ihnen verlangt wird, daß sie Geld spenden für den Laden und jeden Tag da malochen... das war eben ne Überforderung. Und deswegen denk ich, wir sollten im Stadtteil ne Kampagne machen oder auf ne Hausbesetzung hinarbeiten ...

J: Gut, da hatten wir ja im Sommer auch schon drüber geredet, daß ihr das Pferd vom falschen Ende aufzäumt, wenn ihr erstmal n Laden für so ne hohe Miete anmietet und dann versucht, den zu füllen. Andererseits sind euch mit dem Laden bestimmte Dinge gelungen, die ihr mit ner Kampgane nicht mehr hinkriegen werdet.

O: Alles kannst du nicht haben, die andere Entscheidung wäre zu sagen, ich mach jetzt ne Kneipe auf, so daß ich auch davon leben kann, dann gibt es einen Treffpunkt.

J: Die andere Alternative sind dann diese berüchtigten "man muß einmal in der Woche Thekendienst machen"....

O: Ja und das ist ätzend. Am Anfang war das ganz toll gewesen, da hatten wir gemeinsam Filme gezeigt, vor jedem Film ne Einleitung gemacht, den Laden vorgestellt, erklärt, warum wir den Film zeigen. Aber das hat im Herbst dann irgendwann aufgehört, da war's dann nur noch so: Wir brauchen noch irgend n Film, nehmen wir halt den. Teilweise wurde der auch nicht organisiert, dann hatten wir gar keinen Film oder haben dann ne Jimi Hendrix-Cassette reingeschmissen.

J: Warum hat der Wohnungstag nicht zu einem Auftrieb geführt?

O: Der war von der Dimension her wahrscheinlich zu groß, der hat von der Arbeit her wirklich das letzte von den Leuten verlangt. Und inhaltlich war er auch überfrachtet, wir haben da mehr Inhalte reingepackt, als sie von den Leuten selber kamen. - Wir haben mehrere Initiativen in der Nachbarschaft gestartet, da ist aber keiner gekommen. Und danach war endgültig die Luft raus, weil klar geworden war, daß das ne sehr langfristige Arbeit ist.

J: Aber wenn ihr jetzt nur noch Kampagnen machen wollt, verschärft sich doch genau dieses Problem noch: daß du unheimlich powerst und dann kommt der Tag, und das war's dann.

O: Ja gut, aber da weiß ich von vornherein, auf was ich mich einlasse und ich kann das anderen auch so sagen, ich kann sagen: hier du übernimmst ne kleine Aufgabe. Und es ist auch wichtig, daß Leute mitmachen. Und dafür lassen sie sich auch animieren. Das ist überschaubar.

T: Aber grad so Kampagnen gegen Wohnungsnot, das ist unheimlich viel Kleinarbeit.

O: Wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, selbst was zu machen, dürfen auch nicht zuviel von den Leuten verlangen. Entweder sie entwickeln selber

was oder halt nicht.

J: Neuer Anlauf. Wir haben damals diese tollen Theorien aus Italien mitgekriegt über territoriale Organisierung, Vernetzung. Ihre Treffpunkte haben eigentlich alle als soziale Zentren funktioniert, die hatten ihre Radios, Cafés, oder nur ihre Plätze, an denen sie sich täglich getroffen haben. Als wir das Jobberzentrum in Karlsruhe 1980 aufgemacht haben, hatten wir auch solche Theorien, daß wir die Jungarbeiter, Knast, Klapsmühle usw. zusammenbringen. Diese Theorien waren ja auch alle nicht so verkehrt, aber wenn ich mir überlege, worüber das ganze über Jahre *zusammengehalten* hat, dann deshalb, weil wir das Jobberzentrum gnadenlos nach unseren eigenen Bedürfnissen organisiert hatten: 'Wir gehen arbeiten und wenn wir von der Arbeit heimkommen, dann wollen wir ein Abendessen.' Das hat dann ein paar Jahre so funktioniert, daß es jeden Abend im Zentrum oder Büro abends ein Essen gab. Dieser tägliche Treffpunkt war eine wichtige Grundlage für uns, daß wir zu zehnt und später zu zwölft relativ intensiv politisch zusammenarbeiten konnten. Manchmal haben wir uns nur zum Essen getroffen und hinterher ne Stunde über das wichtigste vom Tage gequatscht, aber in der Regel begann danach noch ne Arbeitsgruppe.

O: Es gibt so ein diffuses Zusammengehörigkeitsgefühl bei uns, aber so einen intensiven persönlichen Bezug auf den Laden gab es nie, der war mehr ein Veranstaltungsraum.
In Zukunft wird sich da eine Spaltung vollziehen. Damit sich ein neuer Kern von Leuten zusammenfindet. Das ist schon ne Trennung von Leuten, von denen ich weiß, daß sie ein ganz anderes Konzept vertreten, auch wenn sie das nie sagen. Ich habe einen politischen Anspruch, nicht nur so einen Kulturanspruch: wir Linken wollen was, wo wir uns treffen können, und da wird dann schon irgendwie was Cooles entstehen. Ich möchte im Betrieb was aufbauen, im Stadtteil was organisieren, oder auch ne Zeitung machen, die sich an das Proletariat wendet. Die anderen Leute sagen eher: es gibt kein Proletariat mehr, es hat sich aufgelöst, die Stadtteile haben sich aufgelöst. Ihre Konsequenz ist zu sagen: wir als Linke müssen uns jetzt sammeln. Aber warum, um was für einen Punkt, das ist keinem klar.

T: Wo verläuft dann die Trennungslinie: die Studenten trennen sich von den Arbeitern?

O: Grob kann man das so sagen, wahrscheinlich ist es die Entscheidung, sich bestimmten Bedingungen zu stellen oder dem Traum von einer Nische anzuhängen. Diese linke Kultur gibt es nicht mehr. Auf Hiphop-Musik abfahren, einen echten Schwarzen auf die Bühne bringen, am besten noch aus dem Ghetto aus L.A. Das finde ich ja auch ganz nett, aber das ist doch als Konzept Unsinn. Das sind schon Spaltungslinien, die bei praktischen Fragen deutlich werden. Z.B. bei einer Hausbesetzung: geht es dabei um eine politische Aktion, zu sagen: wir enteignen jetzt ein Haus, oder geht es in erster Linie darum, irgendwie Räumlichkeiten zu kriegen. Das steht bei den meisten im Vordergrund, sowohl bei den Frauen, wie bei den Leuten, die mit Straßengangs zusammenarbeiten wollen, den Antifa-Leute und den Poeten. Ein genaues Konzept gibt es nicht. Das macht es ja auch so schwer faßbar.

J: Ich war kürzlich auf einer Veranstaltung in Hamburg mit KH Roth und der

Gruppe K. Letztere vertreten auch so ein Konzept: die Klasse hat sich aufgelöst, deshalb ist es völlig verkehrt, wenn wir uns mit unserer Perspektivdiskussion auf diese Klasse beziehen. Diese Klasse ist strukturell rassistisch. Wir müssen uns aus uns selber raus neu definieren, aus dem was wir als Linke in unserem Kopf über Faschismus und Kapitalismus verstanden haben. KH Roth vertritt eben das Gegenteil: die Kämpfe in den Entwicklungssektoren mit den Kämpfen in der sogenannten Massenarmut verbinden. Das wäre eine mögliche Grundlage für so einen Laden im Stadtteil ...

O: Von der Theorie her hatten wir das vor, wir haben es nur nicht geschafft, das umzusetzen...Ich denke, wir brauchen eine Art von Organisation, die es uns ermöglicht, wesentlich effektiver zu arbeiten.

J: Ich weiß nicht, ob du nicht gerade in einer falschen Richtung die Konsequenz aus euren Erfahrungen ziehst. Da hast du doch noch viel stärker das Problem, daß Leute sagen: dafür haben wir ja unsere Organisation, macht mal ihr.

O: Aber da ist das Verhältnis wenigstens klar. Diese Leute stehen dann für eine bestimmte Arbeit, ne bestimmte Struktur. Da gibt es nicht die Illusion: wir sind alle gleich. Und das klappt schon irgendwie, letzten Endes sind aber die autoritären Strukturen genauso da. Ich sehe auch, daß ich mir damit wesentliche Arbeiten abnehmen kann.

J: Aber da erliegt ihr in Osnabrück auch leicht einer Fetischisierung. Die Gefahr sehe ich da, wo du die eigene Stärke, die du an einem Punkt vielleicht wirklich hast, mit dem zu verwechseln, was in der Klasse vor sich geht - so wie du vorhin gesagt hast: ob ein Streik stattfindet, das können wir nicht so stark beeinflussen,

O: Die Illusion will ich mir auch gar nicht machen. Wir brauchen aber Möglichkeiten, gezielter in diese Kämpfe eingreifen zu können. Und den Leuten, die anfangen, sich zu wehren, diese Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

J: Über die Sachen sind wir uns sicher einig: daß wir uns wenigstens so organisieren, daß wir in der Lage sind, z.B. ständig solche Rundreisen mit Veranstaltungen zu machen, damit haben wir immer gute Erfahrungen gemacht. Das halte für wichtiger im Moment als im voraus feste organisatorische Strukturen aufzubauen, in die andere dann eintreten sollen, oder die *für andere* was bieten können.

O: Um eine Partei geht es mir auch gar nicht, sondern darum, eine Organisationsstruktur zu finden.

T: Ständiges Rumfahren mit Veranstaltungen wäre ja eine Art Organisationsstruktur, die die Diskussionsprozesse in den einzelnen Städten miteinander verbindet.

J: So ein Treffen wie im Juni hat im Grunde nur einen Sinn, wenn im Zeitraum von vielleicht sechs Monaten so eine Struktur rauskommt. □

Fünfzehn Jahre Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmern: Von »QWL« zum »Reengineering«: das Management zieht die Samthandschuhe aus

von Mike Parker und Jane Slaughter

»Reengineering«, »Reinventing«, »Agile Institutions« und »Virtual Corporations« führen die Managementschlagwörter dieser Saison an. Von der Fabrikhalle oder dem Gewerkschaftshaus aus gesehen, haben sie eine Menge gemeinsam mit den Programmen zur Reorganisation der Arbeit, die ihnen vorausgingen. Aber sie reflektieren auch eine stetige Veränderung der Einstellung des Managements zur Arbeitskraft und zu den Gewerkschaften.
Ein Blick auf die Geschichte der Umorganisation der Arbeit enthüllt, daß das Management einen Weg in eine gewerkschaftsfreie Welt beschreiten will, in der die meisten von uns schlechte Jobs und keine Arbeitsplatzsicherheit haben werden.

Damit behauptet werden kann, Arbeiter und Unternehmer würden was davon haben, enthält jedes Reorganisationsschema eine Liste mit positiven Auswirkungen auf die Belegschaft. Aber die versprochenen Wohltaten tauchen selten am Arbeitsplatz auf, und halten dann auch nicht länger als der Zuckerüberzug auf einer bitteren Pille.
Einige Gewerkschaftsfürsprecher der Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern behaupten, dies sei lediglich auf die schlechte Durchführung zurückzuführen. Aber Fehler in der Durchführung sind nicht das Problem. Es sind die Absichten des Managements, die hinter der Reorganisation stehen, die es unmöglich machen, daß die versprochenen Wohltaten auch zu den Beschäftigten gelangen. Die Erfahrung unterstützt diese Sichtweise, da ein Programm nach dem anderen sich selbst diskreditiert hat und die Gewerkschaft »fertig gemacht« hat.
Allerdings sind auch falsche Versprechen enthüllend. Sie spiegeln die Ansichten des Managements über die Arbeitermacht zu der Zeit, in der sie gemacht wurden, und die Art der Zugeständnisse, die gemacht werden mußten, um diese Macht unter Kontrolle zu halten.

Am Anfang ...

Quality of Work Life Programme kamen Ende der 70er auf. Sie beanspruchten, eine Antwort auf die Entfremdung der Arbeiter, den »blue collar blues«, zu sein.
Die Idee war, wenn man die Arbeitsbedingungen verbessert, die Absentismusprobleme abnehmen, die Qualität verbessert und die Firmen profitabler würden. Aber der Fokus lag bei der Verbesserung des Arbeitslebens. Produktivität und Profite waren lediglich Nebenprodukte. Und in der Tat, sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften warnten davor, die Produktivität ins Zentrum zu stellen.

Mit der Rezession Anfang der 80er gab es eine Verschiebung hin in Richtung der Begriffe *Employee Involvement* (Einbeziehung der Beschäftigten) oder *Employee Partizipation* (Teilnahme), um von den Erwartungen wegzukommen, der Schwer-

Was ist Reengineering?

Beim Reengineering geht es nicht darum »Fett abzuschneiden oder vorhandene Verfahren zu automatisieren,« sagen die Berater, die diesen Begriff bekannt gemacht haben.
Im Magazin »Across the Board« erklären Michael Hammer und James Champy, »Es ist eine verbreitete Fehlannahme, daß Reengineering dasselbe ist wie Total Quality Management ... TQM verbessert etwas, was grundsätzlich OK ist, und Reengineering entfernt das, was irrelevant ist und fängt noch mal von vorne an..«
Hammer und Champy sind die Autoren von »Reengineering the Corporation: A Manifesto for Business Revolution«. Ihre tabula-rasa-Herangehensweise rät dem Management, die Arbeitsprozesse nicht zu reformieren, sondern soviele wie möglich abzuschaffen. Gegenwärtig pushen die Reengineeringsberater bestimmte Vorstellungen: Arbeitsplatzbeschreibungen abschaffen; eine Person erledigt eine Aufgabe von Anfang bis Ende; die Organisation wird um Generalisten herum aufgebaut; spezialisierte Arbeit wird nach außen vergeben.
Reenineering schreitet rasch voran in Krankenhäusern, Telekommunikationsgesellschaften, Versicherungen und in der Fertigung.
Ein Beispiel für Reengineering ist das Konzept der »Patientenorientierten Pflege« (patient-focused care), die jetzt in den Krankenhäusern eingeführt wird. Alle Dienstleistungen werden nahe beim Patienten plaziert, einschließlich Computerterminals direkt am Bett. Wertlose Arbeit, z.B. gehen, wird eingeschränkt. Die Arbeiter werden in »Pflegeteams« reorganisiert, mit dem Ziel, die Spezialisten zu beseitigen und den »Allgemeinen Gesundheitsarbeiter« zu schaffen.
Sowohl in Krankenhäusern, als auch Fabriken, liegt der Nachdruck auf der Hierarchie von oben nach unten, sagen die Reengineeringsberater. Sie betonen, daß das oberste Management stark und mächtig sein muß, um den Widerstand zu brechen, der sicher aus dem Mittlerem Management und von den um ihren Arbeitsplatz besorgten Arbeitern kommen wird. Ihre Bildersprache ist macho und gewalttätig:
»Der Weg mit diesem Widerstand umzugehen ist eine Kombination aus erbarmungsloser Kommunikation, Leistungsanreizen und einer blutigen Axt.«
»Wir gehen auf eine Reise. Auf dieser Reise werden wir die Verwundeten tragen und die Bummelanten erschießen.«
»Entweder springt man auf den Zug auf, oder man wird vom Zug überfahren.«
»Nuke it!«

(Alle Zitate aus Across the board, Juni 93. Zur »Patientenorientierten Pflege« ist von den United Nurses of Alberta eine 53seitige Broschüre erschienen. Sie ist erhältlich bei: United Nurses of Alberta, 9th Floor, 10611 98th Ave., Edmonton, Alberta T5K 2P7.)

punkt läge auf der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir wurden ermutigt, über das kleinliche »leibliche Wohl« (Ventilatoren, Trinkwasserspender) hinauszugehen, auf die größere Herausforderung zu, Produktivität und Qualität zu verbessern. Das Management taufte Arbeiter in »Mitarbeiter« um und erklärte diese zu »unserem wichtigsten Aktivposten».
Später in den 80ern, trug das Team Concept diese Vorstellung weiter: Man sagte uns, daß wir alle im Konkurrenzkampf um die Wettbewerbsfähigkeit stünden. »Wir wollen euer Hirn, nicht nur die Muskeln,« bebauchpinselte das Management uns. »Wir wollen, daß ihr intelligenter arbeitet - nicht härter.«
Wir alle sollten Verantwortung für Produktivitätszuwächse übernehmen, und Gruppendruck auf Kollegen ausüben, die dabei nicht mitziehen wollten.
Das Konzept der Gruppenarbeit war jedoch gewöhnlich an die Lean Production (Schlanke Produktion) geknüpft, ein System, das man genauer als Management-by-Stress bezeichnet. Lean Produktion beinhaltet Just-in-time-Zulieferung, Beseitigung der Arbeitsplatzbeschreibung, und »Konstante Verbesserung«, konstante Steigerung des Arbeitstempos. Die Bibel für diese Phase, ein Buch mit dem Titel »The Machine that changed the World« vom Massachusetts Institute of Technology, behandelte Gewerkschaften entweder als Hindernis oder unwichtig.

Entscheidungen »die Kaskade hinunter«

Keine dieser Managementmarotten der 80er brachte den Arbeitern viel Gutes. Aber wenigstens behaupteten sie, an den Wert der Leute und ihrer Ideen zu glauben.
Aber dann, in den 90ern, legte Total Quality Management die Betonung auf ein oberstes Management, das die Richtung vorgibt und den Arbeitsplatz so organisiert, daß die Entscheidungen »kaskadenartig herunterkommen« könnten. Die Hauptaufgabe für die Beschäftigten war, ihre Aktivitäten in Übereinstimmung mit dem Ziel der Organisation zu bringen und jegliche abweichende Meinung zu beseitigen, die den Prozeß beeinträchtigen könnte. Die Ideen der Beschäftigten waren dem Management willkommen, aber das Management hatte die Kontrolle über alle Änderungsentscheidungen. Die Unternehmen betrachteten TQM als Methode der Unternehmensleitung und neigten deshalb dazu, TQM einseitig einzuführen. Gewerkschaften, die der Zusammenarbeit zustimmten, bekamen vielleicht ein paar Krümel. Mit Blick in die Zukunft finden die Gewerkschaften vielleicht Trost in der Tatsache, daß TQM eine Herangehensweise des Wachstums war; es behauptete, die Organisation zu nehmen, wie sie war und sie zu verbessern. Einige Richtungen des TQM (besonders der verstorbene W.E. Deming) sprachen auch darüber, die »Angst von den Arbeitsplätzen zu vertreiben«, mit der Folgerung, daß das Management sichere Arbeitsplätze bieten solle.

Umbruch

Jetzt haben wir Reengineering und Reinventing. Management wendet dies wie

besessen auf Angestellten- und Dienstleistungsjobs an - Bereiche, die bei Lean Production oft außen vor blieben.
Das Wall Street Journal warnte letzten Monat, »Viel vom großen US-Dienstleistungssektor scheint am Rande einer Umwälzung zu stehen, ähnlich jener in Landwirtschaft und Industrie, wo die Beschäftigtenzahl bei steigender Produktion über Jahre hinweg rapide sank.«
Während es schwierig ist, den direkten Einfluß eines Programms zur Reorganisation der Arbeit in Bezug auf Qualität oder sogar Profitablität zu messen, lautet der Bewertungsmaßstab fürs Reengineering: Wieviele Arbeitsplätze wurden beseitigt?
Z.B. das US-Ministerium für Gesundheit und Soziales. Man möchte denken, daß diese Behörde auf die Krise im Gesundheitswesen, AIDS, Obdachlosigkeit, etc. reagieren müßte. Aber der Plan für die nächsten fünf Jahre enthält nur vage Ideen. Ein einziger Punkt ist spezifiziert: die Mitarbeiterzahl muß um 12% gesenkt werden.
Wir müssen nur auf die Vorstellungen von *Agile Institutions* und *Virtual Corporations* blicken, um zu erkennen, wohin all dies führen soll.
Agile Production wird vom Iacocca Institute an der Lehigh Universität gefördert. Dieses System, so sagt man uns, stellt die menschlichen Entscheidungen ins Zentrum des Produktionssystems, nicht dumme Maschinen. So kann die Produktion rasch auf Marktänderungen, neue Konsumentenwünsche und Geschäftsgelegenheiten reagieren. Die *Agile Corporation* ist fähig, schnell von einer Aufgabe oder Prozeß zum nächsten überzugehen.

Maximale Beweglichkeit

Damit dies klappt, muß die Firma von Festlegungen auf bestimmte Fabriken, Verfahren, oder Maschinen befreit werden, und daher auch von Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern, deren Arbeitsplätze von diesen entbehrlichen Elementen des Profitmachens abhängen.
Die Virtual Corporation verfügt über maximale Beweglichkeit. Sie behält nur das Zentrum: das Profitcenter. Zum Zwecke der Kontinuität bleiben das oberste Management, die Leute für die Ideen, die Organisatoren und die Mittelsmänner. Alles andere - Fertigung, Dienstleistungen, Sekretariat, Kommunikation - wird so weit wie möglich ausgegliedert. Jedes Projekt ist befristet.
Robert Reich, heute Arbeitsminister, erklärte dieses Konzept in seinem Buch aus dem Jahre 91, »The Work of Nations«:
»In dem Hochwertunternehmen ist alles, was zählt, die schnelle Identifizierung und Lösung der Probleme, die Hochzeit von technischem Einblick mit Marketing-Know-How, gesegnet von strategischem und finanziellem Scharfsinn. Alles andere - alle standardisierten Dinge - können nach Bedarf erworben werden.
Büroräume, Fabriken, und Läger können gemietet werden; Standardausrüstung kann geleast werden; Standardkomponenten können im Großeinkauf von billigen Produzenten (viele aus Übersee) gekauft werden; Sekretärinnen, Routinedatenverarbeiter, Buchhalter und Routineproduktionsarbeiter können befristet eingestellt werden.

Neuer Vertrag macht Mazda weniger "lean & mean" (schlank und gemein)

In der Auto-Alliance-Fabrik in Flat Rock, Michigan, ist das "Lean Production" System nicht mehr so "lean and mean" wie bisher. Der neue Tarifvertrag des Gewerkschaftslocals 3000 der UAW schlägt weitere Schneisen in das Lean System.
Das Lean Production System wurde eingeführt, als Mazda die Fabrik 1986 eröffnete. Vor kurzem verkaufte Mazda die Hälfte der Eigentumsrechte an Ford.
Seit das Gewerkschaftslocal 3000 vor vier Jahren eine neue Führung gewählt hat, hat die Gewerkschaft ständig die von der Geschäftsleitung angestrebte "Flexibilität" reduziert und die Rechte der Arbeiter ausgeweitet, sowohl durch Vertragsänderungen, als auch durch Aktionen der Mitglieder.
Flexibilität ist der Schlüssel zur Lean Production; "kontinuierliche Verbesserung" wird als Norm betrachtet. Es gibt keine Arbeitsplatzbeschreibungen.
1987 prophezeite Mazda-Vizepräsident Dennis Pawley: "In den von der UAW vertretenen Firmen gibt es dicke Tarifverträge, weil dort die Geschäftsleitungen bewiesen haben, daß man ihnen nicht trauen kann. Falls wir hier in fünf Jahren einen der üblichen Verträge haben, dann habe ich gezeigt, daß man mir nicht trauen kann und sie werden sagen: OK, Denny, wir habens versucht, und es hat mit dir nicht geklappt, und jetzt werden wir Regelungen einführen."

Die neuen Regelungen, mit denen das Management auskommen muß, beinhalten:
Arbeitsstandards. Wenn ein Produktionsstandard festgesetzt wird, dann darf die bewilligte Zeit für jeden Arbeitsschritt nicht geändert werden. Falls eine Veränderung in der Zusammensetzung der Autotypen zusätzliche Arbeit erfordert, dann muß das Management Leute dazutun, das Fließband anhalten, die Abstände der Autos vergrößern oder die Aufgaben anpassen. Außerdem ist die Steigerung der Arbeitspensums wegen Fehlzeiten verboten. Die Gruppenmitglieder brauchen die Arbeit abwesender Kollegen nicht zu machen.
Versetzungen. Die Arbeiter haben mehr Rechte bei Versetzungen und das Management hat weniger. Befristete Aufgaben müssen den Arbeitern auf der Grundlage der Seniorität angeboten werden. Der Zeitarbeiterpool wurde aufgelöst.
Bezahlung. Löhne, Sozialleistungen und Pensionen wurden ebenfalls erhöht. Die Löhne sind etwas höher als bei Ford. Dem Vorbild der Verträge bei den Big Three vom letzten Herbst folgend, beinhaltet der neue Vertrag einen Rückschritt. Neueingestellte kriegen 70% des Grundlohns und erreichen Parität nach drei Jahren. Dem Local 3000 ist es, wie in den vergangenen Jahren, nicht gelungen ein Streikrecht wegen Produktionsstandards oder Gesundheits- und Sicherheitsfragen für die Laufzeit des Vertrages durchzusetzen.
Der Vorsitzende des Locals, Phil Keeling, sagte zu Labor Notes, "Alles was wir erreicht haben, haben wir nur wegen der Militanz der Mitglieder erreicht. Sie waren streikbereit und das hat die Geschäftsleitung gewußt. Einige sind immer noch wütend auf die Gewerkschaftsführung, weil nicht gestreikt wurde. Wir haben Berichte von Produktionsverlangsamungen (slow downs). Deshalb wußte die Geschäftsleitung, daß sie bereit waren." Dem Vertrag wurde von 59% zugestimmt.
Local 3000 hat zur Zeit auch Verhandlungen laufen bei einer Zulieferfirma mit japanischem Eigentümer. Dort haben die Arbeiter im letzten Sommer für Gewerkschaftsvertretung gestimmt. Das Local organisiert die Arbeiter von drei solcher Zulieferfirmen.

Tatsächlich arbeiten nur relativ wenige Leute in diesen Hochwertunternehmen im traditionellem Sinne, mit Dauerarbeitsplatz und fester Bezahlung.«

Das Modell hierfür ist die Hollywood-Filmproduktion. Die Produzenten besorgen das Geld, heuern die Schreiber, Schauspieler, Techniker. Wenn der Film fertig ist, kehren alle auf den Markt zurück, um auf das nächste Projekt zu warten.
Ein weiteres Bild, das einem in den Sinn kommt, ist der Arbeitsmarkt für Tagelöhner an den Straßenecken von Los Angeles, wo die Arbeitskräftevermittler mit ihren Pick-ups kommen und die Mexikanischen Immigranten sich in Reihe aufstellen, um für den Tag Arbeit zu kriegen.

Die Nahrungskette hinunter

Furchteinflößend? Ja. Auf der Tagesordnung? In den meisten Fällen nicht in voller Form. Die Großindustrie kann das volle virtuelle Modell nicht erreichen, aber die Firmen können darauf abziehen, ihre Fertigung auf Montage zu reduzieren. Gleichzeitig wird der Aufwand an Arbeit bei der Montage durch neue modulare Prozesse und »design for manufacturing« reduziert.
Dieselbe Logik gilt auf jedem Niveau der Ökonomie. Die Zulieferer stellen fest, daß auch sie beweglicher sein müssen um die Bedürfnisse ihrer Kunden zu befriedigen, daher verringern sie ebenfalls ihre Bindung an Bauten, Maschinen und Arbeiter. Der Druck wird die Nahrungskette nach unten durchgereicht.
Reengineering und agile institutions bedeutet, daß die Bindung an Beschäftigte (»Unser wichtigster Aktivposten«) und »lebenslange Arbeitsplätze« im Mülleimer landen, zusammen mit guter Arbeit und starken Gewerkschaften. Vertragliche und moralische Bindungen brechen weltweit zusammen - in Japan und Europa genauso wie in Nordamerika.
Wer profitiert von zunehmender Geschwindigkeit und Effizienz? Ganz klar die Firmen. In vielen Fällen tauchen die Errungenschaften nur bei den Profiten auf, für die Konsumenten verbessert sich nichts. Als Arbeiter haben wir schon viel verloren, und kein Ende in Sicht.
Effizienz, oder die Idee Arbeitsplätze, Produkte, oder Verfahren umzuorganisieren, um es sich leichter zu machen, ist kein schlechter Gedanke. Es ist wichtig, zu erkennen, daß das System zerbrochen ist, und repariert werden muß. Das Problem ist, was sind die Grundannahmen fürs Reengineering?
Die Annahmen des Managements sind:
- Das Hauptziel ist die Beseitigung von Arbeitsplätzen.
- Das Management hat keine Verantwortung.
- Der Markt, oder die Gesellschaft, oder deine Familie werden die Konsequenzen kompensieren.
(...)

Übersetzung aus *Labor Notes* vom April 94

CHIAPAS UND DIE NEUE WELTORDNUNG
von Silvia Federici

Einleitung

Die Besetzung mehrerer Städte im mexikanischen Bundesstaat Chiapas am 1. Januar 1994 durch das Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) ist zu recht als die erste bedeutende Kriegserklärung gegen die Neue Weltordnung bezeichnet worden. Das heißt, gegen die neo-liberale Politik, die während des gesamten letzten Jahrzehnts von Afrika bis Rußland und natürlich Lateinamerika die Internationalisierung des Kapitals und die Ausweitung des Weltmarkts kennzeichnete.

Das geplante Zusammenfallen des Aufstandes mit dem Inkrafttreten des NAFTA--Abkommens, oder, wie es in Mexiko heißt, des Tratado de Libre Comercio (TLC), zeigt deutlich, welche Art von Kampf die Menschen in Chiapas führen. Es erklärt, warum er (anders als bei den Ereignissen nach dem Massaker von 1968[1]) nicht aus den Schlagzeilen herausgehalten werden konnte, sondern internationale Beachtung und Unterstützung von Bewegungen weltweit erhielt: von den Bauern in North Dakota und Frankreich, die gegen die GATT-Bestimmungen kämpfen, bis zu den vielen Bündnissen, die gegen Weltbank und IWF mobilisieren.

Es wird vielerlei Versuche geben, die Bedeutung, die das Fortschreiten des Kapitalismus für den Aufstand hatte, herunterzuspielen. Man wird die Schuld ausschließlich der Kurzsichtigkeit der mexikanischen Regierung zuweisen, die, wie es heißt, den Aufruhr, der sich in Chiapas aufbaute, hätte vorhersehen und die richtigen Schritte einleiten können, um die Explosion zu verhindern. Das war von Anfang an die Position der US-Regierung gewesen, und in den nächsten Wochen werden wir diese Art von Argumentation immer öfter hören, wenn die Anhörungen zu Chiapas vor dem Kongreß, die, von Torricelli eingefordert, am 3. Januar begannen, ihren Verlauf nehmen.

Es liegt im Interesse der US-Regierung zu zeigen, daß NAFTA und die Übernahme der mexikanischen Wirtschaft durch US- und internationales Kapital nichts mit dem Aufstand zu tun haben. Das Argument lautet, daß man den Aufstand in Chiapas hätte vermeiden können und daß Chiapas in Wahrheit ein internes Problem der mexikanischen Regierung sei. Die US-Regierung, Weltbank und IWF werden versuchen, Chiapas zu benutzen, um die mexikanische Regierung auf Linie zu bringen und sie davon zu überzeugen, daß sie die Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft forcieren müsse, damit Chiapas dazu benutzt werden kann, eben jenen Prozeß zu beschleunigen, der den Aufstand erst ausgelöst hat. Bemerkenswert hier die Parallele zur ehemaligen Sowjetunion, wo das durch den Abbau aller sozialen Sicherungen und die Liberalisierung der Wirtschaft verursachte Elend der Bevölkerung beharrlich der zu langsamen Einführung von Reformen und den Überbleibseln des sowjetischen Korporativismus zugeschrieben wird.

Aus diesem Grund ist es entscheidend, daß die Geschichte von Chiapas nicht mit dem Mantel des "Außergewöhnlichen" - des Außergewöhnlichen des autoritären mexikanischen Systems, des Außergewöhnlichen der Lebensbedingungen der indigenen

[1]Unruhen von Tlatelolco, die am 2.10.68 niedergeschlagen wurden. (Anm.d.Ü.)

Völker in Mexiko - zugedeckt wird. Stattdessen müssen wir sie in den Rahmen der Politik stellen, die im vergangenen Jahrzehnt nicht nur die gesamte Bevölkerung Mexikos betraf, sondern auch das Proletariat in anderen Teilen der Dritten und Ersten Welt, von Nigeria über die Philippinen bis zur ehemaligen Sowjetunion und Los Angeles.
Die spezifische Geschichte von Chiapas bringt das Wirken des internationalen Kapitals, seine 500-jährige Geschichte von Dominanz und Ausbeutung beispielhaft ins Rampenlicht. Sie zeigt, daß der Kapitalismus am Ende dieses Jahrtausends, das von seinem Fortschreiten geprägt wurde, und entgegen seinen Versprechungen und seinen Märchen vom "Fortschritt" der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten nur Armut und Zerstörung zu bieten hat - genau wie zu seinen Anfangszeiten.

Die Geschichte von Chiapas

Die RebellInnen in Chiapas kommen aus den verschiedenen Gruppen von Mayas (Tseltal, Tsotsil und anderen), die die Mehrheit der Bevölkerung des Bundesstaates bilden, der an Guatemala grenzt und in seiner ethnischen Zusammensetzung praktisch nicht von diesem Land zu unterscheiden ist. Wie in den letzten Wochen so oft geschrieben wurde ist die Geschichte von Chiapas die Geschichte der beinahe zyklischen Aufstände der indigenen Völker, erst gegen die spanischen Eroberer, später gegen den Despotismus und Rassismus einer jeden Regierung bis zum heutigen Tag. Während der gesamten Geschichte Mexikos waren die *chiapanecos* (zusammen mit den Frauen) der am meisten ausgebeutete Sektor der mexikanischen Bevölkerung, und sie mußten immer mit Waffengewalt erkämpfen, was sie durch legale Mittel niemals erreichen konnten. Nicht einmal die Revolution von 1917 änderte etwas in

* Ungefähr 5.000 Arbeiter des (Bundes-)Sekretariats für Landwirtschaft und Wasserwesen (bei einer möglichen Umverteilung von Land ist genau diese Behörde für die konkrete Umsetzung zuständig!) solidarisierten sich auf einer Demonstration in Tuxtla-Gutiérrez mit den Forderungen der EZLN und forderten selbst eine Lohnerhöhung um 100%. (s. direkte aktion 103, S.9)
* In Tzpachula stürmten tausende von Bauern die Banken und forderten die Streichung ihrer Schulden, in Campeche gingen viele Campesinos für die EZLN-Forderungen auf die Straße.
* In Oaxaca wurde in einer Versammlung eines Dachverbandes von Landarbeitergewerkschaften die bisherige Friedfertigkeit der Gewerkschaftsführung kritisiert: "Wenn wir uns erhoben hätten, wären wir nicht an Seuchen gestorben. Es gäbe schon ein Krankenhaus und der Wahlbetrug wäre schon zum Teufel gegangen..." (analyse und kritik 364, S.25).
* An der Autonomen Universität von Mexiko City streikten die Arbeiter gegen die von der Regierung verordneten Höchstlöhne.
* Die nationale Elektrikergewerkschaft konnte die Privatisierungsvorhaben der Regierung und die Entlassung von 10.000 Arbeitern verhindern: dieses Ergebnis wurde einige Tage nach dem 1. Januar erzielt, nachdem sich die Regierung noch im Dezember vollkommen unnachgiebig gezeigt hatte. (Labor-Notes April 1994, Detroit, USA)

Chiapas. Die Regierung Obregón verhandelte 1920 mit den Eliten, die gegen die Rückverteilung von Land einen bewaffneten Aufstand organisiert hatten, und vertraute ihnen die Durchführung der Landreformen an. Erst in den 30ern, unter Lazaro Cárdenas, wurde das *ejido* (ein kommunales System von Eigentum an Grund und Boden) eingeführt.

Die Geschichte von Chiapas war auch die Geschichte der beharrlichen Diskriminierung der indigenen Bevölkerung, die wie die amerikanischen IndianerInnen meist isoliert dafür kämpfte, ihr Land und ihre Traditionen zu behalten und vor allem eine kommunitäre Auffassung vom Leben zu bewahren, die sich radikal von der kapitalistischen Vorstellung unterschied. Diese "500 Jahre Widerstand" waren es, die 1992 anläßlich des Kolumbusjubiläums gefeiert wurden, als San Cristobal, die Hauptstadt von Chiapas, Schauplatz war für die erste kontinentale Versammlung der indigenen Völker der beiden Amerikas.

Trotz aller Lippenbekenntnisse bezüglich der Mayakultur der Vergangenheit, die lediglich den Tourismus fördern sollen, waren die lebenden Erben der Mayas in Mexiko und Guatemala auf staatlicher wie auf lokaler Ebene Objekte ausgesprochener Verachtung. So hat jede mexikanische Regierung die *chiapanecos* der Gnade der örtlichen Kaziken überlassen: der *ganaderos* (Viehzüchter), der *haciendero*s und *finqueros*, die dem Volk das Land nahmen, seine Wälder verkauften und bisher durch ihre "weißen Wachen" (sprich: "Todesschwadrone") eine eiserne Kontrolle über die indigene Bevölkerung ausübten: sie ermordeten deren Führer und erstickten jeden Versuch, ihre Lebensbedingungen auf legalem Wege zu verändern, in Blut.

Aber macht diese Geschichte von brutaler Ausbeutung, Hunger und Terror Chiapas zu einer Ausnahme in der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung? Oder liefert sie uns nicht vielmehr einen besonders günstigen Ausgangspunkt, um die Folgen der Ausweitung kapitalistischer Beziehungen zu verstehen?

Chiapas leidet nicht am Nichtvorhandensein, sondern an der Gegenwart kapitalistischer Beziehungen, und das zeigt sich auch in seiner jüngsten Geschichte. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Lage der indigenen Bevölkerung ständig verschlechtert. Chiapas mußte nicht nur, wie auch der Rest von Mexiko, die Austeritätsmaßnahmen ertragen, die zu Beginn der Schuldenkrise und der "Strukturanpassung" eingeführt wurden. Die sinkenden Kaffeepreise auf dem internationalen Markt (real 60% zwischen 1980 und 1993) haben den Lebensunterhalt auch der letzten Kleinbauern zerstört. In der Zwischenzeit hat das Anwachsen der Ölförderung sowohl zu erneuten Landenteignungen als auch zur Militarisierung der *zonas petroleras* geführt. Und die Abschaffung des ejido-Systems im Januar 1992 (als Vorbereitung für NAFTA) hat ebenfalls die Enteignung von Grund und Boden beschleunigt.

Je stärker Chiapas in den internationalen Kapitalkreislauf integriert wurde, desto mehr seiner Menschen mußten ihr Land verlassen, sie wurden durch die Bundesarmee und die örtlichen Todesschwadrone terrorisiert und verhungerten. Laut dem Bischof von San Cristobal, Samuel Ruiz, sind allein im Jahr 1993 in Chiapas 15.000 Menschen an Hunger und Krankheiten gestorben. In einer Region, die reich ist an natürlichen Ressourcen und die für ihre Menschen ein wahrer Garten Eden sein könnte - einer Region, die große Mengen an Fleisch, Holz, Öl und Kaffee exportiert - haben die Menschen nicht genügend zu essen, sind 75% der Kinder unterernährt, sind die meisten

Unterkünfte Hütten mit Schlammboden und ohne Elektrizität. Die Mehrheit der Menschen sind Analphabeten und haben praktisch keinerlei Zugang zu ärztlicher Versorgung. Und diese Situation, das ist durchaus einer Wiederholung wert, ist nicht etwa ein "Vermächtnis der Vergangenheit", sondern eine Bescherung der Gegenwart. Sie wird durch NAFTA sogar noch dramatischer werden, wenn durch die Liberalisierung von Maisimporten aus den USA die letzten Maisbauern in Mexiko vertrieben werden.
Als Antwort auf die dramatische Verarmung der *chiapanecos* in den letzten Jahren hat die Regierung auf kleinere wirtschaftliche Maßnahmen zurückgegriffen und Chiapas zum Empfänger des Weltbankprogramms zur Linderung der Armut gemacht, des Feigenblatts, mittels dessen die Weltbank weltweit die entsetzlichen Auswirkungen der Strukturanpassung zu verstecken versucht hat.
"Humane" Strukturanpassung wurde das Motto der Weltbank nach den riots von 1986 gegen die Kaunda-Regierung in Sambia, die durch die Anhebung des Preises für Maismehl ausgelöst worden waren. Sie zeigten, daß, wenn die "Verlierer" eines Strukturanpassungsprogramms nicht gebändigt und gespalten werden können, der revolutionäre Druck, den sie erzeugen können, eine Regierung dazu zwingen wird, die Strukturanpassung zu streichen. Angesichts der internationalen Intifadah gegen Strukturanpassung am Ende der 80er wurde der Begriff der *side payments* an alle, die irgendwelche Arten von Einkommen einbüßen sollen, in Weltbankkreisen zum Gegenstand intensiver Diskussion und Forschung. Als Salinas 1988 an die Macht kam, war er der Nutznießer davon und seine Regierung führte, finanziert von der Weltbank, ihre eigene Version der "Humanen Anpassung" ein.
Das daraus entstandene Programm wurde in Mexiko unter dem Namen PRONASOL (Nationales Programm der Solidarität) verkauft. Nach dem Aufstand wurde immer wieder betont, daß der Staat Chiapas der Hauptempfänger von zugeteilten Fonds gewesen war. Aber die Leute von Chiapas haben wenig von dem Geld gesehen und die wenigen Maßnahmen, die durchgeführt wurden, haben die Lage nicht verbessert. Der Aufstand von Chiapas kann als entschiedene Absage an diesen Weltbankreformismus gesehen werden.
Und zwar nicht, weil die Probleme in Chiapas nicht ökonomischer Art wären (wie Mark Cooper in der Village Voice schrieb). Sondern eher, weil Landenteignungen und die völlige Abhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes das Problem in Chiapas sind, und dieses Problem kann nicht angegangen werden, ohne den Plan des Kapitals für die Region zu destabilisieren. PRONASOL ist schlicht der Versuch, die Campesinos zu spalten, einige wenige werden gekauft, viele andere werden umgebracht oder dazu gezwungen, in den Untergrund zu gehen oder das Gebiet zu verlassen.
Es ist dieser Zusammenhang, in dem eine bewaffnete Bewegung entstanden ist. In den vergangenen Jahren ist auch eine unabhängige Bewegung von Campesinos entstanden; aber diese Bewegung hat sich gespalten, viele schlossen sich den Zapatistas an, die sich seit beinahe zehn Jahren in der Selva Lacandona vorbereiteten - einer der letzten Tropenwälder Lateinamerikas und bevorzugtes Objekt für die *madereros* (Holzverkäufer).

Ganz Mexiko ist Chiapas

Der Name, den sich die "zapatistische" Armee EZLN gab, macht die Hauptforderung

der *chiapanecos* deutlich: Land. Aber ihr Protest spricht die aktuelle Lage des gesamten Volkes von Mexiko an und die Lage des Proletariers der Welt zu Beginn der "Strukturanpassung" - der Name für die jüngste Welle von "enclosures" und Beschneidungen von Rechten des Volkes. Im liberalisierten Mexiko der Zeit nach der Anpassung wird die Lage der *chiapanecos*, die einst eine Ausnahme bildete im Vergleich zu der der besser geschützten mexikanischen lohnempfangenden ArbeiterInnenklasse, zur Lage aller MexikanerInnen.

Wie Alvaro Cepeda Neri in La Jornada vom 3.1.1994 schrieb, hat die Armut des mexikanischen Volkes in den letzten fünf Jahren, als Folge der skrupellosesten Anti-ArbeiterInnen-Anpassung seit dem Nazismus, einen bisher unbekannten Grad erreicht. Seit 1985 ist die Kaufkraft der Menschen in Mexiko um 40% gesunken, die meisten ihrer historischen Errungenschaften, garantiert durch die Verfassung von 1917, sind verloren gegangen. Und so leben heute 23 Millionen Menschen in bitterster Armut und alle Sektoren der Bevölkerung, mit Ausnahme der Oberschicht, sahen ihren Lebensstandard zusammenbrechen. Auch hier ist allzu offensichtlich, daß die Integration Mexikos in den Weltmarkt für diese Situation direkt verantwortlich ist. Die mexikanischen ArbeiterInnen waren das Kanonenfutter, das für die Zustimmung zum TLC und zu einer Politik des "wilden Kapitalismus" geopfert wurde (Alvaro Cepeda Neri ibid.). Eine Folge davon war, daß der Kampf des indigenen Volkes von Chiapas, der Elenden der Erde Mexikos, nicht isoliert werden konnte, und daß die Erklärung der Zapatistas, daß "der TLC unser Grab ist, unser Todesurteil", im ganzen Land eine breite Resonanz hatte. "Ganz Mexiko ist Chiapas" ist die Position, die immer mehr GewerkschafterInnen, StudentInnen, AktivistInnen aller Art und Leute auf der Straße äußern. Wie nie zuvor erkennen sie nach einem Jahrzehnt der Verelendung die Lage der Chiapanecos als die ihre.

Nicht von ungefähr war eine der ersten Fragen, mit denen sich die örtlichen Autoritäten und Analytiker nach dem Aufstand beschäftigten, ob er sich verallgemeinern würde, ob die Besetzungen vom 1. Januar als das erste Anzeichen des kommenden Sturms gedeutet werden können. Diese Frage berührt nicht nur Mexiko allein. Da die Lage von Chiapas und Mexiko dieselbe ist wie im Großteil der "angepaßten" Welt, lautet die Frage nicht, ob Chiapas noch Oaxaca, Hidalgo und Guerrero folgen werden, sondern eher, ob Chiapas Drehbuch sein kann für Nigeria, Rußland, Venezuela, Los Angeles, Moskau. Der Aufstand von Chiapas hat der Welt die Augen geöffnet für die Konsequenzen der Ausweitung kapitalistischer Beziehungen. Das ist der Grund dafür, daß die mexikanische Regierung, sicherlich unter Anweisung ihrer Partner in den USA und der Weltbank, nach dem Beginn einer regelrechten Militäroperation gegen die Region es für weise hielt, in Verhandlungen zu treten. Gewiß ist die antizapatistische Propaganda nicht verstummt. Immer noch hören wir, daß die meisten der *chiapanecos* sich nicht mit den Zapatistas identifizieren; es wird viel Wirbel gemacht um die Leute, die mit den Autoritäten kollaboriert oder aus Angst, zwischen die Fronten zu geraten, das Gebiet verlassen haben. Geschichten über ausländische Agitatoren, über eine Verbindung mit der guatemaltekischen Guerilla gibt es im Überfluß. Aber die Strategie der reinen Repression konnte nicht aufrechterhalten werden. Nach den Bombardierungen, den standrechtlichen Erschießungen, dem Belagerungszustand durch die Armee, den Hausdurchsuchungen wurde die mexikanische Regierung gezwungen, eine einseitige

Feuerpause zu verkünden, den Unverschämten eine Amnestie zu versprechen, Menschenrechtsdelegationen Besuche in der Region zu erlauben, und diskutiert jetzt, das EZLN gemäß den Forderungen der Zapatistas als eine politische Kraft anzuerkennen. Zweifellos geht es der mexikanischen Regierung in erster Linie darum, Zeit zu gewinnen. Nichtsdestoweniger gibt es einen ziemlichen Unterschied zu den Ereignissen der 70er, als brutale Repression die einzige Antwort war auf die Besetzungen von Land und Gemeinden durch die neuen, unabhängigen Bewegungen von Campesinos, die sich in vielen Staaten ausweiteten.
Das EZLN hat Salinas und all die Kaziken des PRI in eine peinliche Lage gebracht. Zu einer Zeit, als sie sich darauf vorbereiteten, das Land unter Siegesgeheul zu verkaufen, und mit dem TLC als Siegesgarantie für die kommende Wahlkampagne herumwedelten, stahl ihnen das EZLN die Schau, brachte sie gegenüber den USA und der internationalen öffentlichen Meinung in Verlegenheit. Dies schon dadurch, indem es zeigte, daß sie die mexikanische Arbeitskraft nicht unter ihrer Kontrolle haben und daß ausländische Investoren gut beraten wären, noch einmal nachzudenken, bevor sie ihr Kapital in ein Land stecken, das bald zum Schlachtfeld werden könnte (umso mehr, wenn wir uns ansehen, was jetzt in Kolumbien, Venezuela und Ecuador geschieht; z.B. haben die indigenen Völker von Ecuador gerade damit gedroht, die Ölanlagen zu besetzen, wenn die Bohrungen, die ihr Land zerstört haben, nicht gestoppt werden). Sicher war der Kursverfall an der mexikanischen Börse in den Tagen nach der Besetzung von San Cristobal eine der Ursachen für die neue, etwas gemäßigtere Politik der Regierung. Die Salinistas mögen auch ob der wachsenden Militanz an anderen Fronten beunruhigt gewesen sein - als da wären die Ankündigung eines Streiks der Lehrer an der Universität UAM (dessen Beginn für den 1. Februar vorgesehen war) für eine 40-prozentige Erhöhung der Bezüge, die fast täglichen Blockaden von carreteras (Bundesautobahnen - einschließlich des Pan American Highway) als Protest gegen Betrügereien im Vorfeld der Wahlen; und am wichtigsten die immense Unterstützung, die MexikanerInnen den Zapatistas gegeben haben: Den ganzen Januar über gab es täglich Demonstrationen, Menschenrechtsdelegationen, Karawanen mit Lebensmitteln und Medikamenten für die betroffenen Gebiete und Unterstützungserklärungen von Intellektuellen, AkademikerInnen und GewerkschafterInnen in La Jornada.
Salinas muß jetzt zeigen, daß der Schaden wieder gutgemacht werden kann, so daß die Investitionen weiter fließen können. Dies wird jedoch schwierig sein, denn ohne eine gründliche Überprüfung seiner gesamten wirtschaftlichen Strategie wird er nichts erreichen können, und die Zapatistische Armee wird sich mit leeren Worten und geringfügigen Wirtschaftsreformen nicht befrieden lassen. Ein Punkt ist erreicht, an dem den Menschen nichts anderes übrig bleibt, und sie sterben lieber im Kampf, als den langsamen Tod durch Verhungern, Krankheiten und andauernde Herabwürdigung hinzunehmen. Dieser Punkt, das haben die Zapatistas oft genug wiederholt, beinahe in jedem Kommunique, ist in Chiapas erreicht, und das Ausmaß der militärischen Operation, die sie auszuführen in der Lage waren - ohne Beispiel in der Geschichte der mexikanischen Guerilla - zeigt, daß ihr Protest sehr tiefe Wurzeln im sozialen Gefüge vieler Gemeinden hat und nicht leicht zu "befrieden" sein wird.
Brooklyn, USA, 1. Februar 1994.

Nachwort

Am 20. Februar haben die Zapatistas und Repräsentanten der mexikanischen Regierung in San Cristobal de las Casas, der kulturellen Hauptstadt des Bundesstaates, in die in den letzten Wochen JournalistInnen, AktivistInnen und Intellektuelle aus der ganzen Welt gekommen sind, um diesen wahrhaft historischen Prozeß als ZeugInnen zu begleiten, mit Verhandlungen begonnen.

Es ist schwer, sich vorzustellen, zu welchem Ergebnis sie führen werden, da die Forderungen der Zapatistas das politische und wirtschaftliche System Mexikos in seinem Kern herausfordern. Ihr Zehn-Punkte-Programm fordert in der Tat eine radikale Veränderung aller wesentlichen Lebensbedingungen der Menschen in Chiapas. Die Zapatistas haben Garantien gefordert, die Gesundheit, Ausbildung, Arbeit und Ernährung betreffen. Sie forderten Gerechtigkeit, Frieden und das Ende von Herabwürdigung und Marginalisierung. Und vor allem haben sie gefordert, das Land wieder an die Menschen zurückzugeben; die Wiederinkraftsetzung von Artikel 27 der Verfassung, der Landverkauf verhindert; und eine Übergangsregierung bis zu den kommenden Wahlen, um sicherzustellen, daß die Menschen in der Lage sein werden, eine Regierung ihrer Wahl zu wählen. Schon als geringste Konsequenz würde die Erfüllung dieser Forderungen bedeuten, daß NAFTA annulliert wird, und das allein wäre schon eine Revolution.

In der Zwischenzeit sind die Bedingungen, unter denen die Verhandlungen stattfinden, bereits ein Sieg für das EZLN und für die Millionen MexikanerInnen, die in den letzten Tagen ihre Entschlossenheit gezeigt haben, als Partner in den Verhandlungen anerkannt zu werden.

In einem Schritt, der kein Vorbild hat und bereits eine Legende schafft, haben die Zapatistas beschlossen, ihre Skimasken und Tücher, die ihre Gesichter verdecken, während der Verhandlungen nicht abzunehmen. Diese Entscheidung reflektiert zweifellos, daß sie sich der Unsicherheit des Waffenstillstands bewußt sind; aber sie hat auch einen starken symbolischen Effekt. Denn auf der einen Seite ist das eine Anklage gegen die Regierung, eine öffentliche Erklärung, daß ihr nicht zu trauen ist, ob sie nicht doch Vergeltungsmaßnahmen gegen Mitglieder der Verhandlungsdelegation ergreift. Auf der anderen Seite wird es dadurch schwierig, den Kampf zu personalisieren (trotz der Versuche seitens der Presse, "Comandante Marcos" herauszugreifen), da die Zapatistas sich mittels ihrer versteckten Gesichter als ununterscheidbar von den anderen indigenen Menschen präsentieren, seien sie in der Selva Lacandona oder auf den Straßen von San Cristobal. Den JournalistInnen, die sie fragten, warum sie ihre Gesichter nicht zeigen, haben die Zapatistas selbst geantwortet: "Warum wollt ihr unbedingt wissen, wie wir aussehen, wo ihr doch bis zum 1. Januar nicht mal gewußt oder euch darum geschert habt, ob es uns überhaupt gibt?"

Ein weitaus bezeichnenderer Sieg ist die Tatsache, daß die Entscheidung der mexikanischen Regierung, in Verhandlungen zu treten, eine öffentliche Anerkennung darstellt, daß der Kampf, den die Zapatistas führen, berechtigt ist, und daß diese Entscheidung Millionen MexikanerInnen den Weg bereitet, (a) offen ihre Unterstützung für diese zu zeigen, sogar in Chiapas, wo immer noch die Armee stationiert ist; (b) einen Prozeß der Ansprüche zu eröffnen, einschließlich Forderungen nach Land hier und jetzt.

Auf den Märkten von San Cristobal verkaufen indigene Frauen immer noch ihre schönen Kunstwerke, aber die Puppen tragen Skimasken; und es sind T-Shirts im Handel, die die maskierten Zapatistas abbilden. Das zeigt schlagender als Worte den Wahrheitsgehalt der Regierungspropaganda bezüglich ausländischer Agitatoren und der angeblichen Abneigung gegen die Zapatistas unter den *chiapanecos.*
Inzwischen haben Bauerngruppen, indigene Organisationen, Gewerkschaften und andere politische Organisationen im ganzen Land die Sache der Guerilla aufgegriffen, inspiriert durch den bewaffneten Aufstand und durch die Erklärung der Zapatistas, daß ihr Erfolg am Verhandlungstisch von der Unterstützung abhängen wird, die sie erhalten. Somit ist die Frage, ob der Kampf sich verallgemeinern wird, bereits beantwortet.
Zum Beispiel sagten am 7. Februar 1994 RepräsentantInnen einer Gewerkschaft von ZuckerrohrarbeiterInnen in Puruaran, im an der Pazifikküste gelegenen Staat Michoacán, daß ihre Gewerkschaftsmitglieder dafür gestimmt hätten, sich dem EZLN anzuschließen, und daß sie für 2 000 neue Soldaten garantieren würden, wenn das Rebellenkommando sie akzeptierte. Sie beschlossen, eine Kommission nach Chiapas zu schicken, um sich mit den Zapatistas zu treffen (El Financiero Internacional, 14.-20. Februar 1994).
Am selben Tag demonstrierten in der Stadt Torreón in Nordmexiko 1000 Mitglieder der Demokratischen Bauerngewerkschaft zur Unterstützung der Forderungen des EZLN.
Am 8. Februar besetzten Bauern der Unabhängigen Bauern- und Arbeitervereinigung in Chiapas in friedlichem Protest drei Rathäuser und forderten die Absetzung der Bürgermeister. Ähnliche Besetzungen derselben Gruppe gab es in Tuzantan, Huehuetan und Cacahoatan (ibid.).
Und ebenfalls am 8. Februar verkündeten Bauern einer neuentstandenen Bauernorganisation aus 60 mehrheitlich indigenen Gemeinden im Staat Puebla, daß sie "die sozialen und politischen Vorschläge des EZLN" unterstützten.
Außerdem gibt es Berichte über Landbesetzungen durch Bauernorganisationen in ganz Chiapas. Ein Landeigentümer sagte, es gäbe einen Wettbewerb unter Bauernorganisationen, wer in mehr Farmen eindringen könne (City Sun, 16.-22. Februar 1994).
Diese unter vielen anderen ausgewählten Beispiele verfolgen den Prozeß der Neuzusammensetzung der mexikanischen ArbeiterInnenklasse. Aber es gibt eine weitere Neuzusammensetzung, die ihren Anfang nimmt, und zwar zwischen dem Volk von Chiapas und ArbeiterInnen in Europa, den USA und Kanada; denn während der Kapitalismus überall seine Begrenzungen ausprobiert, können Bauern in Frankreich, StahlarbeiterInnen in Italien und KrankenhausarbeiterInnen in New York sich immer leichter mit der Logik einer Bewegung identifizieren, die behauptet, NAFTA sei ein "Todesurteil", und erkennen, daß von deren Erfolg auch ihr eigenes Überleben abhängt.

Zu Flüchtlingsgruppen

SIND DIE IMMIGRANTINNEN AUF UNS ANGEWIESEN ?

"Als die 'wildcat' in ihrer Ausgabe nach den Angriffen auf die Flüchtlingsunterkunft in Mannheim-Schönau diese als 'riots von rechts' bezeichnete, als einen fehlgeleiteten Aufstand der Modernisierungsopfer, konnte das noch als randständige Position bezeichnet werden. Heute ist dieses Erklärungsmuster weit verbreitet." (Bahamas 10, Gruppe K, Mai 1993)

Ein paar Wochen nach dieser Veröffentlichung schrieb Karl-Heinz Roth in seinem inzwischen vieldiskutierten Aufsatz 'Die Wiederkehr der Proletarität': "Angesichts dieser bis vor kurzem für unmöglich gehaltenen Aktualisierung des Rassismus als Verkehrs- und Vermittlungsform von Klassenherrschaft wird es immer schwerer, die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit - also unter bewußtem Einschluß der gegenwärtig 'nach noch weiter unten tretenden' Segmente - als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialischer Politik anzunehmen. Dessenungeachtet bleibt aber jede antirassistische Initiative, die die 'soziale Frage' ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzeichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut."
Über die Aussage in Bahamas hatten wir uns schon sehr gewundert: zwar waren unsere in der wildcat 60 vertretenen Positionen oft ähnlich verkürzt und denunzierend wie oben dargestellt worden, aber daß wir uns damit inzwischen im mainstream der Analyse bewegen, war uns in den Diskussionen in und mit Flüchtlings-, Antifa- und anderen Gruppen nicht klar geworden. Im Gegenteil: Die moralischen Vorbehalte dagegen, nach den sozialen Kräften revolutionärer Umwälzung zu fragen und sich dabei mit der ganzen Widersprüchlichkeit innerhalb des Proletariats auseinanderzusetzen (wie auch Roth es einfordert), bestimmen immer noch große Teile der Debatte. Immer noch ist in vielen Papieren von Flüchtlingsgruppen vom "reichen Europa und den reichen Europäern", von "500 Jahren tradierter Verinnerlichung" und "rassistischen Dispositionen der Weißen" die Rede.
Allerdings ist der Unwillen, über den Tellerrand der antirassistischen Selbstvergewisserung hinauszuschauen, in den letzten Monaten kleiner geworden.

Wir wären Idealisten, nähmen wir an, diese Veränderungen sind auf Artikel wie die in der WC, auf "die Macht des Wortes" also, zurückzuführen. Die banale Erklärung dafür sind eher die drastischen und einfach nicht zu übersehenden Angriffe von Staat und Kapital gegen große Teile der Klasse (und eben nicht nur gegen die Flüchtlinge am unteren Rand der Skala) in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Lohn- und Wohnungspolitik. Bereits auf den ersten Blick erschiene es absurd und blind gegenüber den Entwicklungen in der gesamten Gesellschaft, z.B. das neue Leistungsgesetz für AsylbewerberInnen zu bekämpfen, ohne nicht wenigstens die Kürzungen für alle anderen Sozialhilfeempfänger diskutiert zu haben. Ähnliches gilt für den Arbeitsmarkt: Die Androhung von Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger trifft eben nicht

nur Flüchtlinge: die 560.-DM-Jobs unter miesesten Bedingungen haben Konjunktur, die Nettolöhne sinken auf breiter Front, was sich in den unteren Einkommenssektoren am meisten bemerkbar macht: die Hetze des Bonner Regimes über den zu geringen Abstand zwischen Einkommen aus Sozialhilfe und unteren Lohngruppen zeigt ja nur noch mal, für welche lächerlichen Löhne viele Menschen ihre Haut verkaufen müssen und daß das auch so bleiben soll.

In Teilen der Flüchtlingsgruppen läuft diese Diskussion unter Stichworten wie 'Antirassistischer Kampf und Verbindungslinien zu anderen Kämpfen'. Exemplarisch ein Papier, das für das bundesweite Treffen von (mehr oder weniger linksradikalen/-autonomen) Flüchtlingsunterstützungsgruppen Ende März 1994 veröffentlicht wurde: " ...(es hat) einige Berechtigung, eine relative Eigenständigkeit rassistischer Unterdrückungen zu betonen. Aber wir kritisieren eine Herangehensweise, die Rassismem verselbständigt, sie völlig aus den sozialen Prozessen herauslöst und in eine vor allem moralische Position verfällt. Wir kritisieren, wenn historische Bezüge vor allem hergestellt werden, um heutige Zustände und Entwicklungen festzuschreiben." (antirassistischer rundbrief 11) Einschränkend muß gesagt werden, daß dieses Papier von einer Gruppe (aus Hanau) stammt, die sich bereits mit "sozialen Kämpfen" befaßte, als die neuen Antirassismus-Gruppen (entstanden ab 1990) noch gar nicht existierten.

Aber auch in eher klassischen autonomen Zusammenhängen schlägt sich die o.g. Diskussion nieder: "Wenn die Stufenleiter der Armut bei dem über den Sozialplan ausgeschiedenen Stahlarbeiter beginnt, weiter runterführt über die alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin zu den obdachlosen Frauen und Männern, zu den osteuropäischen Frauen, die per Menschenhandel massenhaft zur Prostitution gezwungen werden, dann endet sie bei der Flüchtlingsfrau , die -weil Frau- nichtmals mehr den Vorwand einer sogenannten 'politischen Verfolgung' geltend machen kann... - Die bisherigen Proteste, Demos und Aktionen gegen den 'Sozialabbau' konnten die von den Herrschenden betriebene Aufspaltung nicht durchbrechen. Im Gegenteil: Mit der begrenzten Forderung nach Erfüllung 'ihres Sozialplans', 'ihres Bafögs', mit alleinigem Blick auf die eigenen Kartoffeln und der verlorengegangenen Perspektive nach Kampf um den Garten für alle, vertieft sich die Ausgrenzung. - Mit der diesjährigen Maidemo wollen wir einen Punkt gegen diese Entwicklung setzen. Nicht die platte Aufhebung aller Unterschiedlichkeiten, sondern für die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugs im Kampf gegen den unsozialen Angriff."
Mag der spezielle Verweis (Stahlarbeiter) auch dem Ort des Geschehens, Dortmund, geschuldet sein, ist es in dieser Szene doch etwas Neues, den über Sozialplan ausgeschiedenen Arbeiter der 'metropolitanen Unterklasse' zuzuschlagen.

In der Praxis der entsprechenden Gruppen spielt die hier skizzierte Diskussion noch keine besondere Rolle. Kein Wunder, denn es ginge dabei ja tatsächlich um den "Kampf um den Garten für alle" (und da haben wir alle große Probleme, auch die,

die diesen Kampf mit Haut und Haaren wollen). Außerdem sind wir in der Flüchtlingsarbeit seit Mitte 1993 zunächst mit einer scheinbar anderen Problematik konfrontiert: nach Durchsetzung der neuen Asylgesetze sind die Zahlen der AsylbewerberInnen um mindestens 50% gefallen. Immer mehr Menschen wandern ein und bleiben illegal, weil sie sich zu Recht nichts von einem Asylantrag versprechen. Da der Staat und viele Betriebe vor allem aus Land- und Bauwirtschaft, Gastronomie und anderen Bereichen großes Interesse an Einreise und Verbleib von illegalen Arbeitskräften haben, war auch nie ernsthaft die Rede davon, die Grenzen zu schließen. Es ging und geht immer um die Regulierung der Einwanderung und die Ausgliederung der Eingewanderten aus den staatlichen Sozialleistungen. Auch die mit großen Propagandaaufwand betriebenen Razzien gegen illegale ArbeiterInnen dienen nicht der Abschaffung der Schwarzarbeit zu Niedrigstlöhnen, sondern zur Aufrechterhaltung des Drucks. Die höher geschraubten Anforderungen für eine gelungene illegale Einreise sorgen automatisch dafür, daß fast ausschließlich die auf dem entsprechenden Arbeitsmarkt Verwertbaren durchkommen: isoliert, billig, flexibel. Und so sollen sie auch bleiben. (s. zu diesem Zusammenhang, wildcat 61) Schon jetzt gibt es Überlegungen, diejenigen AsyslbewerberInnen nicht mehr abzuschieben, deren Anträge zwar abgelehnt worden sind, die es aber trotzdem aus irgendwelchen Gründen geschafft haben, mehrere Jahre in der BRD zu bleiben. Diese Chance ist seit 1993 allerdings viel geringer geworden, dafür sorgen Abschiebeknäste und verschiedenste Arten von Flüchtlingslagern.

Andersherum bedeutet die Tendenz der Illegalisierung, daß der Anteil an (auch für uns in den Flüchtlingsgruppen) direkt "greifbaren" Flüchtlinge beständig sinkt, und auch die, die noch legal sind, nutzen diese Zeit inzwischen verstärkt, um sich Einkommen und Wohnung für die Zeit "danach" zu suchen. Das macht z.B. die Kämpfe um volle Sozialhilfe (statt Freßpakete) nicht wirkungsvoller, wie Erfahrungen aus mehreren Städten zeigen: In Hagen/Westfalen z.B. verweigerten 150 Flüchtlinge fast 7 Wochen die Annahme der Freßpakete, und stiegen -unter dem Druck, tatsächlich nichts zu essen zu haben- in den für sie offenen Arbeitsmarkt ein. Diese meist individuelle Vorsorge für die Zeit "danach", aber auch die vielen kleinen, immer wieder und oft unvermutet, manchmal auch von uns unbemerkt aufflackernden Kämpfe gegen ihre ihnen hier aufgezwungenen üblen Lebensbedingungen sprechen aber eine deutliche Sprache über die Energien vieler Flüchtlinge. Allerdings gilt die im Dortmunder Flugblatt zitierte Beschränkung auf die jeweils spezifische Forderung einer Gruppe oder in einer Situation auch für viele der Flüchtlinge: In Freiburg konnte per Demonstration, Hungerstreik etc durchgesetzt werden, daß alle Flüchtlinge, die bereits 1 Jahr oder länger da waren, Bargeld statt Pakete bekommen; die so Aufgestiegenen waren bei den folgenden Aktionen nicht mehr gesehen.

Aus diesem sich beschleunigenden Prozeß der Illegalisierung heraus führen viele Flüchtlingsgruppen seit ca 1 Jahr verstärkt die Diskussion über Zufluchtsprojekte,

d.h. über den Aufbau von Strukturen, die Illegalen das Überleben erleichtern. Diese Projekte sind, wie Eberhard Jungfer (in seinem Vortrag auf der Veranstaltung zu "L'Affiche Rouge" schreibt), bisher nicht über die Anfänge hinausgekommen und bewegen sich in kleinen Kreisen. Communities, deren soziale Zusammenhänge ein Überleben auf Dauer gewährleisten können, existieren hier in der BRD bundesweit bisher nur für Türken/Kurden und Menschen aus dem früheren Jugoslawien, sowie für einige andere Gruppen auf lokaler oder regionaler Ebene. Eine Dauerlösung kann das Abtauchen ohne lebensfähige soziale Zusammenhänge nicht sein, das wissen auch und gerade die betroffenen Flüchtlinge. Deshalb geht es in der Praxis der Zufluchtsprojekte bisher um kurzfristiges Vermeiden einer Abschiebung (um in der Zwischenzeit eventuell neue juristische Ansprüche zu formulieren) oder um Hilfe bei der Weiterwanderung in andere Länder, wo die entsprechende Community weiter entwickelt ist.

Die Flüchtlinge haben -ohne irgendwelche Unterstützung von uns- bereits die großartige Leistung gebracht, auf eigene Faust hierherzukommen und ihre Ansprüche auf ein besseres Leben anzumelden. Das soll kein Plädoyer dafür sein, die Flüchtlinge jetzt vollkommen sich selbst oder den Wohlfahrts- und Kirchen(verbänden) zu überlassen. Eher ein vorsichtiger Hinweis darauf, daß wir uns durchaus die Frage gefallen lassen müssen, ob die Flüchtlinge nicht auch ohne uns auskommen, wir zumindest nicht in dem Maße "gebraucht" werden, wie wir uns das oft einbilden oder wünschen.

Mit der bisherigen Art der Arbeit kann einigen wenigen individuell das Überleben erleichtert werden. Inzwischen wird in der Unterstützungsszene sogar über das Heiraten von Flüchtlingen zwecks (massenhafter?) Aufenthaltssicherung geredet, eher ein Ausdruck der Ratlosigkeit als der politischen Initiative.
Was uns in den Flüchtlingsgruppen fehlt, und das ist angesichts der eigenen Einschätzung der Lage durchaus dramatisch, ist eine Vorstellung darüber, in welche politische Perspektive wir unsere Arbeit einordnen wollen, über welches gesellschaftliche Projekt, weg vom Teilbereich 'Flüchtlingsarbeit', wir diskutieren, wie eben nicht nur die eigenen Kartoffeln sondern der Garten für alle erkämpft werden kann.

Auch wenn es auf den ersten Blick paradox ausschauen mag: wenn wir es ernst damit meinen, die 100.000en Illegalen dabei zu unterstützen, hier trotz Gesetzen, Razzien, Geldmangel, Schwarzarbeit etc ein besseres Leben zu führen, dann wird das perspektivisch nur gehen, wenn wir uns nicht auf die Illegalen konzentrieren, sondern die Punkte aufspüren, von denen aus wir gemeinsame Kämpfe entwickeln wollen. Die Chancen dazu stehen gar nicht schlecht: Gerade in den letzten Monaten haben wir lernen können, daß Flüchtlinge und immer größere Teile der hier schon länger (oder immer) ansässigen Klasse um ähnliche Sachen kämpfen müssen.

N. 21.4.1994

Rassismus, Migration, Migrationspolitik[1]

Wir haben heute abend schon einige Grunddaten gehört über die Geschichte der MOI und der Immigration nach Frankreich vor dem 2. WK. Die Geschichte der MOI wird in dem Buch[2], um das es heute abend geht, ja ausführlich dargestellt. Ein Grundkonflikt zieht sich durch diese Geschichte: das Streben nach Autonomie der Sprachgruppen auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Zentralität der kommunistischen Partei. Es fällt heute leicht, diesen Zentralismus zu kritisieren. Aber auf der anderen Seite müssen wir doch sehen, daß die Organisation der Migranten in Sprachgruppen eine wichtige Voraussetzung für deren Widerstand war und daß diese Organisationsform ohne die Partei und ohne die Vorgeschichte der Parteikader und Spanienkämpfer gar nicht denkbar gewesen wäre.
Meine Aufgabe soll es heute abend sein, den Bogen zu schlagen von den historischen Themen zu aktuellen Fragestellungen, insbesondere zu den jüngsten Entwicklungen der Migration und der Migrationspolitik. Ich möchte auf einige Parallelen hinweisen, die auffällig sind, wenn wir die Flüchtlingsfrage vor dem 2. Weltkrieg mit der heutigen Situation in Europa vergleichen, um dann auf die Frage zu kommen, welches heute die Möglichkeitsbedingungen für das Überleben und den Widerstand der MigrantInnen sind. Das ist natürlich keine Frage, auf die eine rasche Antwort möglich ist, aber doch muß diese Frage angesichts der jüngeren Entwicklungen neu gestellt werden.
Es ist heute abend nicht angebracht, sich in ausführlichen historischen Exkursen zu ergehen. Aber zwei Bemerkungen scheinen mir angebracht.
Eine erste Bemerkung betrifft die Aktualität des Antisemitismus. In der angelsächsischen Migrationsforschung wird <von Autoren wie Aristide Zolberg oder Robert Miles> schon seit Ende der 70er Jahre darauf verwiesen, daß zwischen dem in einer Gesellschaft verbreiteten Rassismus und der staatlichen Migrationspolitik ein enger Zusammenhang besteht. Es hat sich als erhellend erwiesen, diesen Zusammenhang auch hinsichtlich der ostjüdischen Migrations bewegungen seit den 1880er Jahren zu untersuchen, <wie dies zum Beispiel für das Deutsche Reich Steven Aschheim und Jack Wertheimer getan haben>. Sie haben nachgewiesen, daß das Zusammenspiel von antisemitischer Agitation gegen ostjüdische MigrantInnen und staatlicher Diskriminierungspolitik ein entscheidendes Merkmal des modernen Antisemitismus war. Diese Juden waren vom Äußeren her fremd, sie sprachen jiddisch, trugen Kaftan und Schläfenlocken, waren erschöpft und von Armut geschlagen. Sie bevölkerten die Straßen und Plätze der Hauptstädte, die Eisenbahnknotenpunkte und Hafenstädte; sie prägten das Straßenbild mit ihrer fremden Erscheinung ähnlich wie heute die Roma.
Diese ostjüdische Massenarmut, die nach 1881 zu hunterttausenden vor Hunger und Pogromen aus Zentralosteuropa floh, bildete jenes "unerwünschte Element", so Bismarck, gegen das sich die Deportationspolitik des wilhelminischen Staats und die

[1]Referat für eine Veranstaltung (Berlin 29.3.94). In der neuen Interim (Nr.283) ist das Referat ebenfalls abgedruckt.

[2]L'Affiche Rouge. Immigranten und Juden in der französischen Résistance, von S.Courtois, D. Peschanski und A.Rayski. Verlag Schwarze Risse / Rote Straße

antisemitische Hetze gleichermaßen richtete. Sie "waren symbolisch und nach dem Gesetz Fremde, eine tödliche Kombination. Sichtbar und verwundbar, gaben sie ein offensichtliches und leichtes Ziel ab" (Aschheim). Die rassistischen Stereotype, mit denen die Flüchtlinge damals belegt wurden, gleichen denen bis ins Detail, mit denen heute zuerst die Italiener, später die Türken und zuletzt die Roma und Sinti belegt wurden. Die Ostjuden wurden damit zu einer negativen Schablone für die völkische Formierung der deutschen Gesellschaft, für das, was Hannah Arendt "völkische Selbstbestimmung" genannt hat.

Wovon ich hier spreche, das gehört zur Vorgeschichte von Auschwitz. Hierbei kommt der staatlichen Flüchtlings politik eine Rolle zu, die mindestens genauso wichtig ist wie die Agitation der antisemitischen Hetzer. Es ist wichtig, dies auch in Hinblick auf die heutige Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Europa in Erinnerung zu behalten.

Der Rassismus, der heute aus der Mitte der Gesellschaft kommt, ist Ausdruck eines Kampfs um Position und Status in der gegenwärtigen Umbruchskrise. Und dies betrifft auch die Unterschichten und die traditionelle Arbeiterklasse, die im Prozeß der Deregulierung frontal angegriffen worden ist. Dieser Rassismus korrespondiert mit der staatlichen Flüchtlingspolitik. Ob er schließlich zur Grundlage eines neuen, postkeynesianischen politischen Systems wird, so wie damals der Antisemitismus konstitutiv für eine Neuformierung der Gesellschaft war, ist noch offen. Angesichts der antisemitischen Anschläge, die in der BRD inzwischen so häufig sind wie in den Jahren, die dem Nazismus vorausgingen, muß aber gesagt werden: dieser Rassismus aus der Mitte ist schlimm genug, aber Antisemitismus ist ein Mordprogramm. Wer heue Antisemit ist, propagiert Massenmord und weiß, was er tut.

Ich möchte noch etwas zum staatlichen Philosemitismus hinzufügen: Er hat eine gewisse Leichtigkeit, denn es gibt ja keine Judenfrage als Flüchtlingsfrage mehr. Dieser staatliche Philosemitismus ist nur auf die Reputation im Ausland bedacht und hinter ihm versteckt sich die rassistische Flüchtlingspolitik. Ein ehrlicher Antirassismus muß sich heute an der aktuellen Flüchtlingsfrage erweisen.

Meine zweite Bemerkung zur Geschichte betrifft den europäischen Einigungsprozeß. Michael Marrus hat den Satz geschrieben: "Refugees, one might argue, always arrive at the wrong time". Flüchtlinge kommen immer zur falschen Zeit, denn kämen sie zur rechten Zeit, wären sie keine Flüchtlinge, sondern Arbeitsimmigranten und Immigrantinnen.

Nach dem ersten Weltkrieg entstanden in Zentralost- und Südosteuropa aus dem Zerfall der Habsburger Monarchie eine Reihe von Nationalstaaten, und weil sich die dortigen Eliten bemühten, nationale Ökonomien nach völkischem Muster zu installieren, gerieten die Minderheiten, und namentlich die jüdische Minderheit, zunehmend unter den Druck der sog. "kalten Pogrome", des wirtschaftlichen Boykotts und der staatlichen Benachteiligung. Während der Druck zur Emigration stieg, wurde es immer schwieriger, ein Zielland der Migration zu finden. Ab den frühen 20er Jahren wurde auch in den USA die Immigration kontingentiert. Frankreich übernahm für einige Jahre die Rolle als Hauptzielland der Migration, jedenfalls bis 1931.

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise aber schlossen alle westlichen Industriestaaten ihre Grenzen. Hunger und Elend stauten sich in Ost- und Südosteuropa zurück. Und auch die Flüchtlinge aus Nazideutschland, jedenfalls die ärmeren Flüchtlinge nach 1935,

standen vor verschlossenen Türen, denn "hinter den Flüchtlingen des Faschismus standen hunderttausende von weiteren Anwärtern, hauptsächlich osteuropäische Juden, die niemand durch eine großzügige Asylpolitik ermutigen wollte" (Marrus). Das Jahr 1938 dann war das Krisenjahr der Flüchtlingspolitik: das Jahr der spanischen Flüchtlinge in Frankreich, das Jahr, in dem die Eichmann-Behörde nach dem Einmarsch in Wien Juden bei Nacht und Nebel über die Grenzen abschob, das Jahr, in dem 18000 Juden auf einmal aus Deutschland nach Polen abgeschoben wurden, und Polen wollte sie nicht aufnehmen, so daß tausende im Niemandsland zu Polen in Lagern festgehalten wurden, das Jahr, in dem sich auf der Evian-Konferenz bestätigte, daß die Judenfrage als unlösbar gelten mußte, weil es kein Land gab, das bereit gewesen wäre, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen.

In dieser Situation wurde die Flüchtlingsfrage, und das war damals die Judenfrage, zu einem Schrittmacher der europäischen Einigung, noch bevor Hitlers Armeen marschierten und den Großraum auf deutsche Art gründeten. Ich sage es mit den Worten von Hannah Arendt:

"Man verschlechterte die Situation der Staatenlosen willentlich, um Abschreckungsmaßnahmen zu schaffen, wobei manche Regierungen so weit gingen, jeden Flüchtling kurzerhand als 'lästigen Ausländer' zu bezeichnen und ihre Polizei anzuweisen, sie dementsprechend zu behandeln. Inwieweit diese Abschreckungsmaßnahmen effektiv waren, ist schwer abzuschätzen. In den letzten Jahren vor Kriegsbeginn hatten die Polizeien der westlichen Länder alle Übersicht über die Ausländer verloren,weil die Flüchtlinge sich in die Illegalität gerettet hatten..." Die Staatenlosen wurden nun bei "Nacht und Nebel" in einem Kleinkrieg der Polizeien benachbarter Länder über die Grenzen geschmuggelt. Da die Polizei im Umgang mit den Staatenlosen außerhalb der Legalität handelte, wuchs ihr Machtbereich außerordentlich und es entwickelte sich "in den nichttotalitären Ländern eine Form polizeilich organisierter Gesetzlosigkeit, welche auf die friedlichste Weise der Welt die freien Länder den totalitär regierten Staaten anglich". Schließlich waren in allen Ländern für die gleichen Gruppen Konzentrationslager vorgesehen, wenn auch die Behandlung in ihnen natürlich sehr differierte. Lange vor Ausbruch des Krieges hatte "eine Reihe von westlichen Polizeien unter dem Vorwand der 'nationalen Sicherheit' auf eigene Faust enge Verbindungen mit der Gestapo und mit der GPU etabliert, so daß man bereits von einer unabhängigen Außenpolitik der Polizei sprechen konnte".

Von dieser internationalen Polizeizusammenarbeit vor dem Krieg ist es kein so sehr großer Sprung zur sog."dritten Säule von Maastricht", also der Zusammenarbeit der Innen- und Justizminister der europäischen Union, zum Vertrag von Schengen und zur Erweiterung der Europäischen Union. Denn wieder hat die Kontrolle der Migration für die westeuropäischen Kernstaaten höchste Priorität, und wieder ist sie ein Schrittmacher im europäischen Einigungsprozeß.

Für die assoziationswilligen Länder, von Finnland über Polen und die Tschechische Republik bis nach Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien und Kroatien ist nach dem Fall des eisernen Vorhangs die Kooperation bei der Schaffung eines Cordon sanitaire gegen die Immigration aus dem Osten und dem Südosten Europas zur ersten Nagelprobe gemacht worden. Auf der Konferenz von Budapest im Februar 93 wurde Europa nach Herkunfts-, Transit- und Zielländern der europäischen Binnenmigration

klassifiziert und die beteiligten Länder wurden allesamt zu "verfolgungssicheren Drittstaaten" erklärt. Zugleich wurden die Grundlagen für eine internationale polizeiliche Zusammenarbeit geschaffen; die zwölf Innenminister der TREVI-Gruppe hatten schon im November zuvor ein einheitliches Vorgehen gegen die Flüchtlinge vereinbart.
In alter Tradition wurde Polen zum Modell und Einfallstor dieser Politik; es kursiert das Schlagwort vom "Asyl protektorat". Um den Preis der Befreiung der PolInnen von der Visumspflicht im Westen hatte Polen bereits im Frühjahr 91 ein Rückübernahmeabkommen mit den Schengen-Staaten unterzeichnet. Seither waren etwa 40 000 Menschen durch Polen in die BRD immigriert. Unter dem Druck, daß diese 40 000 auf einen Schlag zurückgeschoben werden könnten, bekräftige Polen die Rücknahme von Flüchtlingen aus der BRD im Mai 93 als bilaterales Abkommen; im Gegenzug wurden ihm 120 Millionen DM zugesagt, die vor allem dazu verwendet werden sollten, die polnischen Grenzen technisch aufzurüsten. Die Abschiebung jener 40 000 Menschen nach Polen wurde dann vertraglich ausgesetzt. Bereits im Vorfeld dieses Vertrags hatte Polen die Visumpflicht für die Staaten der ehemaligen SU wiedereingeführt, ein Devisenminimum für Einreisende aus Rumänien festgesetzt und die militärische Überwachung an seiner Ostgrenze intensiviert. Außerdem waren auf der Prager Konferenz der Transitstaaten im März 93 Verhandlungen über Rücknahmeabkommen zwischen Österreich, Ungarn, Slowenien, sowie der Tschechischen und Slowakischen Republik beschlossen worden. Mehreren dieser Staaten wurden Kompensationen in Form von Ausbildungs- und Ausrüstungs hilfen für die Polizeien zugesagt.
Die Beschäftigung mit der Flüchtlingsfrage hat uns im Lauf der letzten 10 Jahre immer wieder deutlich gemacht, daß Migrationsprozesse einer doppelten Deutung bedürfen: einerseits als Mobilisierung von Arbeitskraft, andererseits aber und zugleich als eine Form sozialer Bewegung, als Abstimmung mit den Füßen oder als Flucht vor unaushaltbaren Zuständen. In den 80er Jahren wollte uns scheinen, als würden die Migranten aus Asien und Afrika den Kernkonflikt des Imperialismus - die Schaffung und Regulation einer "Überbevölkerung" - in die Metropolen zurücktragen, sie erschienen uns als Vorboten eines mobilisierten Weltproletariats.
Heute müßte einiges anders formuliert werden. Zum einen wurde die Immigration aus den drei Kontinenten zunehmend durch eine neuerliche europäische Binnenmigration überlagert, zum anderen ist die soziale und geschlechtsspezifische Selektivität der Migration zunehmend ins Blickfeld geraten. <Die Neuordnung Europas unter dem Auspiz der Abwehr unerwünschter Migration und die Aufrüstung der Grenzen geht nicht nur hierzulande einher mit einer offen sozial rassistischen Reformulierung der sozialen Werte. Sich heute um die Flüchtlingsfrage zu kümmern, bedeutet deshalb nicht nur, konkret für die MigrantInnen einzustehen und ihre Präsenz perspektivisch mit der hiesigen sozialen Konfliktualität zu vermitteln, sondern bedeutet von vornherein Konfrontation mit der sozialrassistischen Reorganisation der metropolitanen Gesellschaft. Daß die Fluchthilfe als Organisationsverbrechen die terroristische Vereinigung zu beerben scheint, ist nur ein vorweggenommenes Symptom künftiger Konflikte.>
Wenn heute von einem Flüchtlingsproblem die Rede ist, so ist es wichtig, sich klar zu machen, daß weit weniger als 5% der weltweiten Flüchtlinge, deren Zahl inzwischen bei 20 Millionen liegt, die europ. Kernstaaten überhaupt erreichen. Das sind die offiziellen

Zahlen; die Zahl der durch Kriege, Katastrophen und Hunger entwurzelten Menschen wird derzeit auf mehr als 100 Millionen Menschen geschätzt, die Hälfte von ihnen Frauen, und bei dieser Rechnung kommen weit weniger als 1 % hier an. Dabei spielen die Grenzkontrollen eine wichtige, aber nicht die entscheidende Rolle; wichtiger sind die Transportkosten, die Politik der Regionalisierung von Flüchtlingsbewegungen, das Containment der Kriegszonen durch Minengürtel und, seit dem Golfkrieg, das Konzept der sogenannten Schutzzonen. Wenn also von 1 Millionen Immigranten in die BRD die Rede ist, das ist die Zahl von 1992, müssen wir in Erinnerung behalten, daß es sich im wesentlichen um eine europäische Binnenmigration handelt und außerdem, daß dieser Zahl mehr als eine halbe Million statistisch erfaßter Auswanderer gegenüberstehen, von denen absichtsvoll nie die Rede ist.
Allerdings sind inzwischen die trikontinentalen Bedingungen des Flüchtlingselends auch in Europa wieder heimisch geworden.Die ethnischen Säuberungen in Bosnien haben sich mit mehr als drei Millionen Flüchtlingen zur ersten Massenvertreibung in Europa nach dem 2.Weltkrieg ausgeweitet. Nur die wenigsten Flüchtlinge haben die europäischen Zentren erreicht. Die Flüchtlingskonferenzen des Jahres 1992, insbesondere jene in Genf im Juli 92, auf denen eine Kontingentierung der Flüchtlinge von allen Staaten abgelehnt wurde und stattdessen eine "Hilfe vor Ort" favorisiert wurde, zu deren Umsetzung dann keine Beschlüsse gefaßt werden konnten, erinnern in fataler Weise an die Konferenz von Evian im Juli 1938.
Die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien haben in der BRD eine Sonderrolle gespielt. Insbesondere gegenüber den Bosniern hat der Staat zwar eine Duldung eingeräumt, er hat diese Gruppe aber zugleich aus den sozialrechtlichen Bezügen herausgelöst und ihre Einreise nur gestattet, wenn andere für ihren Unterhalt bürgten. Das aber entspricht genau den Intentionen der neuen Asylgesetzgebung vom Sommer 93. Denn diese Gesetzgebung zielt nur formal auf eine Verminderung der Flüchtlingszahlen - sie zielt auf eine Verminderung der offiziellen Flüchtlingszahlen. Sie zielt darauf, die Migranten aus den staatlichen Sozialleistungen auszugliedern und sie primär in den illegalen Arbeitsmarkt abzudrängen. Der Zugang soll ihnen nur versperrt werden, soweit ihre Arbeitskraft nicht gefragt ist. Es nimmt nicht Wunder, daß die Regulation der europäischen Binnenmigration nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit dem Deportationsabkommen mit Rumänien im November 92 begann, also daß es gegen die Roma gerichtet war, die in ähnlicher Weise als unverwertbar auf dem Arbeitsmarkt gelten wie vor hundert Jahren die Ostjuden. <Seither verläuft die Abschiebung nach Rumänien über den Flughafen Schönefeld praktisch lautlos. Rumänien war auch als Drehscheibe für die Abschiebung von mehr als 100 000 Flüchtlingen aus den ehemaligen Jugoslawien zu Beginn dieses Monats eingeplant, die jedoch aus noch unbekannten Gründen aufgeschoben wurde. Wahrscheinlich war das Kopfgeld zu niedrig.>
Seit der neuen Asylgesetzgebung sind die offiziellen Flüchtlingszahlen in die BRD um etwa 70% gesunken. Ob sich die Zahl der illegalen Flüchtlinge im gleichen Ausmaß geändert hat und in welcher Richtung, weiß niemand genau. Schon vor den neuen Gesetzen sind über 90% der Migranten illegal eingereist und sie wissen nun, daß es zwecklos ist, Asylanträge zu stellen. Die Anerkennungsqoute war schon vor der neuen Gesetzgebung auf gut 2 % gesunken. Die Situation der Flüchtlinge ist unüberschaubar

geworden. Ihre soziale Entrechtung und die verschärfte Immigrationskon trolle bedingen, daß sie als Einzelne der staatlichen Willkür ausgeliefert und verloren sind. Sie haben nur noch Chancen, wenn sie sich in Zusammenhängen bewegen können, in denen sie von der Fluchthilfe bis zur Organisation des illegalen Lebens in der Metropole auf vorbereitete Strukturen treffen, auf die sie sich stützen können. Derartige Strukturen gibt es bei bestimmten Ethnien und begünstigten Communities, zum Teil unter Kontrolle politischer Strukturen, zum Teil in der Hand von Mafia-ähnlichen Organsiationen. Diese letzteren fungieren, indem sie die Höhe der Fluchtgelder an den erwarteten Einkünften der Immigranten orientieren, als Zulieferer und Regulatoren des illegalen Arbeitsmarkts. Sie sind ein Faktor der Selektion der Migranten nach ihrer Herkunft und Verwertbarkeit, und ihnen dieses Feld zu überlassen, bedeutet, die Migration auf die Funktion der "Zugvögel" auf den illegalen Arbeitsmärkten zu reduzieren. Den Frauen aber, die nicht Prostituierte oder Hausdienerin werden wollen, den Kindern, den Armen und den minoritären Ethnien stehen diese Strukturen nicht zur Verfügung. Sie brauchen für ihre Flucht und für ihr Überleben organisatorische und logistische Unterstützung, bevor sie sich ihr Überleben selbst organisieren werden, wenn ihnen die Bedingungen dafür zugänglich sind.

Ich komme damit auf die eingangs gestellte Frage nach den Möglichkeitsbedingungen für den Widerstand und das Überleben der Flüchtlinge zurück. Es gibt Beispiele für solche Überlebens- und Kampfzusammenhänge, den Widerstand von Romagruppen gegen die Abschiebung nach Skopje, den Widerstand der Kurden, der in den letzten Tagen Schlagzeilen gemacht hat, weil es ja bekanntlich terroristisch ist, sich selbst zu verbrennen, und es gibt die Bosnie rInnen, von denen an die 100 000 in familiären Zusammenhängen untergekommen sind. Und blicken wir über den Atlantik, sind z.B. die 100 000 Chinesen zu nennen, die jährlich illegal in die USA gelangen und in den Chinatowns untertauchen, neben den 10 Millionen illegalen Immigranten, die in den 80er Jahren in den USA geschätzt wurden. Bei diesen Zahlen wird deutlich: Wir stehen in Westeuropa vielleicht erst am Anfang neuer Migrationsbewegungen und damit vor einer Neuzusammensetzung der Gesellschaft von unten her.

Leider sind bei den Flüchtlingsgruppen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, weder die Planungen für eine Kampagne gegen die Konzentration von Flüchtlingen in Lagern noch das Projekt "Fluchtburg", das sich dem Problem des illegalen Aufenthalts stellt, über die Anfänge hinausgekommen. Diese Gruppen sind auch in kleinem Kreise unter sich. An der Dringlichkeit dieser Projekte, denke ich, gibt es keinen Zweifel. Ich denke, daß das Buch, um das es heute abend geht, nicht nur die historische Bedeutung des Migrantenwiderstands in Frankreich beleuchtet und insbesondere die Bedeutung des jüdischen Widerstands im Angesicht der Vernichtung, sondern daß die Geschichte der MOI in Frankreich auch Anlaß gibt, die Frage nach der Organisation des Flüchtlingswiderstands heute neu zu stellen.

e.

Die soziale und wirtschaftliche Situation in Kurdistan/Irak ist katastrophal, es unterliegt einem doppelten Embargo: dem der UNO gegen den Irak, das auch auf Kurdistan wirkt, andererseits einem Embargo des Irak, das im Spätherbst 1991 verhängt worden ist. Der einzige Input an Waren und Geldern nach Kurdistan kommt von der UNO und ausländischen Hilfsorganisationen, das reicht aber bei weitem nicht aus, um die soziale Lage in Kurdistan abzufedern. Kurdistan war vor dem Golfkrieg und vor dem Zusammenbruch der Baath-Partei in diesem Gebiet finanziert worden über die Ölrente des irakischen Staates. Es war und ist eine Gesellschaft, die städtisch dominiert ist. Ein Großteil der Bevölkerung lebt entweder in den Großstädten oder in stadtähnlichen riesigen Umsiedlungslagern. Die ländlichen Gebiete sind weitgehend zerstört worden während der Vernichtungsoperationen der irakischen Armee in den achtziger Jahren. Die Rolle, die die internationalen Hilfsorganisationen und die UN dort spielen, ist mehr die eines Sozialamtes, es gibt also keine Anstrengungen, oder wenn, unzureichende Anstrengungen, die kurdische Gesellschaft zu rehabilitieren. Diese internationalen Hilfe wirkt sich u.a. lähmend auf diese Gesellschaft aus. Die Golfkriegsalliierten haben den Aufstand in Kurdistan geschehen lassen. Dann hat die internationale Hilfe eingesetzt, hat knapp zwei Millionen kurdische Flüchtlinge, die Anfang 1991 an die Grenzen zur Türkei und zum Iran geflüchtet waren, zurückgebracht nach Irakisch-Kurdistan, nicht mit dem Ziel, den KurdInnen zu helfen, sondern die Nachbarstaaten zu entlasten von dem Druck der Flüchtlinge. Die Hilfsprogramme geben der Bevölkerung von Kurdistan nicht die Möglichkeit, selbstbestimmt dort weiterzumachen, wo sie vor dem Aufstand angefangen hat.

Zur Lage in Südkurdistan/Nordirak

Auszüge aus einem Referat, gehalten auf einer Veranstaltung Ende Nov. 93 in Berlin:

(...)

In der Zeit des iranisch-irakischen Kriegs war jede Arbeiterbewegung, jede Bewegung von Arbeitern, die im Irak zustandekam, unterdrückt worden, und zwar mit Feuer und Schwert. Gleichzeitig verfolgte der irakische Staat die Politik, die Arbeitszeiten auf ein nicht vorstellbares Maß zu verlängern. Der irakische Staat baute militärische Produktionszentren, militärische Fabriken auf, die "Institutionen der militärischen Industrieproduktion" hießen. Die Arbeiter, die in diesen Fabriken arbeiteten, waren vor die Wahl gestellt, entweder an die Front zu gehen und zu sterben oder in diesen Fabriken 16 oder 17 Stunden am Tag zu arbeiten. Trotzdem gab es eine richtiggehende Konkurrenz, einen Wettlauf darum, eine Stellung in diesen Fabriken zu bekommen, um eben der Front zu entfliehen.

Innerhalb dieser Fabriken gab es Einheiten des Geheimdienstes, die den gesamten Ablauf der Produktion überwachten und überall, wo sich Unzufriedenheit oder Aufstand regte, Widerstand regte, wurden sofort die Leute, die man dafür verantwortlich machte, mitgenommen, in eine Folterkammer gebracht und auf abscheuliche Art gefoltert. Ein Beispiel: In einer militärischen Produktionsstätte in der Nähe von Mossul gab es eine Einheit, in der etwa 50 oder 60 ägyptische Arbeiter arbeiteten. In dieser Einheit protestierten die Arbeiter gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, sie wollten eine Verbesserung und Erleichterung der Arbeitsbedingungen. Mehr als 20 von ihnen sind umgebracht worden.

Die Herrschaft der Bourgeoisie hat jede oppositionelle Regung und Organisierung unterdrückt. Trotzdem ist es zur Bildung

von Gruppen unter den Arbeitern gekommen. Erstmal, um die eigene Situation zu erkunden, und dann auch um nach Möglichkeiten zu suchen, wie man diese Unterdrückung überwinden kann und bessere Verhältnisse herstellen. Es gab auch außerhalb der Fabriken, unter den Intellektuellen, solche Gruppen von Revolutionären, von Linken, die in Verbindung standen mit verschiedenen weltweiten Strömungen, und die sich auch unter diesem Einfluß begannen, mehr und mehr der Arbeiterbewegung anzunähern. Die gesellschaftlichen Zustände haben also zu einer Situation geführt, in der ein kleiner Tropfen reicht, um das Faß zum Überlaufen zu bringen, und es bei jedem Ereignis möglich war, daß eine große Explosion ausbricht.

Als die amerikanischen Truppen anfingen, den irakischen Staat anzugreifen, war den Menschen nicht bewußt, welche Ausmaße dies annehmen wird. Während dieser Angriffe hat das irakische Volk seinen Aufstand gegen das irakische Regime begonnen, und zwar auf nicht organisierte Weise. Während dieser spontanen Intifada war auch nicht klar, welche Ziele, was für Dimensionen dieser Aufstand hat, und auch nicht, was für eine zeitliche Dauer er haben wird.

Auch die kleinen Arbeitergruppen fanden sich auf einmal in der Situation eines breiten, allgemeinen Volksaufstandes. Und deswegen waren sie auch nicht in der Lage, diesen Aufstand prägend zu beeinflussen in die Richtung eines allgemeinen sozialen Aufstandes, ihn in die Richtung einer Revolution zu einem Arbeiterstaat zu bringen.

Dieser Aufstand fand im Süden und im Norden des Irak statt. Der Unterschied ist nur, daß im Norden des Irak die Organisierung unter den Arbeitern stärker war und infolgedessen auch eine größere Rolle in dem Aufstand spielen konnte. In den ersten Tagen des Aufstandes Gruppen bildeten sich sogenannte "Gruppen des Aufstands", die zum Teil bewaffnet waren. Während dieser ersten Tage des Aufstands befanden sich die bewaffneten Oppositionsgruppen, sowohl die irakische Opposition als auch die kurdische, noch außerhalb der irakischen Grenzen.

(...)

Was es gab, waren in den Städten diese kleinen Arbeitergruppen und kommunistische Gruppen, die zu klein waren und aufgrund ihrer Organisationsform vom irakischen Regime nicht zerschlagen werden konnten. diese kleinen Gruppen organisierten Vorbereitungsgruppen für den Volksaufstand.

(...)

Was passierte nach dem Aufstand? Nachdem es den Leuten gelungen war, einen Sieg zu erringen über den Staat, der sie jahrelang unterdrückt und terrorisiert hatte, riefen diese kleinen Vorbereitungsgruppen die Bevölkerung auf zur Bildung von Arbeiterräten und Stadtteilräten. Am 9. März wurde dieser Aufruf gestartet, und er wurde von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Die requirierten Autos der Polizei, die vorher das Symbol waren für Terror und Unterdrückung, fuhren durch die Stadt und gaben über ihre Lautsprecher den Aufruf zur Bildung von Räten bekannt. In vielen Stadtteilen wurden Räte gebildet: in Zergata, in Amisekibek, Sershakam und vielen anderen Stadtteilen. Und in der Zigarettenfabrik von Sulaimaniya gelang es den Arbeitern, sich dort zu organisieren und einen Arbeiterrat zu gründen.

Aber da der Aufstand in dieser unglaublich kurzen Zeit zustandegekommen war, hatten die Räte nicht die Zeit, ihre Ziele

festzulegen, festzulegen, wie sie ihre eigene Existenz verteidigen sollten. Und dieses ganze System der Räte hielt bereits den ersten Angriffen der kurdischen Bourgeoisie nicht stand, brach zusammen, wobei man erwähnen muß, daß es in der kurdischen Bevölkerung ein starkes Nationalbewußtsein gibt. Allerdings konnte es sich die kurdische Bourgeoisie in den ersten Tagen nicht erlauben, offen gegen diese Räte vorzugehen. Aber nachdem sie Tuchfühlung genommen hatten mit den Verhältnissen und einigermaßen die Kontrolle erlangt hatten, gingen sie mit Gegenpropaganda gegen diese Arbeiterräte und Stadtteilräte vor.

Zum Beispiel riefen am 17.3.1991 die Arbeiter- und Stadtteilräte auf zu einer großen Demonstration anläßlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Halabja mit chemischen Waffen. Diese Demonstration war beherrscht von radikalen Parolen, die aufriefen zur Bildung von Arbeiterräten und einer Arbeitermacht. Das hat der Kurdistanfront natürlich nicht gefallen, und noch in derselben Nacht begannen sie über ihre Radiostationen mit der Propaganda gegen die Arbeiter- und Stadtteilräte und erklärten deren Auflösung. Die Räte widerstanden aber dieser Propaganda und bekräftigten ihre Existenz.

Zum Beispiel machten die etwa 400 Arbeiter der Zigarettenfabrik Sulaimaniya eine Demonstration vor dem Sitz der Kurdistanfront. Dieser Arbeiterrat der Zigarettenfabrik Sulaimaniya war der bestorganisierte Kern der ganzen Bewegung. Vor dem Sitz der Kurdistanfront wurden Parolen gerufen wie "Kurdistanfront, gib deine Waffen ab, deine Schultern sind zu schwach, sie zu tragen!" Und eine andere Parole war: "Nur die Arbeiter sind in der Lage, eine neue Welt zu schaffen". Die Kurdistanfront begann im Gegenzug, Demonstrationen gegen die Arbeiter- und Stadtteilräte zu organisieren, wo dann Parolen gerufen wurden wie: "Was sind denn überhaupt diese Räte? Das Volk ist nicht einverstanden mit diesen Räten".

Die Kurdistanfront begann zu begreifen, daß das Rätesystem sich weiter entwickelt, wenn sie diese Entwicklung weiter duldet, daß das Rätesystem als Form der Selbstherrschaft und der Selbstverwirklichung oder Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts der Massen, daß ihnen damit die Macht entgleiten würde. Es war allerdings auch so, daß die Bevölkerung, die Arbeiter, die Werktätigen nicht genug Bescheid wußten über Zielsetzung und die konkreten Formen dieser Form von Arbeiterregierung und Räteregierung. Deswegen scheiterte erstens die Volksbewaffnung und zweitens die Verteidigung der Existenz dieser Räte, die bereits gebildet worden waren. Aber der Wert dieser Erfahrung liegt darin, daß solange die Räte existierten,die in den Räten Versammelten in der Lage waren, Ziele und Aufgaben der Räte zu bestimmen und klare Vorstellungen darüber zu entwickeln.

Ein anderer Schwachpunkt dieser Räte war, daß in ihnen verschiedene politische Kräfte repräsentiert waren, darunter auch nationalistische Kräfte, die versuchten, die Räte auf den nationalistischen Kurs der Kurdistanfront einzuschwenken. Dann gab es zum Beispiel eine andere Strömung, die unter der Parole "Alle Macht dem Volke" antrat, also selbst die Räteform ablehnte. Und es gab eine dritte Strömung, die versuchte, die Rätebewegung zu stärken durch eine Entwicklung der Arbeiterräte. Aber trotz dieser wertvollen Erfahrungen gelang es den Räten nicht, die eigene Macht zu entwickeln

und der kurdischen Bourgeoisie die Macht aus den Händen zu nehmen.
Als dann die irakischen Truppen die befreiten Gebiete wieder angriffen, waren weder die Kurdistanfront noch andere Kräfte in der Lage, Widerstand zu leisten. Schon beim ersten Angriff wurden die Kräfte der Kurdistanfront geschlagen und überließen die Massen, die Bevölkerung, der irakischen Armee, wie sie es vorher schon getan haben. Das führte zum Tod von Tausenden von Menschen und zur Vertreibung von Millionen. Ich möchte noch erwähnen, daß die Kurdistanfront sich nicht damit begnügte, über ihre Rundfunkstationen zur Auflösung der Räte aufzurufen, sondern daß sie auch versucht haben, ihre Truppen zu den Orten zu schicken, an denen sich die Räte versammelten, und versuchten, diese aufzulösen.
(...)
Nach dem Aufstand und der Massenvertreibung konnte der irakische Staat seine Herrschaft über die Städte zurückgewinnen. Und wie es auch bereits vorher der Fall gewesen ist, begannen die kurdischen Oppositionskräfte wieder, mit der Regierung zu verhandeln. Sie tauschten Küsse aus mit Saddam Hussain, den sie vorher als ihren Feind bezeichnet hatten. Und nachdem die kurdischen Kräfte über das Taktieren im Zuge der Verhandlungen mehr und mehr ihre Kontrolle über das kurdische Gebiet zurückgewonnen hatten, konnten sie auch anfangen, die Macht oder die Stärke der Werktätigen zu brechen.
(...)
Ergebnis der Verhandlungen war, daß irakische Regierung und Kurdistanfront sich darüber geeinigt haben, wie die Bevölkerung zu kontrollieren und zu beherrschen ist. In Sulaimaniya und Arbil, den beiden Großstädten, und in den Kleinstädten drumherum, und später dann auch im Gebiet von Duhok, was zuerst unter der Kontrolle der Vereinten Nationen war und dann später von der Kurdistanfront kontrolliert wurde. Die Menschen waren nämlich durchaus noch in der feurigen Stimmung des Volksaufstandes. Denn sie hatten gelernt, was es heißt, einen Aufstand zu machen und zu widerstehen. Nach der Massenvertreibung und der Rückkehr in die Städte gingen die Menschen für jede Sache, sobald irgendetwas passierte, auf die Straße und demonstrierten. Zum Beispiel fuhr ein Auto der irakischen Regierung, des irakischen Militärs, ein Kind an, und sofort entstand eine Demonstration.
(...)
Im Juli demonstrierten mehr als zweitausend Menschen vor dem Sitz des Provinzgouverneurs in Arbil für die Freilassung der politischen Gefangenen. Daraufhin hat die Kurdistanfront ihre bewaffneten Einheiten unter die Leute geschickt. Sie fingen an, die Leute zu beschimpfen und mit Knüppeln zu verprügeln und ihnen vorzuhalten, sie seien dabei, die Verhandlungen zwischen Kurdistanfront und irakischer Regierung zu sabotieren. Dasselbe hatten sie schon bei ihren Verhandlungen 1984 gemacht. Die Lage spitzte sich zu, die Leute waren nicht mehr bereit, die Anwesenheit irakischer Truppen in den Städten zu akzeptieren. Am 17. Juni gab es eine große Demonstration in der Stadt Arbil, und dort wurden Forderungen erhoben nach Freiheit für die politischen Gefangenen und Freiheit der politischen Meinungsäußerung. Die irakische Regierung begann diese Demonstration aufzulösen und eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Auch die Kurdistanfront beschuldigte

die Demonstranten, Anarchisten zu sein und die öffentliche Ordnung zu stören. Das haben sie auch über ihre Radiostationen verbreitet. Bei dieser Demonstration wurden vier unserer Genossen getötet. Einige der Demonstranten waren mit Pistolen bewaffnet und schossen zurück. Es waren leider nur sehr wenige. Daraufhin ist die Regierung mit mehr Gewalt auf die Demonstration losgegangen, es ist zu einem Aufstand gekommen, und sie haben den Gouverneurspalast gestürmt und völlig zerstört. Und sie haben es geschafft, die Umgebung des Palastes unter ihre Kontrolle zu bringen. Es geschah das genaue Gegenteil dessen, was sich die Führung der Kurdistanfront vorstellte oder wünschte, die Peshmergas, also die Soldaten der Kurdistanfront, verweigerten den Befehl, auf die Demonstranten zu schießen. Die irakische Regierung begannn, die Innenstadt und die naheliegende Festung von Arbil mit schwerer Artillerie zu beschießen. Dabei wurden mehr als 40 Menschen getötet. Es war wie ein Alptraum für die ganze Stadt, was danach geschah. Es gab also das totale Chaos und die totale Verwirrung, die Leute rannten durcheinander, gejagt von den Schüssen der Artillerie und von den Salven der Maschinengewehre, und sie waren nicht mehr in der Lage, sich zu sammeln. Die Leichname der Erschossenen blieben auf den Straßen liegen. Erst in der Nacht kamen die Soldaten der Kurdistanfront und brachten das Gebiet unter ihre Kontrolle.

(...)

Am 18. Juli kam es zu einem Aufstand in der Stadt Sulaimaniya. Dort war zu dem Zeitpunkt eine so große Anzahl von staatlichen Sicherheitskräften und Armee stationiert, daß sie in der Lage waren, jeden einzelnen zu terrorisieren. Und trotzdem war die Bevölkerung in der Lage, innerhalb eines einzigen Tages die ganze Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Kurdistanfront war gegen diese Demonstration. Während des Aufstandes gelang es der Bevölkerung, 32 Panzer zu erbeuten, davon sind 16 verbrannt worden. Die Kurdistanfront hat dann danach von der Bevölkerung die Herausgabe der restlichen 16 Panzer verlangt, und aufgrund des starken Nationalgefühls hat die Bevölkerung die Panzer abgeliefert. Die Kurdistanfront hat diese 16 Panzer dem irakischen Staat zurückgegeben. Dies geschah alles zur Zeit der Verhandlungen. Nach dieser Zeit, 1992, zog sich der irakische Staat, die irakische Regierung, in das Gebiet südlich des 36. Breitengrades zurück. Als die Kurdistanfront ihre Herrschaft über das Gebiet stabilisieren konnte, wurde sie sowohl von der irakischen Regierung als auch von den Vereinten Nationen unterstützt. Die internationalen Hilfsleistungen, die für das hungernde Volk bestimmt waren, gingen direkt an die Kurdistanfront. Und auf der anderen Seite bekamen sie finanzielle Unterstützung und Möglichkeiten eingeräumt von der irakischen Regierung. Als Ergebnis kann man feststellen, daß die Kurdistanfront stark geworden ist durch die Unterstützung der imperialistischen Staaten, durch die Unterstützung der irakischen Regierung und durch die Unterstützung bestimmter Nachbarstaaten.

(...)

Im Mai 1992 wurde von diesen Kräften eine Wahl veranstaltet und es wurde ein Parlament gewählt, in dem diese Parteien, diese Kräfte repräsentiert sind, und in der Mehrheit sind in diesem Parlament die PUK und die KDP vertreten. Was war die Absicht dabei, dieses Parlament wählen zu lassen? Die Kurdistanfront hatte

zwei Alternativen: Die eine Möglichkeit war die offene Auseinandersetzung zwischen den konkurrierenden Kräften dieser bourgeoisen kurdischen Führung. Die andere war, sich mit der Unterdrückung der Proteste, der Aufstände und der Organisierung der Werktätigen in Kurdistan zu befassen. Sie entschlossen sich zu der Parlamentswahl, um erst einmal ihre internen Konflikte zu regeln und sich dann gemeinsam der Unterdrückung der Werktätigen zu widmen.

Seit der Wahl der kurdischen Regierung haben ungefähr hundert Demonstrationen und Streiks gegen diese Regierung stattgefunden. Das bedeutet, daß die Anzahl der Proteste gegen diese Regierung im Steigen begriffen ist und der Nationalismus an Einfluß verliert. Als Ergebnis dessen kann man sagen, daß die Arbeiterräte ihren Einfluß nicht verloren haben.

Es gibt heute eine Reihe von Massenorganisationen, die auf der Grundlage dieser Räte entstanden sind. Dazu gehören der Rat der Flüchtlinge aus Kirkuk, die Union der Arbeitslosen, die Organisation der Beschäftigten des Krankenhauses von Sulaimaniya und die Unabhängige Vereinigung zur Verteidigung der Rechte der Frau. Diese Entwicklung wird auch weitergehen und die Arbeiter und Werktätigen werden sich weiter organisieren.

Die kurdische Regierung ist sich der Gefahren dieser Sache durchaus bewußt. Sie ist in einer Lage, wo sie nicht das Ausmaß an Unterdrückung entfalten kann, wie es vorher der irakische Staat konnte. Denn sie besitzt nicht diese Macht. Deswegen versucht sie, auf dem Wege des versteckten, des indirekten Terrors die Leute in Angst und Schrecken zu versetzen. Wenn sie schon auf der einen Seite einen Staat gegründet haben,warum lassen sie dann die Leute einfach so verschwinden und stellen sie nicht, so sie Fehler begangen haben, einfach vor Gericht?

Bisher sind mehr als hundert Menschen umgebracht worden, und die Kurdistanfront hat eine Art Todesschwadron aufgebaut. Zu diesen Mordfällen wird gesagt, daß es sich bei den Ermordeten entweder um alte Baathisten handelte oder um Kollaborateure mit dem Baathregime oder um gesellschaftlich unerwünschte Personen wie zum Beispiel Prostituierte. In Wirklichkeit richtet sich dieser Terror aber gegen kämpferische Menschen, gegen Arbeiter und Kommunisten. Mehr als sechs Personen sind auf unterschiedliche Weise ums Leben gekommen, sechs Personen, deren Namen z.B. in der deutschen Presse, aber auch in anderen Presseorganen erwähnt wurden. Sie sind nicht in der Lage, die von ihnen unerwünschten Personen auf normale Weise festzunehmen, ins Gefängnis zu bringen, sie hätten mit Protesten, mit Widerstand zu rechnen, und bedienen sich deswegen dieser Methoden.

Ein anderes Thema ist der Terror gegen Frauen. Es wurden viele Frauen ohne irgendwelche Rechtfertigungen oder aufgrund falscher Vorhaltungen ermordet. Frauen wurden ermordet, weil sie Männer liebten und das nicht zugelassen wurde. Zum Beispiel wurden 53 Frauen des Barzani-Stammes umgebracht, weil sie Männer geheiratet hatten, die nicht dem Barzani-Stamm angehörten. Und es wurden viele Frauen umgebracht, weil man ihnen Prostitution vorwarf. Der kurdische Staat spricht mit keinem Wort über diese Vorfälle und unternimmt nichts, um sie zu verhindern. Diejenigen, die diese Taten ausführen oder sie zu verantworten haben, sind Mitglieder dieser Organisationen, die nach wie vor frei sind und denen nichts geschehen ist.

(...)
Die Macht der Kurdistanfront stabilisiert sich, und gleichzeitig gewinnen die Islamisten mit Unterstützung der Islamischen Republik [Iran] an Einfluß in Kurdistan und sind bei der jetzigen Armut in der Lage, mit finanziellen Mitteln die Leute regelrecht zu kaufen. Und ihr müßt euch vorstellen, wie die reaktionären Organisationen in der Lage sind oder versuchen, ihre reaktionäre Vorherrschaft auf die Region auszuweiten.
(...)
Einige Gesetze, die die Kurdistanfront in letzter Zeit erlassen hat: §15a des Gesetzes für Verbände und Organisationen: "Organisationen, die sich außerhalb der Kurdistanfront befinden, mit Ausnahme der islamischen Bewegung, dürfen keine Büros unterhalten ohne Erlaubnis der kurdischen Regierung.
Der §15b "Über jeden Streik, jeden Protest, jede Demonstration, egal, mit welcher Zielsetzung, muß die Polizeidirektion und die Sicherheitsdirektion informiert werden, und es muß eine Genehmigung dafür eingeholt werden."
Der §9, der das Recht auf eine Veröffentlichung gestaltet: "Artikel, die einen Aufruf zu terroristischen Handlungen enthalten oder für solche stellungen werben oder in denen Persönlichkeiten angegriffen oder diffamiert werden, oder die die Religion verletzen oder religiöse Konfessionen oder die Traditionen und die allgemeine Ordnung verunglimpfen, sind verboten."
Das ist die Republik Kurdistan.

Lissy

Am 3. April wurde Lissy Schmidt im Nordirak erschossen. Wir gehen davon aus, daß es ein gezieltes Attentat war. Über die Täter gibt es viele Mutmaßungen, denn Lissy hatte sich viele Feinde gemacht. Weder den alten noch den neuen Machthabern in der Region gefiel es, daß eine Journalistin nicht rückhaltlos ihre Linie unterstützt. Ein Hauptfeind ist sicherlich der türkische Geheimdienst, der massiv in Südkurdistan vertreten ist und u.a. mit der KDP, der Partei Barzanis, zusammenarbeitet. In der von dieser Partei hegemonisierten Region sind in den letzten Monaten zahlreiche Linke erschossen worden. (Siehe den Bericht über Südkurdistan in diesem Heft). Es war nicht der erste Anschlag auf ihr Leben.

Lissy hatte keine starke Organisation in der Hinterhand, die sie schützte. Sie bewegte sich oft in einem linken, antinationalistischen Milieu, veröffentlichte Artikel, die nicht der Linie der kurdischen Regionalregierung entsprachen. Gleichzeitig machte sie natürlich auch immer wieder Interviews mit den Führern der großen Organisationen. In den letzten Monaten war sie Korrespondentin für AFP gewesen, was ihr ein Grundeinkommen verschaffte. Daneben schrieb sie seit langem für Zeitungen wie die FR und gab Rundfunkinterviews. Sie gab zahlreiche Berichte und Interviews an linke Zeitschriften und Mailboxen weiter. Sie "saß" nie auf Material, sondern wollte immer soviel wie möglich öffentlich machen.

Wir haben Lissy 1989 kennengelernt, als sie in Berlin eine Veranstaltung über die breite Arbeiterbewegung in der Türkei im Frühjahr 1989 gemacht hat. Damals ging sie in den Büros der kleinen unabhängigen Gewerkschaften in Istanbul ein und aus, war immer wieder in Fabriken, machte während vieler Streikaktionen Interviews mit ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen. Überall, wo sie hinkam, suchte sie nach solchen Kontakten. Auch später in Südkurdistan hat sie sämtliche Fabriken aufgesucht und mit den ArbeiterInnen gesprochen.

1990, als es die ersten aufstandsähnlichen Demos in kurdischen Kleinstädten gab, verlegte Lissy ihren Wohnsitz dorthin und schickte so ziemlich als einzige Journalistin immer wieder Berichte über die Realtität des Ausnahmezustands. Während des UNO-Ultimatums und der Vertreibung zigtausender von Immigranten aus dem Irak berichtete sie vor Ort. Sie verfügte bald auch in der kurdischen Region über eine Menge interessanter Kontakte, die sie auch bereitwillig weitergab. (Ohne sie wäre ich nie nach Kurdistan gekommen.) Obwohl sie tagtäglich in ihren Berichten Solidarität mit der kurdischen Bewegung einforderte, hatte sie bald Probleme mit einigen Leuten der PKK, die sie als "Agentin" ausgrenzten - just zu der Zeit, als sie auf der Begräbnisfeier für den ermordeten HEP-Vorsitzenden in Diyarbakır, das in einem Massaker endete, vom türkischen Militär schwer zusammengeschlagen und verletzt wurde. Danach hatte sie Einreiseverbot in die Türkei, wo sie sieben Jahre gelebt hatte.

Die folgenden drei Jahre pendelte sie zwischen Frankfurt und Nordirak hin und her. Eine Zeitlang arbeitete sie für Medico, dann wieder unabhängig als Journalistin und Kontaktperson für kleinere Hilfsprojekte. Auch hier hatte sie wieder das Problem, daß die beherrschenden Parteien sie für ihre Ziele vereinnahmen wollten und öffentliche Kritik nicht duldeten. Artikel in linken Zeitschriften veröffentlichte Lissy nur noch unter falschem Namen.

In der Wildcat haben wir mehrmals Artikel von Lissy abgedruckt: zu den Arbeiterkämpfen im Frühjahr 1989, zum den aufständischen Newroz-Feiern im Frühjahr 1990, zur Situation der Ölarbeiter in Kurdistan/Türkei, zur Arbeitslosenunion in Sulaimaniya. Wir druckten die Artikel meist so, wie sie sie vorbeigebracht hatte, zur ausführlicheren Diskussion war nie Zeit. Sie war keine Theoretikerin. Sie konnte sehr diszipliniert arbeiten, hat ständig zwischen mehreren Sprachen hin- und herübersetzt (übrigens auch einen Teil von "Midnight Oil", bei einem Zwangsaufenthalt irgendwo an der syrischen Grenze), was gerne von Leuten ausgenutzt wurde. Sie kannte Gott und die Welt, war selbst aber eine Einzelkämpferin mit stark moralisch motiviertem linken Engagement, keine Politikerin. Ständig auf der Durchreise, ungebunden, war die Gefahr groß, zwischen Fronten zu geraten.

T.

Berlin, 12.4.94: Dieses Fax kam heute von S. Ibrahim, "Europavertreter der Organisation der Arbeitslosen in Kurdistan"

Unsere Genossin Lissy Schmidt wurde ermordet!

Am 3. April 1994 wurde die Journalistin Lissy Schmidt 700-100 m enfernt vom Kontrollpunkt Tschatschian zwischen Arbat und Seyad Sadik von "Unbekannten" ermordet.
Sie war Journalistin, aber auch Kämpferin und treue Genossin der ArbeiterInnen und Werktätigen in Kurdistan und dem Irak. Sie bekämpfte die Blockade der Imperialisten und faschistischen Regime gegen Irak und Kurdistan. Sie hatte bei Medico International für den Wiederaufbau in Kurdistan gearbeitet. Neben ihren Berichten über linke Strömungen hat sie sich massiv für ein freies Kurdistan eingesetzt. Sie war bei der Bevölkerung sehr beliebt und verhaßt bei den faschistischen Regierungen in der Türkei und im Irak.
Wir fragen: Wer steht hinter diesem Mord? Die möglichen Antworten:
1. Agenten des faschistischen Regimes im Irak
2. Agenten des faschistischen Regimes der Türkei bzw. der NATO
3. Übriggebliebene bewaffnete Einheiten der islamischen Bewegung
4. Rivalisierende politische Parteien, die um die Vorherrschaft über die "internationalen Hilfsorganisationen" kämpfen.

Vor einiger Zeit erst ist Lissy in Dohok einem Attentat mit einer Zeitbombe entkommen. Am 13.7.91 wurde sie in Diyarbakir vom türkischen Geheimdienst MIT zusammengeschlagen und ihre Fotoausrüstung wurde zerstört. Anschließend wurde sie in Istanbul festgenommen und erhielt ein Einreiseverbot in die Türkei.
Sie konnte mit ihrer linken journalistischen Arbeit in einem strategisch wichtigen Gebiet dieser Welt das Meinungsmonopol der NATO und der faschistischen Regimes durchbrechen. Deshalb stellte sie eine Gefahr für diese Interessen dar und wurde schließlich Opfer deren Hasses. Durch ihre Tätigkeit konnten kommunistische und andere linke Zeitungen in Deutschland bzw. Europa über neue Frauenorganisationen, unabhängige Arbeiter-Massenorganisationen (wie z.B. Arbeitslosenorganisation), Aufstände armer Bauern und über Rätebewegungen und unseren Aufstand und die Opfer der Anfal-Operation berichten.
Lissy war unsere Botschafterin, unsere Genossin und unsere Freundin. Sie war Symbol für einen Internationalismus der Tat in der Unterstützung des Klassenkampfes und gegen die Unterdrückung der Völker.
Im März gab es in Kurdistan/Irak eine ganze Reihe von Mordanschlägen:
- Faize Lutfi und ihre Mutter Muhtaram Asker wurden getötet und verbrannt (4.3.94). Sie waren Aktivistinnen der KP Irak.
- Muhamad Rahim von der Sozialistischen Partei Kurdistan wurde am 11.3.94 in Sulaimanya erschossen.
- Said Jalal Hussainy, Mitglied der Revolutionären Avantgarde der Demokratischen Partei Kurdistan/Irak wurde am 15.3.94 erschossen.
- Zwei Kämpfer der PKK wurde einige Tage vor Lissys Tod in Zakho ermordet.
Wir versprechen Lissy und Euch, den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus weiterzuführen.
Gleichzeitig fordern wir die kurdische Regierung auf, alles für die Aufklärung des Mordes zu tun und die Einzelheiten sofort zu veröffentlichen, und rufen alle auf, diesen Mord zu verurteilen.
Unsere Wut und Trauer für Lissy wird zu Widerstand im Sinne der proletarischen internationalen Solidarität.